

Kommune 21

E-Government, Internet und Informationstechnik

21

Personal-Management

Suche nach Talenten



E-Government

- **Modellprojekte:**
Fünf Kommunen auf dem Weg zur Smart City

Titel

- **Personalwesen:**
Auswirkungen von Demografie und Digitalisierung

Informationstechnik

- **Stadtplanung:**
Kommunen im Kreis Steinfurt nutzen gemeinsamen Server

Praxis

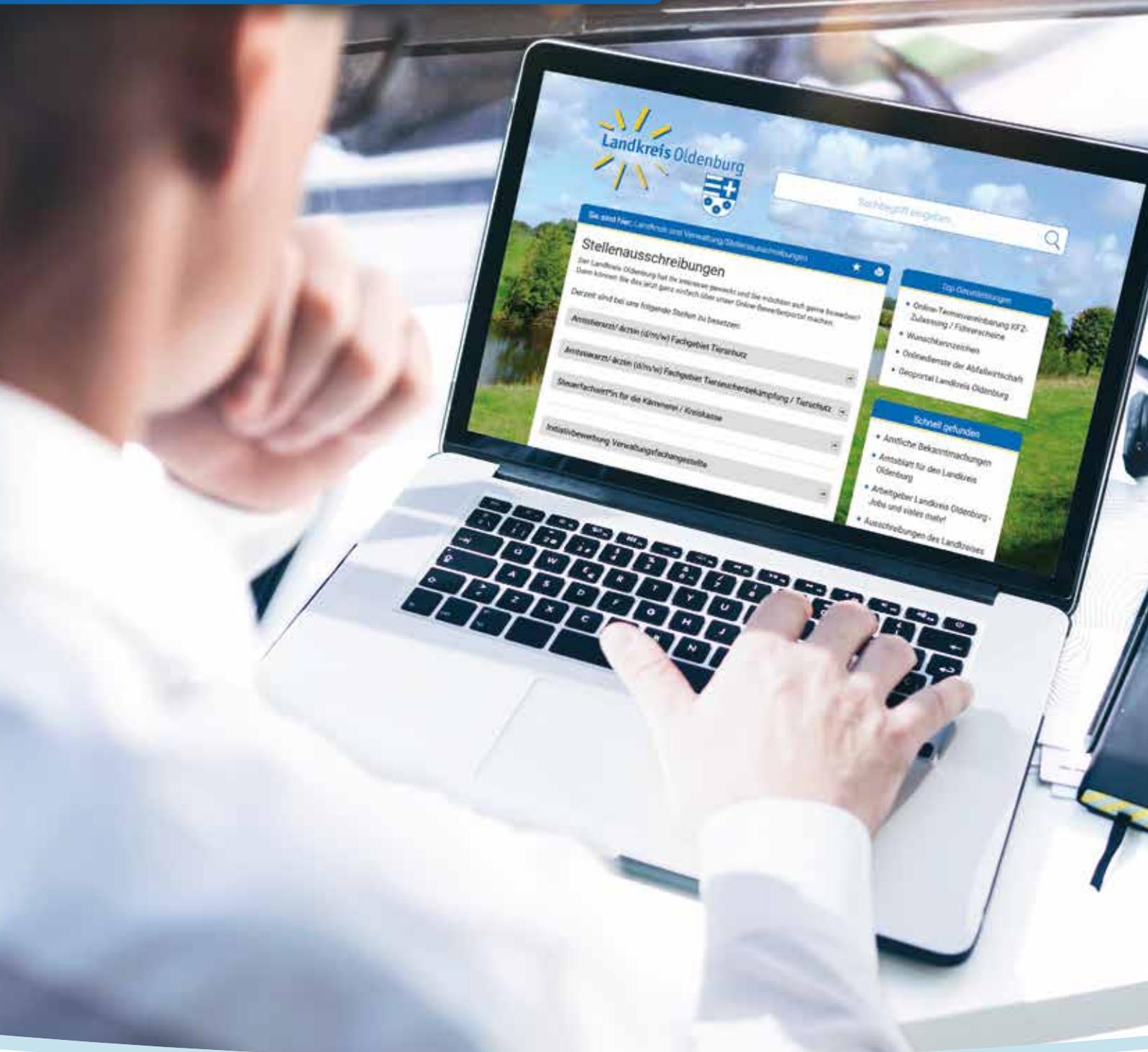
- **Bobenheim-Roxheim:**
Infoma newsystem mit verschiedenen Modulen eingeführt



Spezial

- **E-Payment:**
Mehrwert von Online-Bezahlverfahren für Kommunen

Die digitale Lösung für Ihr Recruiting



NOLIS | Bewerbermanagement

Optimiert für den Einsatz in Kommunalverwaltungen

www.nolis-bewerbermanagement.de | info@nolis.de | 0 50 21 - 88 77 555



Liebe Leserinnen und Leser,

mitten in der Corona-Krise erreicht uns diese Nachricht: „Angesichts zahlreicher ausfallender Messen und Tagungen verlassen sich die Verwaltungen auf die fundierte Information aus der Fachpresse – Ihnen dafür unseren Dank!“ Das ist uns ein Ansporn. Natürlich halten wir Sie auch in diesen Zeiten über Entwicklungen bei der Digitalisierung der Verwaltung auf dem Laufenden.



Zum Beispiel über den Trend zur Smart City. In dieser Ausgabe stellen wir anhand von fünf Modellkommunen vor, wie unterschiedliche Städte und Gemeinden übertragbare digitale Lösungen finden wollen (Seite 8). In unserer Serie zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) beleuchten wir, wie die kommunalen Fachverfahren an die neuen Online-Dienste angepasst werden. Dabei zeigt sich: Die Hersteller plädieren für einheitliche Standards und sehen in XÖV-Produkten wie XBau, XMeld, XKfz oder XRechnung eine gute Ausgangsbasis (Seite 12).

Noch ist nicht abzusehen, wie sich die Corona-Pandemie auf den Arbeitsmarkt auswirkt. Klar ist jedoch, dass gut 40 Prozent der derzeit im öffentlichen Dienst Beschäftigten in den kommenden 15 Jahren in Pension gehen. Experten schätzen, dass bis 2030 rund 800.000 Beschäftigte fehlen. Der Rat lautet: Kommunen und Behörden sollten eine wertebasierte Arbeitgebermarke aufbauen, um Nachwuchskräfte zu rekrutieren (Titelthema ab Seite 14). Das könnte gelingen: Laut der Studie „Nachwuchsbarometer Öffentlicher Dienst“ können sich 58 Prozent der Studierenden vorstellen, im Public Sector zu arbeiten.

Ihr

Alexander Schaeff



CC DMS

**Modernisieren Sie jetzt
die Verwaltungsarbeit !**

- **Elektronische Akte**
- **Workflow**
- **Office-Integration**
- **Mailarchivierung**
- **Archivierung aus
Fachverfahren**



E-Government

- Smart City:** Fünf Projekte mit Modellcharakter 8
- Interview:** Prof. Elke Pahl-Weber erklärt, wie die künftigen Lebensräume aussehen könnten 11
- Serie OZG:** Anbindung von Fachverfahren 12

Titel

- Personalwesen:** Aufbau einer Arbeitgebermarke entscheidend im War for Talents 14
- Studie:** Nachwuchs bewertet Public Sector als Arbeitgeber 16
- Lösungen:** Bewerber-Management-Software kommt bei den Anwendern gut an 18
- München:** Wie der städtische IT-Eigenbetrieb bei Arbeitnehmern punktet 20
- Bremen:** Karriereportal bündelt Kampagnen und Jobangebote 22

Informationstechnik

- Interview:** Matthias Kammer, Geschäftsführer der Genossenschaft govdigital, über den Aufbau einer Blockchain-Infrastruktur 24
- Stadtplanung:** Bürgerbeteiligung durch gemeinsamen Server der Kommunen im Kreis Steinfurt vereinfacht 26
- Zeiterfassung:** Zeit- und Fehlzeitkonten verwalten 28
- Zweckverband Bauhof Hecken-gäu:** Arbeitszeiterfassung mit Miniscanner und Barcode 30
- Würzburg:** Dienstplanung wird bedarfs- und kostenoptimiert gestaltet 31

- Fachverfahren:** i-Kfz ist das Paradebeispiel für vollautomatisierte Antragsprozesse 32
- i-Kfz 3:** Aufwand hat sich für ekom21 gelohnt – Fallzahlen haben sich verdoppelt 34
- Kreis Leer:** Vorreiter in Niedersachsen bei i-Kfz 3 35
- AKDB:** i-Kfz 3 fürs Bürgerservice-Portal 36
- Branchen-News:** ITEBO, KISA, DSV Service, Axians Infoma 37

Praxis

- Bobenheim-Roxheim:** Zweiköpfiges Team führt Infoma new-system mit verschiedenen Modulen ein 38
- Betzdorf-Gehardshain:** Verbandsgemeinde erprobt Digitalisierung zum Erleben, Anfassern und Mitmachen 40

Spezial

- E-Payment:** Welche Mehrwerte paydirekt Kommunen bietet 42
- Freiburg / Koblenz:** PayPal im Einsatz 44
- Geseke:** Elektronisches Bezahlen mit Infoma ePayment Manager optimiert 46
- Gelsenkirchen:** Digitales Barkassensystem als mandantenfähige zentrale Software eingeführt 48
- Kassensysteme:** Welche neuen Vorgaben beim Kassieren zu beachten sind 50
- Rubriken:**
 Editorial 3
 News 6
 IT-Guide 51
 Vorschau, Impressum 58



Als Arbeitgeber punkten

Vor dem Hintergrund von demografischem Wandel und Fachkräftemangel muss sich der öffentliche Dienst bei der Fachkräftegewinnung gut positionieren. Ein Punkt ist der Aufbau einer Arbeitgebermarke. Wie ein attraktiver Arbeitgeber aussehen kann, zeigt der IT-Eigenbetrieb der Stadt München.

ab Seite 14



PDV

Premiumpartner der
digitalen Verwaltung

Intelligentes Scannen

so einfach wie nie.



Gut.
Besser.
Scantastisch.

VIS-Scan



Intelligente Digitalisierung für die elektronische Aktenführung.

Mehr Informationen  www.pdv.de/vis-scan



twitter.com/k21news

Form-Solutions: Assistentenpaket „Corona“

Form-Solutions stellt Kommunen ein kostenloses Assistentenhilfepaket „Corona“ bereit. Darüber können Bürger nach Angaben des Formular-Spezialisten beispielsweise Verdachtsfälle melden; Kommunen können diese dann einfacher abarbeiten.

• www.form-solutions.de

Covid-19: Updates via hessenWARN

Die Sicherheitsapp hessenWARN informiert Bürger über die Ausbreitung des Coronavirus sowie die Sofortmaßnahmen und Handlungsempfehlungen der hessischen Behörden. Die Push-Benachrichtigungen werden gleichzeitig via KATWARN und so an zusätzlich rund 640.000 Personen in Hessen übermittelt.

• www.hessen.de

Wolfsburg: Start für Online-Traukalender

Den Wunschtermin für die standesamtliche Trauung können sich Paare in Wolfsburg bald im städtischen Online-Traukalender vormerken. Das Datum könne dann nicht mehr wie bisher nur sechs, sondern neun Monate im Voraus eingetragen werden. Honi soit qui mal y pense.

• www.wolfsburg.de

Berlin

Mehr offene Daten

Der Berliner Senat hat einen wichtigen Schritt getan, damit die Verwaltung künftig mehr offene Daten zur Verfügung stellen kann. Auf Vorlage von Wirtschaftsministerin Ramona Pop hat er den Entwurf einer entsprechenden Verordnung zur Kenntnis genommen. Diese konkretisiert nach Angaben der Senatskanzlei die im § 13 des Berliner Gesetzes zur Förderung des E-Governments festgelegte Bereitstellung von allgemein zugänglichen Datenbeständen durch die Behörden. Wirtschaftsministerin Pop sagte: „Die Öffnung der Verwaltung für Open Data ist wichtig für Smart-City-Themen, für E-Government und andere innovative Neuerungen. Mit der Rechtsverordnung wollen wir das Potenzial von offenen Verwaltungsdaten für die Bürgerinnen und Bürger, die Berliner Wirtschaft und die Berliner Verwaltung noch stärker nutzen. So treiben wir den digitalen Wandel in Berlin voran.“

<https://daten.berlin.de>

Bocholt

Neuer Newsletter

In Bocholt starten Stadtverwaltung, Stadtmarketing und die städtische Wirtschaftsförderung einen neuen Newsletter. Wie die nordrhein-westfälische Kommune mitteilt, sollen interessante Meldungen und Terminhinweise über die Messenger-Dienste Telegram und Threema kostenlos auf das Handy von Abonnenten verschickt werden. Dazu zählen Veranstaltungs- und Terminhinweise auf Konzerte oder Kulturaktionen sowie Meldungen aus dem Rathaus etwa über Baustellen, Sperrungen, Änderungen der Öffnungszeiten oder öffentliche Stellenausschreibungen. Auch Notfall- und Warnmeldungen werden über den Newsletter verschickt. Die Themen werden kurz angerissen und auf die vollständigen Artikel verlinkt. Der Newsletter stellt laut Bocholt neben dem städtischen Internet-Portal und den Facebook- und Twitter-Profilen eine weitere Option der digitalen Bürgerinformation dar.

www.bocholt.de



Ulmer Bürger steuern Ideen bei.

Ulm

Umfrage zu digitaler Zukunft

Bis Anfang April 2020 können Bürger in Ulm an einer Online-Umfrage der Stadt teilnehmen und Ideen, Vorschläge und Kommentare beisteuern. Dabei geht es darum, wie und wo digitale Unterstützung sinnvoll und nützlich sein könnte und eine umweltbewusste Stadtentwicklung vorangetrieben werden kann, meldet die Stadt Ulm. Das Angebot schließt sich an die Ausstellung „ulm.macht.zukunft“ der Digitalen Agenda an.

www.zukunftsstadt-ulm.de

Nordrhein-Westfalen

Novelle des E-Gov-Gesetzes

Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat Anfang März den Entwurf für ein neues E-Government-Gesetz beschlossen und in den Landtag eingebracht. Es sieht unter anderem vor, den Geltungsbereich des Gesetzes auf alle Schulen, Hochschulen und nahezu alle Landesbehörden auszuweiten. Auch sollen Bürgern und Unternehmen vielfältige Verwaltungsdaten zugänglich gemacht werden. „Nordrhein-Westfalen macht Tempo bei der Digitalisierung der Landesverwaltung, damit wir den

Bürgerinnen und Bürgern wie den Unternehmen schnellen und bequemen Service vom Sofa aus anbieten können“, sagt Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie. „Wir ziehen die komplette Digitalisierung von 2031 auf 2025 vor und beziehen Hochschulen und nahezu alle Landesbehörden ein.“ Wie das Wirtschaftsministerium mitteilt, stellt es nach einem Beschluss des Kabinetts dazu in den kommenden Jahren Investitionsmittel in Höhe von einer Milliarde Euro bereit.

www.wirtschaft.nrw

Nordrhein-Westfalen

Bürgerfreundliches Portal

Ein Eckpunktepapier der kommunalen Spitzenverbände in Nordrhein-Westfalen formuliert Erwartungen an ein bürgerfreundliches Portalangebot, über das Kommunen Dienstleistungen digital anbieten können. Das Dokument hält nach Angaben des Städtetags NRW fest, dass das landesweite Portalangebot allen Städten, Kreisen und Gemeinden zur Verfügung stehen soll. Sämtliche Dienste aus kommunalen, Landes- und Bundesportalen sollen in den Portalverbund.NRW integriert werden und über gängige Suchmaschinen auffindbar sein. „Es macht keinen Sinn, wenn jede Kommune ein eigenes Verwaltungsportal erstellt“, erklärte der Vorsitzende des Gemeinsamen IT-Lenkungsausschusses der kommunalen Spitzenverbände, Dormagens Bürgermeister Erik Lierenfeld. „Darum arbeiten wir an einem zentralen Portalangebot, das nicht nur den Datenschutz gewährleistet, sondern auch anspruchsvolle Funktionen bereitstellt, zum Beispiel Authentifizierungsverfahren, sichere Bezahldienste, einen Dokumenten-Safe oder ein Formular-Management.“

www.staedtetag-nrw.de

Schleswig-Holstein

Preis für Digitalisierung

Straßenlaternen, die sich im ländlichen Raum auf Knopfdruck anschalten lassen. Ein Online-Marktplatz, auf dem landwirtschaftliche Betriebe ihre regionalen Produkte direkt vermarkten können. Und ein Personaleinsatzplan, der den Umsatz eines Unternehmens mithilfe künstlicher Intelligenz und Wetterprognosen vorhersagt. So vielseitig sind die Ideen, die in Schleswig-Holstein bereits mit dem

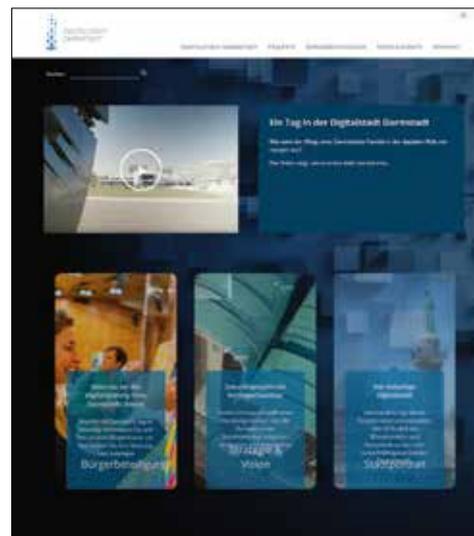
Digitalisierungspreis „Best of Digitales.SH“ prämiert worden sind. Jetzt ist der Bewerbungszeitraum für die nächste Runde gestartet. Zu gewinnen gibt es ein Preisgeld in Höhe von 75.000 Euro. Bewerben kann sich laut dem Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung jeder Bürger, der ein digitales Projekt entwickelt hat. Die Bewerbungsfrist endet am 29. Mai 2020.

<https://digitalisierung.schleswig-holstein.de>

Darmstadt

Eine Plattform für alle

Seit Darmstadt im Jahr 2017 den Bitkom-Wettbewerb „Digitale Stadt“ gewonnen hat, sind in der hessischen Kommune verschiedene IT-Projekte auf- und umgesetzt worden. Jetzt soll ekom21 eine zentrale Datenplattform für verschiedene Vorhaben im Kontext des Projekts „Digitalstadt Darmstadt“ schaffen. Nach Angaben des IT-Dienstleisters ist geplant, dass verschiedene städtische Projekte auf diese Plattform zurückgreifen



Darmstadt plant zentrale Datenplattform.

können – sei es für die Erfassung, Analyse, Auswertung, Zusammenführung oder Visualisierung von Daten. Die Anforderungen an die Datenplattform seien von einem Team aus IT-Fachleuten der Stadtverwaltung und der Stadtwirtschaft erstellt und ausgeschrieben worden. Die ausgewählte Lösung werde von einem Konsortium angeboten, das von ekom21 angeführt wird.

www.digitalstadt-darmstadt.de

IT-Sicherheit

Kein Lösegeld

Gemeinsam mit dem Bundeskriminalamt (BKA) und dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) haben die kommunalen Spitzenverbände Empfehlungen zum Umgang mit Lösegeldforderungen bei IT-Angriffen auf Kommunalverwaltungen mit Erpressungstrojanern herausgegeben. „Wir dürfen derartigen Lösegeldforderungen nicht nachgeben“, lautet der Aufruf der Präsidenten des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages und des Deut-

schen Städte- und Gemeindebundes, Oberbürgermeister Burkhard Jung (Leipzig), Landrat Reinhard Sager (Kreis Ostholstein) und des Ersten Bürgermeisters Uwe Brandl (Abensberg). In der Erklärung heißt es weiter: „Es muss klar sein, kommunale Verwaltungen sind nicht erpressbar. Sonst werden den Kriminellen Anreize geboten, ihre Handlungen fortzusetzen. Hier muss die Haltung unserer Verwaltungen glasklar und nicht verhandelbar sein.“ Jeder Erpressungsversuch müsse zur Anzeige gebracht und verfolgt werden.

www.staedtetag.de

Pioniere der 2020er-Jahre

Digital, bürgerfreundlich, nachhaltig – all das schwingt im Konzept der Smart City mit. Aber wie genau sieht das aus und wie lässt es sich umsetzen? Fünf Modellprojekte zeigen, wie sich ganz verschiedene Kommunen darauf vorbereiten, smart zu werden.

Der Begriff Smart City klingt beinahe nach Science Fiction. Wie die smarten Kommunen der Gegenwart tatsächlich aussehen und welche Zukunft sie vorbereiten, lässt sich anhand von Pilotprojekten erkennen. Im Moment gibt es beispielsweise 13 vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) geförderte Modellkommunen, die als Vorreiter den Weg zur Smart City beschreiten sollen. Zum Architekten wird dabei das Kollektiv – Smart Cities entstehen aus dem Zusammenspiel verschiedener Instanzen, wie etwa Stadtplanern, Wissenschaftlern, Investoren, Stadtverwaltungen und nicht zuletzt den Bürgern. Dazu sollen die entwickelten Lösungen übergreifend nutzbar werden. Dieser Leitsatz wurde auch auf der Smart Country Convention (SCC) im Oktober 2019 in Berlin deutlich, auf der sich einige der vom BMI ausgewählten Modellkommunen vorgestellt haben.

„Die Sieger des Förderwettbewerbs sehen wir in der Pflicht, völlig gläsern mit ihren Ergebnissen umzugehen, sodass alle Kommunen davon profitieren können“, sagte Anne Katrin Bohle, Staatssekretärin

im BMI, auf der SCC. „Das Ziel ist nicht, eine Vielfalt an verschiedenen Apps und Plattformen zu entwickeln. Wir wollen übertragbare digitale Lösungen finden.“

Der Fokus des Förderprojekts sei es, die Digitalisierung im Sinne des Gemeinwohls zu gestalten. „Gerade für strukturschwache Kom-



Wie sehen die Städte der Zukunft aus?

munen stellt die Digitalisierung eine wichtige Chance dar“, betonte Bohle. Auf der SCC präsentierten sich fünf der 13 vom BMI ausgewählten Förderkandidaten. Sie konnten damit einen Einblick vermitteln, wie Kommunen, die sich in Einwohnerzahl, Lage und Größe teils deutlich unterscheiden, die Herausforderung Smart City angehen.

Ulm zählt zu den Großstädten im Förderprojekt. Die baden-württembergische Kommune will Nachhaltigkeit und Digitalisierung stärker zusammenbringen. Die Stadtentwicklung stellt dabei ein wichtiges Thema dar. Denn mit Stuttgart21 entsteht eine neue Hochgeschwindigkeitsstrecke, welche die Region zwischen Ulm und Stuttgart näher an die schwäbische Landeshauptstadt heranrücken lässt. Diese Entwicklung stellt Ulm vor neue städtebauliche Herausforderungen. Zunächst ist der Ausbau von fünf Quartieren rund um den Bahnhof geplant. „Da geht es uns auch darum, Verhaltensänderungen hin zu einem nachhaltigeren Leben nicht einfach nur einzufordern, sondern auch möglich zu machen“, erklärte Ulms Oberbürgermeister Gunter

Czisch auf der SCC 2019. Ein weiterer Fokus der Stadt liegt auf dem Aufbau der stadt-eigenen Infrastruktur zur Datenhaltung mit einer IoT-Plattform (Internet of Things) für Echtzeitdaten nach demokratisch legitimierten Regeln. Ulm plant in den kommenden zwei Jahren eine eigene Smart-City-Strategie unter dem Motto „Digitalisierung von unten“. Dabei werden Stadt-

verwaltung, Bürger, Wissenschaft und Wirtschaft zusammenarbeiten. Besonders gespannt ist Oberbürgermeister Czisch laut eigener Aussage darauf, wie der Einsatz von neuen digitalen Lösungen im Mobilitätsbereich das Nutzungsverhalten in der Innenstadt verändern wird.

Wolfsburg macht seinen Status als Autostadt zum Teil der Smart-City-Strategie. Gemeinsam mit dem Autokonzern VW geht die niedersächsische Großstadt mit der Initiative #WolfsburgDigital neue Wege. Ein Schwerpunkt liegt auf der Förderung von E-Mobilität und autonomen Fahren. Dennis Weilmann, Erster Stadtrat und Wirtschaftsdezernent, erklärt: „Mit dem Ziel eine Smart City zu werden, fokussiert Wolfsburg ein vielseitiges Themenspektrum. Entlang eines integrierten Ansatzes liegen die Schwerpunkte auf den Themenbereichen Daten, Partizipation sowie Mobilität: Die Basis für eine intelligente und vernetzte Stadt bildet ein smartes Datenkonzept. Um auf dem Weg zur Smart City die Bürger mitzunehmen und aktiv teilhaben

zu lassen, wird eine umfassende Partizipation beabsichtigt.“ Um eine komfortable Interaktion sicherzustellen, soll auch eine Smart-City-App als zentrale Plattform mit einem Zugang zu allen städtischen Informationen, Dienstleistungen sowie Angeboten etabliert werden. Innerhalb dieser App soll jeder einen eigenen Account erstellen können, sodass persönliche Daten lediglich einmalig – und damit unabhängig von der jeweiligen Anwendung – eingegeben werden müssen. „Im weiteren Verlauf freuen wir uns auf die Umsetzung der Mobilitätsplattform, die aus einer intelligenten Bedarfsermittlung und einem flexiblen Kapazitätsmanagement bestehen soll. Das Ziel dieser Plattform ist die Bereitstellung des richtigen Mobilitätsangebots zum richtigen Zeitpunkt“, fügt Weilmann an.

Solingen blickt auf eine lange Tradition in der Herstellung von Schneidwerk für Messer, Scherwerter oder Scheren zurück. Zum soliden Handwerk soll in der nordrhein-westfälischen Großstadt jetzt das Digitale hinzukommen. „Von der

Entwicklung zur Smart City versprechen wir uns auch eine Stärkung von Wirtschaft und Handel“, erklärte Dirk Wagner, Chef des OB-Ressorts zur Digitalisierung und Verwaltung der Zukunft, auf der SCC 2019. Die Smart City wird dabei beispielsweise im Stadtbild sichtbar. Sensoren in Straßenlaternen erfassen Wetterlage sowie Verkehrsdichte und leuchten je nach Witterung und Verkehr heller oder dunkler. Mülltonnen zeigen selbstständig an, ob sie geleert werden müssen und Parkstreifen übermitteln Daten, um die Parkplatzsuche einzuschränken. Über die Solingen-App steht den Bürgern eine Vielzahl von Daten und Informationen über ihre Stadt zur Verfügung. „Die Maßnahmen im Projekt sollen konkret zu einer Steigerung der Aufenthalts- und Lebensqualität in der Solinger Innenstadt führen“, so Wagner. „Grundlage hierzu bildet das Integrierte städtebauliche Entwicklungskonzept (ISEK) City 2030, das 2018 nach einem umfassenden Beteiligungsprozess vom Rat der Stadt Solingen verabschiedet wurde.“ Neugierig sei ▶

Anzeige



OPTIMAL SYSTEMS

Gefährdete Biotope in der Schublade? Beschleunigen auch Sie das Artensterben.

Das Klima für analoge Büroartikel wie die Büroklammer wird rau. Gehen Sie mit guten Beispiel voran – digitalisieren Sie jetzt Ihre Verwaltung: Die Enterprise Content Management (ECM) Software enaio® hilft Ihnen beim digitalen Wandel. Und welcher Artikel stirbt bald in Ihren Büros aus?

optimal-systems.de/public

Software für Macher.

er insbesondere auf die Chancen einer urbanen Datenplattform. Diese soll im Zuge des Projekts aufgebaut werden, um beispielsweise die über neue Sensoren gewonnenen Datenbestände der Kommunen optimal nutzen zu können.

Cottbus zählt zur Kategorie der mittelgroßen Städte unter den ausgewählten Modellprojekten. Als erste und bislang einzige Kommune in Brandenburg hatte Cottbus bereits 2018 eine digitale Agenda verabschiedet. Die Entwicklung zur Smart City bietet auch hier neue Chancen, da sich aufgrund der engen Verbindung zur Lausitz mit dem bevorstehenden Ausstieg aus der Kohleverstromung ein demografischer und struktureller Wandel ankündigt. Bei der Bewerbung für die Förderung durch das Bundesinnenministerium setzte Cottbus auf eine integrierte Herangehensweise. Aufgeführt wurden Maßnahmen aus sieben Handlungsfeldern: Gesundheit, Mobilität, Energie, Verwaltung, Bildung, Stadtentwicklung und Wirtschaft. Aus diesen sollen insgesamt elf Projekte umgesetzt werden. „Digitalisierung ist zu einem wichtigen Standortfaktor für die Städte geworden und kann zur höheren Attraktivität beitragen“, erklärt Gustav Lebhart, CIO von Cottbus. „Wir wollen digitale Lösungen anbieten, die von den Bürgern sowie von den Unternehmen auch im Alltag genutzt werden. Deshalb muss der individuelle Mehrwert im Mittelpunkt jeder neuen digitalen Anwendung stehen.“ Geplant sei beispielsweise im Bereich der On-Demand Mobility ein System zu etablieren, das auf Basis intelligenter Routenalgorithmien nachfragegerechte Mobilitätsdienstleistungen zu den Anschlussstellen des städ-

tischen ÖPNV anbietet. Über ein Bürger- und Planungsportal sollen neben Verwaltungsdienstleistungen im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes (OZG) noch weitere digitale Services für Einwohner und Wirtschaft angeboten werden. Im Handlungsfeld Gesundheit plant Cottbus ein neuartiges Patientenportal, das den Aufnahmeprozess sowie das Management von Patientendaten im Carl-Thiem-Klinikum integriert.

Südwestfalen nimmt als Modellregion am Förderprogramm teil und bündelt als solche insgesamt fünf kleinere Kommunen: Arnsberg, Bad Berleburg, Menden, Soest und Olpe. Zusammen mit der Südwestfalen Agentur GmbH erarbeiten sie gemeinsam ihre Smart-City-Rahmenstrategie. Unter dem Leitmotto „5 für Südwestfalen: digital – nachhaltig – authentisch“ soll ein Gerüst entstehen, anhand dessen die Städte ihre individuellen Strategien ausarbeiten können. Grundlage dafür bilden das für das NRW-Strukturprogramm REGIONALE erarbeitete Konzept „Südwestfalen: Digital – Nachhaltig – Authentisch“ (Südwestfalen-DNA) und die Smart-City-Charta des Bundes. „Teil und ein Ziel des Prozesses wird es sein, für die gesamte Region einen südwestfälischen Datenraum zu schaffen, damit beispielsweise interkommunale Projekte leichter umgesetzt werden können. Hier kooperiert die Region mit den Hochschulen sowie der Telekommunikationsgesellschaft Südwestfalen (TKG) und der Südwestfalen-IT (SIT)“, erklärt Dr. Stephanie Arens von der Südwestfalen Agentur.

Die Pionierkommunen haben sich vorgenommen, das Konzept Smart City untereinander arbeitsteilig

zu entwickeln und setzen dabei unterschiedliche Schwerpunkte. „Mit diesem Ansatz sollen die technologischen Innovationen für eine nachhaltige und integrierte Stadtentwicklung beispielhaft für alle 59 südwestfälischen Städte und Gemeinden in fünf Kreisen erprobt und zu Vorlagen gemacht werden. Wir in der Agentur kümmern uns um den Wissenstransfer“, so Stephanie Arens. „Denn wir wünschen uns ausdrücklich Nachahmer in der Region.“ **Arnsberg** legt den Fokus auf die Themen Mobilität, Infrastruktur, Teilhabe und Partizipation sowie Smart Government und Smart Environment. **Bad Berleburg** setzt auf nachhaltige Entwicklung sowie die aktive Gestaltung des digitalen Wandels mit und für die Bürger der Stadt mit intelligenten Werkzeugen und digitalen Infrastrukturen, etwa aus den Bereichen Bildung, Verwaltung, Kultur und Gesundheitswesen. **Menden** geht im Bereich Datennutzung und -strategien voraus. Die Stadt arbeitet insbesondere an einer Austauschplattform für lokale Daten – und fokussiert darüber hinaus gemeinsam mit Arnsberg das Thema Eco-Mobilität im ländlichen Raum. **Olpe** integriert New-Work-Konzepte für die städtische Verwaltung, installiert ein digitales Selbstlernzentrum am städtischen Gymnasium und setzt auf eine stärkere Zusammenarbeit mit der Digitalwirtschaft. **Soest** ist bereits digitale Modellkommune des Landes Nordrhein-Westfalen und hat ein strategisches Zukunftsprogramm, um die Lebens- und Wohnqualität nachhaltig zu sichern. Der Fokus liegt auf einem innovativen Verkehrslenkungs- und Parkleitsystem sowie einem Wohnquartier.

Corinna Heinicke

Mehr grün-blaue Infrastruktur

Prof. Elke Pahl-Weber ist Stadtplanerin, forscht und berät Kommunen zum Thema Smart City. Im Interview mit Kommune21 erklärt sie, warum wir uns jetzt um unsere künftigen Lebensräume kümmern müssen und wie diese aussehen könnten.

Frau Professorin Pahl-Weber, wie sind Sie dazu gekommen, sich mit dem Thema Smart City zu beschäftigen?

Als Stadtplanerin beschäftige ich mich seit Jahren mit dem Thema der integrierten und nachhaltigen Stadtentwicklung, egal ob als Unternehmerin oder Forscherin. Smart City ist letztendlich ein Modebegriff für das, was ich für die Anforderungen an eine integrierte Stadtentwicklung halte, die sich an verschiedene räumliche Ebenen vom Bund in die Region in die Stadt und an die Quartiere richtet. Dabei geht es natürlich auch um technische Infrastrukturen. Die digitalen Möglichkeiten, die im Rahmen der Smart City angeboten werden, sind eigentlich Hilfsmittel, um eine nachhaltige Stadtentwicklung zu betreiben.

Wie wird die Smart City im Stadtbild erlebbar?

Derzeit ist es noch schwer, sich konkrete Bilder davon zu machen. Wir werden sicher langsam immer treffendere Vorstellungen dafür entwickeln, wo wir eigentlich hinwollen. Und dieses „wir“ meint nicht nur Fachleute, sondern auch Bürger, Investoren, Verwaltung, Politik und Wissenschaft. Und dann kann ich mir schon vorstellen, dass wir sehen werden, wie sich unsere Städte ändern. Wenn wir beispielsweise im Bereich autonomes Fahren und E-Mobilität zulegen,

auch was den öffentlichen Verkehr angeht, könnte es gut sein, dass unsere Straßenräume leiser werden, sodass man plötzlich wieder an großen Straßen wohnen mag und das vielleicht auch attraktiv ist, weil man von da aus ganz schnell mobil ist. Das könnte unsere urbanen Räume wirklich verändern. Ich bin außerdem überzeugt, dass wir mehr Grün in der Stadt als Maßnahme zur Anpassung an den Klimawandel brauchen, um beispielsweise Hitzeinseln zu vermeiden, Wasser zu binden und Starkregen versickern zu lassen. Eine Verdichtung muss also auf allen Ebenen stattfinden, auch in der so genannten grün-blauen Infrastruktur. Und das sind zugleich auch Aufenthaltsräume für Menschen. Dadurch wird die Smart City ein etwas anderes Gesicht bekommen. Aber es handelt sich hierzulande immer noch um die europäische Stadt aus dem vergangenen Jahrhundert, und das wird auch insgesamt so bleiben.

Warum müssen wir uns jetzt diesem Thema widmen?

Ein Aspekt ist sicher der Umbruch, den wir derzeit in der technischen Infrastruktur erleben. Die muss jetzt größtenteils erneuert werden. Wenn die Straßen aufgegraben werden und wir wieder das reinlegen, was wir vorher hatten, bekommen wir mindestens 30 Jahre lang keine Möglichkeit zur Erneuerung. Egal ob



Prof. Elke Pahl-Weber

es um Wasser, Abwasser, Gas oder Strom geht, da gibt es eine Menge, was wir jetzt neu machen können. Zudem zeigt sich immer deutlicher, dass wir angesichts der Klimakrise unsere Verhaltensweisen und Technologien verändern müssen. Und die Möglichkeiten, die es da gibt, beispielsweise im Zusammenhang mit der Infrastruktur, behandeln wir häufig unter dem Begriff Smart City. Deswegen finde ich es wichtig, sich um dieses Feld zu kümmern. Wind, Wasserkraft, Licht- und Sonnenenergie – wir wissen ja, dass mittlerweile schon eine ganze Menge regenerative Energie produziert wird, aber nicht ins Netz kommt, weil das Netz dafür nicht ausgelegt ist. Und da zu überlegen, wie wir in Zukunft wirklich eine Schadstoffeinsparung hinbekommen, das ist das Gebot der Stunde.

Interview: Corinna Heinicke

Das komplette Interview mit Prof. Elke Pahl-Weber zum Thema Smart Cities finden Sie online unter www.kommune21.de.

Hinter den Toren

Helmut Merschmann

Das Onlinezugangsgesetz betrifft auch die Fachverfahren: Die Hersteller müssen sie an die neuen Online-Dienste anpassen und fordern Unterstützung bei der Entwicklung und Einrichtung von Standards und Schnittstellen.

Das Onlinezugangsgesetz (OZG) entstand 2017 vor dem Hintergrund, dass bereits vorhandene digitale Verwaltungsleistungen nur ungenügend von Bürgern genutzt wurden. Jahr für Jahr wiesen die einschlägigen Studien und Branchenmonitore bescheidene Anwendungszahlen für Deutschland aus, und man erklärte sich das mangelnde Interesse an den digitalen Services damit, dass diese den Bürgern gar nicht bekannt sind. Mit dem OZG und einer dezidierten Nutzerorientierung bei der Umsetzung soll sich nun alles ändern.

575 Online-Dienste, Serviceportale in allen Bundesländern und die Verknüpfung der Portale zum Verbund – dieses Aufgabenspektrum

beschreibt das OZG. Es umfasst das so genannte Front End – Verwaltungsdienste, die von Bürgern online zu Hause genutzt werden können. Womit sich das OZG ausdrücklich nicht befasst, ist das Back End: all jene Fachverfahren, die in Verwaltungen genutzt werden, um Bürgeranliegen IT-gestützt weiterverarbeiten zu können. Das OZG macht sozusagen vor den Toren der Verwaltung halt.

Dabei ist das Ideal der künftigen Verwaltung ein Prozess, der durchgängig digital funktioniert, von der Eingabe am heimischen Computer über das jeweilige Fachverfahren in den Verwaltungen bis hinein in die Register und die elektronischen Akten. Einer der meistgenutzten Online-Dienste ist der Antrag auf

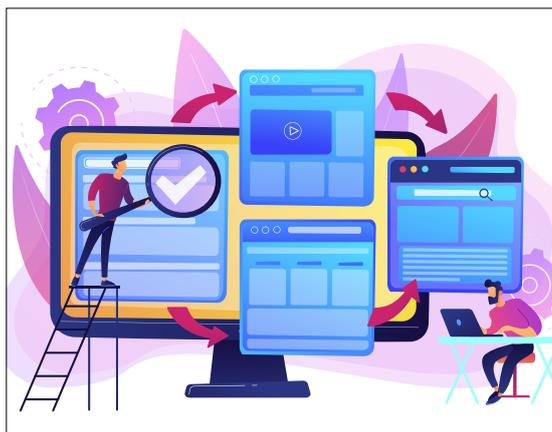
Erteilung einer Meldebestätigung. Würde dies per E-Mail geschehen und müsste ein Verwaltungsmitarbeiter die Bürgerdaten händisch in das Software-Programm eintippen, könnte der Bürger, betrachtet man den Prozessaufwand, gleich persönlich zum Amt gehen und sich die Meldebestätigung abholen, wie es ja vielerorts noch

üblich ist. „Einen solchen Prozess nicht an ein Einwohnermeldeverfahren zu koppeln, würde nicht nur die Digitalisierung auf den Kopf stellen, sondern dazu führen, dass die Prozesse langwieriger und aufwendiger wären als in der vordigitalen Welt“, sagt Rudolf Schleyer, Vorstandsvorsitzender der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB). Man müsse nicht nur die Schnittstelle zum Bürger betrachten, sondern den Gesamtprozess inklusive der Tätigkeit der Verwaltungsmitarbeiter.

Als Anbieter und Entwickler ist die AKDB seit vielen Jahren im Bereich der Fachverfahren tätig und hat schon Online-Dienste entwickelt, lange bevor es das OZG gab. Bereits 2006 hat das Haus eine Auszeichnung für die Barrierefreiheit seiner Kfz-Dienste erhalten. „Schon vor dem OZG hatten wir etwa 65 Online-Dienste im Angebot, die selbstverständlich eine durchgängige Bearbeitung erlauben“, erläutert Gudrun Aschenbrenner, Mitglied des Vorstands der AKDB. Dabei habe die AKDB stets „von innen nach außen“ entwickelt. Will heißen: Ausgehend vom jeweiligen Fachverfahren, das vor allem die gesetzlichen Bestimmungen abbilden muss, sind sowohl die Bedienmasken für die Verwaltungsmitarbeiter als auch

Serie Umsetzung des OZG

- Teil 1: Digitalisierungslabore: Neue Form der Zusammenarbeit
- Teil 2: Portalverbund: Wie E-Government-Services vernetzt werden
- Teil 3: Praxisbeispiel Digitalisierungslabor „Bürgerbeteiligung“
- Teil 4: Rechtsänderungen im OZG
- Teil 5: Interview mit der FITKO-Präsidentin Annette Schmidt
- Teil 6: Umsetzungsstand beim Bund
- Teil 7: **Anbindung von Fachverfahren**



OZG hat nur Front End im Blick.

der Online-Zugang für Bürger gleich mitentwickelt worden.

Die Erteilung einer Meldebestätigung könnte sogar, wenn es rechtlich zulässig wäre, ein vollautomatischer Prozess sein: Der Bürger gibt die notwendigen Daten für den Antrag ein, das Fachverfahren prüft alle Plausibilitäten, und wenn auch noch eine E-Payment-Funktion integriert ist, kann die Meldebestätigung dem Bürger per E-Mail zugestellt oder in dessen Nutzerkonto hinterlegt werden.

Problematisch wird es dort, wo Anträge über Ländergrenzen hinweg von Verwaltung zu Verwaltung gelangen. Das föderale Deutschland ist geprägt von heterogenen IT-Strukturen. Unter den Bedingungen des geplanten Portalverbunds muss jedoch eine Interoperabilität gewährleistet sein. Ein in Kiel gestellter Antrag auf Ummeldung muss fehlerfrei in München oder Stuttgart ankommen, ohne dass dies von Mitarbeitern geprüft werden müsste. „Heutige Fachverfahren bringen ihre eigenen Online-Dienste mit, die aber nicht unbedingt kompatibel mit Online-Diensten in anderen Portalen sind“, erklärt Rudolf Schleyer. „Der Entwicklungsaufwand ist hier relativ

groß, weil es keine Standards für die Datenübergabe aus Online-Diensten hin zu Fachverfahren gibt.“

Unter den Herstellern von Fachverfahren rumort es, denn an ihnen bleibt die Arbeit hängen. Stephan Hauber, Geschäftsführer der Firma HSH, kritisiert ebenfalls den Mehraufwand, der entsteht, wenn für die unterschiedlichen Serviceportale in den

Bundesländern je eigene Schnittstellen angefertigt werden müssen. HSH ist Marktführer im Bereich Meldewesen und betreut rund 3.000 Meldebehörden bundesweit mit einer Fachanwendung. Auch Hauber betont die Notwendigkeit verlässlicher, qualitativ hochwertiger Standards. Und er hält von den Digitalisierungslaboren recht wenig: „Die Digitalisierungslabore arbeiten zum Teil Dinge auf, die es schon gibt. Gerade für die bürgerintensiven Verfahren, etwa das Meldewesen, gibt es überall schon Lösungen. Hier mangelt es nicht an Ideen, sondern an rechtlichen Rahmenbedingungen.“ Bei einer Ummeldung hapert es beispielsweise daran, dass ein Aufkleber auf dem Personalausweis angebracht und die Daten auf dem Chip geändert werden müssen, was rechtlich bislang nur den Meldebehörden vorbehalten ist. Dabei wären durchaus andere technischen Lösungen denkbar.

Die Digitalisierungslabore nehmen zwar notwendige Rechtsänderungen mit in den Blick, doch ob ihre Ergebnisse dann aus einem Guss sind, wird zumindest von den alten Platzhirschen bezweifelt. Ihnen ist auch das Föderale Informationsmanagement (FIM) ein

Dorn im Auge. Dieses versucht, neue Standards für Formulare und Prozesse zu etablieren. „Im Meldewesen kennt man seit fast 20 Jahren einen Standard, das ist XMeld“, sagt Hauber. „Nun kommt das OZG und versucht hier FIM überzustülpen. Das halte ich für überflüssig. Man sollte es bei Standards, die gut funktionieren, belassen, und in Segmenten, wo es keine Standards gibt, möglichst schnell welche entwickeln.“

Auch bei der AKDB wird in den XÖV-Produkten, die von der Bremer Koordinierungsstelle für IT-Standards (KoSIT) entwickelt werden, eine gute Ausgangsbasis für bundesweite Einheitlichkeit gesehen. XBau, XMeld, XKfz oder XRechnung sind vorhandene, noch nicht weitverbreitete Standards für digitale Verwaltungsdienste in den Bereichen Bauaufsicht, Meldewesen, Kfz-Zulassung und Rechnungswesen. Diese nun flächendeckend mit verschiedenen Fachverfahren, Online-Diensten und unterschiedlichen Portalanbietern zusammenzubringen, ist das Gebot der Stunde, verlangt aber viel Energie. Rudolf Schleyer: „Es ist im Interesse aller Fachverfahrenshersteller, dass der Aufwand bei der Entwicklung minimiert wird. Deswegen brauchen wir einheitliche Schnittstellendefinitionen, und wir brauchen auch eine größere Power bei den Definitionen. Hier sind der IT-Planungsrat und die FITKO gefordert.“ Und Gudrun Aschenbrenner fügt hinzu: „Wenn man die Mittelverteilung betrachtet, ist festzustellen, dass für Standardisierungsprozesse noch nicht so viel vorgesehen ist. Hier müsste nachgesteuert werden.“

Helmut Merschmann

Bessere Karten als Arbeitgeber A. Kühne

Wie sich der demografische Wandel und die Digitalisierung auf das Personal-Management im Public Sector auswirken, haben Innovators Club und publecon untersucht. Um im War for Talents die Nase vorn zu haben, ist der Aufbau einer Arbeitgebermarke entscheidend.

Welche Auswirkungen haben demografischer Wandel und Digitalisierung auf den öffentlichen Dienst? Gemeinsam mit dem Innovators Club des Deutschen Städte- und Gemeindebunds (DStGB) hat die Berliner Unternehmensberatung publecon die Situation in deutschen Kommunen analysiert und praxisorientierte Lösungswege aus der wachsenden Personalnot erarbeitet. Grundlage ihrer Publikation „Demografieorientiertes Personalmanagement im öffentlichen Dienst – Öffentliche Arbeitgeber im Spannungsfeld von demografischem Wandel und Digitalisierung“ ist eine Studie, an der sich bundesweit rund 500 Städte und Gemeinden beteiligt haben. Es ist die zweite ausführliche Bestandsaufnahme in den Rathäusern nach 2012. In der Publikation sind die Ergebnisse um Handlungsempfehlungen von Experten ergänzt. Die zentrale Aussage: Um nachhaltig bessere Karten zu haben, künftig viele gute Mitarbeiter gewinnen und halten zu können, spielt der Aufbau einer Arbeitgebermarke eine entscheidende Rolle.

Gut 40 Prozent der derzeit im öffentlichen Dienst Beschäftigten

werden in den kommenden 15 Jahren das pensionsfähige Alter erreichen. Dabei fehlt es laut der Studie schon jetzt vor allem in den Ingenieurstudiengängen, in der Berufsgruppe der Erzieher und im IT-Bereich an Fachkräften. Die Bürgermeister und Personalverantwortlichen gehen davon aus,



Public Sector kann auch in der Arbeitswelt Vorreiter sein.

dass sich der Fachkräftemangel in diesen Bereichen noch drastisch verschärfen wird. Dennoch müssen Städte und Gemeinden parallel den Weg ins digitale Zeitalter ebnen: Aus der Befragung geht hervor, dass das Voranbringen des E-Governments, die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen und der Ausbau der digitalen Infrastruktur neben dem demografischen Wandel und der aufgabengerechten Finanzausstattung der Kommunen

die größten Herausforderungen darstellen.

Ein Beispiel aus der Studie verdeutlicht, wie die Digitalisierung den Problemen des demografischen Wandels entgegenwirken kann: Als Kommunikationskanal für die Mitarbeitergewinnung wird die Stellenausschreibung auf der eigenen Internet-Seite als am wichtigsten bewertet. Auf Platz zwei: Online-Anzeigen in Jobbörsen. Den deutlichsten Bedeutungszuwachs bei derselben Fragestellung hat im Vergleich zu 2012 der Auftritt in den sozialen Medien wie XING, LinkedIn und Facebook, während Print-Anzeigen eher stagnieren oder rückläufig sind.

Die erste im Jahr 2012 von den publecon-Geschäftsführern in Kooperation mit dem DStGB durchgeführte Umfrage hatte gezeigt, dass nahezu ein Drittel der Befragten noch überhaupt nicht auf den demografischen Wandel reagiert hat. In der aktuellen Studie sind es nur noch sieben Prozent. Fast alle Kommunen haben mittlerweile damit begonnen, die Hebel in die richtige Richtung umzulegen. Fast jede dritte der befragten Behörden bildet über Bedarf aus. Weitere ar-

beitsorganisatorische Maßnahmen spielen ebenfalls eine bedeutende Rolle. Der aus Sicht der Bewerber wohl wichtigste Pluspunkt sind flexible Arbeitszeitmodelle. Ihnen wird mittlerweile sogar eine größere Bedeutung beigemessen als der Sicherheit des Arbeitsplatzes.

Das Ergebnis der Studie sei grundsätzlich positiv zu bewerten, konstatiert DStGB-Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg. Immer mehr Städte und Gemeinden hätten damit begonnen, „ihre Verwaltungen entsprechend auszurichten“ – sowohl in Bezug auf die Herausforderungen des demografischen Wandels als auch auf die der Digitalisierung.

Laut der Studie kommen in den Verwaltungen Optionen wie flexiblere Arbeitszeit, Aus- und Weiterbildung, Vorgesetzten-Mitarbeiter-Gespräche, leistungsorientierte Entlohnung oder Sabbaticals eine wachsende Bedeutung zu. Mit Blick in die Zukunft sehen es die Kommunen zudem als äußerst wichtig an, sich als attraktiver Arbeitgeber darzustellen: Neben der Ausrichtung

der Organisation an den Bedürfnissen der Beschäftigten geht es in erster Linie „um die systemische Kommunikation dessen, was man als Arbeitgeber zu bieten hat“, wie Marken- und Organisationsberater Frank Beck aus München in seinem Gastbeitrag in der Publikation schreibt. Übergeordnetes Ziel solle es sein, eine glaubwürdige Arbeitgebermarke aufzubauen. Wichtig ist dabei, dass es von innen nach außen geschieht. Im Mittelpunkt stehen die Beschäftigten, die Markenbotschafter. Sie verbreiten in ihrem Umfeld aus erster Hand die Vor- und Nachteile ihres Arbeitgebers und ihre persönliche Zufriedenheit.

Bei der Strategie, eine Arbeitgebermarke zu entwickeln, gehe es nicht um eine Marketing-Aktion und darum, eine Image-Blase entstehen zu lassen. Vielmehr müsse ein Prozess der Organisations- sowie der Identitäts- und Kulturentwicklung angeschoben werden. Beck spricht zwar von einer komplexen Aufgabe, die umfangreiches Know-how, entsprechende Budgets und weit gefasste Zeitachsen erfordert. Dafür

würden aber Erfolge nicht lange auf sich warten lassen. Denn: „Die Untergliederung der Aufgabe in handhabbare Teile und kleine, schnelle Veränderungsschritte kann zu einem relevanten Erfolgsfaktor werden“, so Beck. Dennoch dürften ein strategischer Generalplan und definierte Erfolgsgrößen nicht fehlen.

Die publecon-Veröffentlichung liefert ein Bündel an Maßnahmenvorschlägen für den Aufbau einer funktionierenden Arbeitgebermarke und erläutert Key Performance Indicators (KPI) aus dem Personalbereich, die hilfreich für die Bestandsaufnahme sein können. Nicht zuletzt widmet sich die Publikation konkreten Verfahrensabläufen, die Organisationen helfen sollen, entsprechend ihrer spezifischen Aufgaben und Funktionen die passenden Instrumente auszuwählen, um sich im Wettbewerb um die besten Köpfe gegen private Konkurrenz positionieren zu können.

Dr. Alexandra Kühnte ist geschäftsführende Gesellschafterin der publecon GmbH, Berlin.

E-Rechnung

e-rechnungsgipfel.de

26. und 27. Mai 2020 in Fulda

Das jährliche Treffen von
Verwaltung und Wirtschaft
zur E-Rechnung



Vom Nachwuchs bewertet

Carsten Köppl

58 Prozent der Studierenden können sich vorstellen, im Public Sector zu arbeiten. Das ist ein Ergebnis des Nachwuchsbarometers Öffentlicher Dienst. Die Studie zeigt aber auch, wo die Verwaltung aus Sicht der Nachwuchskräfte noch Nachholbedarf hat.

Vor einem Jahr hat die Beratungsagentur Next:Public in Kooperation mit dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat und weiteren Partnern erstmals das Nachwuchsbarometer Öffentlicher Dienst veröffentlicht. Eine der Besonderheiten der Studie ist der Bezug zur Praxis – aus den Ergebnissen wurden schnell umsetzbare Handlungsempfehlungen für Verwaltungen abgeleitet.

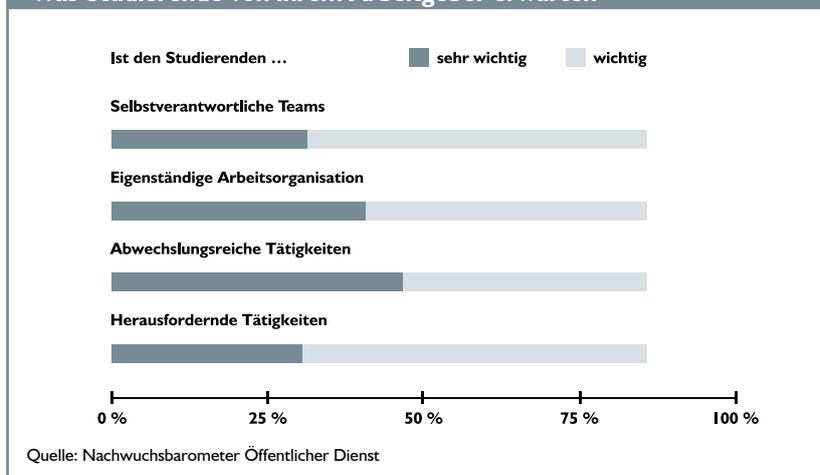
In den kommenden zehn Jahren wird mehr als jeder dritte Beschäftigte des öffentlichen Diensts in den Ruhestand gehen. Da Behörden zugleich zu wenig Nachwuchskräfte aufgebaut haben, wird bis 2030 eine Personallücke von rund 800.000 Beschäftigten entstehen, die am Arbeitsmarkt eingeworben werden müssen. Verwaltungen von Bund, Ländern und Kommunen haben erkannt, dass sie eine moderne, aktive und vorausschauende Personalrekrutierung brauchen und sind bereit, konkrete Schritte in diese Richtung zu unternehmen. Diejenigen, die angefangen haben,

Link-Tipp

Weitere Informationen und die Studie zum Download unter:

- www.nachwuchsbarometer-oeffentlicher-dienst.de

Was Studierende von ihrem Arbeitgeber erwarten



ihre Recruiting-Prozesse zu analysieren und Maßnahmen abzuleiten, berichten von ersten Erfolgen. Insbesondere Kommunen zeigen großes Engagement beim Beschreiten neuer Wege der Personalgewinnung. Und das ist auch gut so, denn gerade die kommunale Ebene wird von potenziellen Nachwuchskräften bislang kaum als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen.

Eines der guten und beruhigenden Ergebnisse des Nachwuchsbarometers 2019 ist: 58 Prozent der Studierenden können sich vorstellen, im öffentlichen Dienst zu arbeiten. Grundsätzlich punktet die Verwaltung mit einem sicheren Arbeitsplatz, einem geregelten Einkommen und – mit Abstrichen – bei der Vereinbarkeit von Privat- und

Berufsleben. Im Detail sieht es allerdings anders aus: Die Bereitschaft im öffentlichen Dienst zu arbeiten, variiert deutlich zwischen den unterschiedlichen Ebenen. Ein Großteil der Studierenden, die sich die öffentlichen Verwaltung als Arbeitgeber vorstellen können, interessiert sich vor allem für Stellen beim Land oder beim Bund. Nur 19 Prozent zieht es in eine Kommunalverwaltung. Auch bei den Interessierten nach Studiengängen ergibt sich ein heterogenes Bild – von 98 Prozent bei den Verwaltungswissenschaftlern bis hin zu 32 Prozent beim Studiengang Ingenieurwesen und 39 Prozent beim Studiengang Informatik. Besonders bemerkenswert: Nur etwa acht Prozent der Informatikstudierenden interessieren sich für eine Beschäftigung bei einer Kommune.

Die konkreten Ergebnisse des Nachwuchsbarometers zeigen, dass die Verwaltung handeln kann, wenn sie denn möchte. Vergleichsweise gut zu planen und umzusetzen erscheint etwa ein moderner IT-Arbeitsplatz. 80 Prozent der Befragten gaben an, dass ihnen die IT-Ausstattung wichtig bis sehr wichtig ist – gleichzeitig sieht dies jedoch weniger als jeder Fünfte Studierende im öffentlichen Dienst als hoch erfüllt an. Darüber hinaus wollen Studierende maximal sechs Wochen von Eingang der Bewerbung bis zur Einstellungsmitteilung warten. Dies ist zum Beispiel Informatikern besonders wichtig. Verwaltungen haben es also in der Hand, ihre IT-Ausstattung auf den neuesten Stand zu bringen und die Bewerbungsprozesse deutlich zu verschlanken und zu beschleunigen.

Jedoch müssen noch weitere Kriterien erfüllt sein, um als attraktiver Arbeitgeber zu gelten. Sehr wichtig ist das Thema Talent-Management. Studierende erwarten von einem Arbeitgeber heute, dass er individuelle Weiterbildungsmaßnahmen anbietet und konkrete Karriereperspektiven aufzeigt. Eine große Mehrheit der Studierenden denkt allerdings nicht, dass Verwaltungen schnelle Aufstiegschancen bieten. Wichtig wird zunehmend das mobile Arbeiten. Studierende sind damit aufgewachsen, dass sie orts- und zeitunabhängig erreichbar sind. 80 Prozent der Befragten sehen hier aber nur einen niedrigen bis mittleren Erfüllungsgrad bei der öffentlichen Hand.

Das alles zeigt, dass die Personalgewinnung individueller wird: Jede Bewerberin und jeder

Bewerber bringt ein eigenes Set an Bedürfnissen, Vorstellungen und Wünschen mit, dem die Verwaltung weitgehend entsprechen muss, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Das erfordert auch, schlagkräftige Personalabteilungen zu bilden.

Das derzeitige Image des öffentlichen Diensts richtet sich vor allem an sicherheitsbewusste Studierende. Das wird in der Befragung deutlich. Generell lässt sich sagen: Je agiler das Mindset der Bewerber, desto seltener möchten sie in der Verwaltung arbeiten. Das zeigt sich zum Beispiel deutlich bei der Frage nach der eigenständigen Arbeitsorganisation und beim Arbeiten in selbstständigen Teams, was durchweg als niedrig umgesetzt bei Verwaltungen empfunden wird. Vor dem Hintergrund einer komplexen, sich schnell verändernden Welt muss die öffentliche Hand stärker Bewerber mit einem agilen und dynamischen Mindset ansprechen. Das muss jedoch von innen wachsen.

Jede Verwaltung sollte sich zunächst ihrer eigenen Werte bewusst werden: Was treibt uns an? Wie sieht unsere (gelebte) Arbeitskultur aus? Wohin wollen wir uns entwickeln? Um ihr Profil nach innen und außen zu schärfen und sich gut im Arbeitgebermarkt zu positionieren, müssen sich Verwaltungen diesen Fragen stellen. Wertebasierte Arbeitgebermarken ermöglichen den Bewerbern einen Abgleich ihrer eigenen Werte und Wünsche mit denen der Verwaltung.

Studierenden ist eine Sinnhaftigkeit ihrer Arbeit wichtig. Sie

möchten eine Aufgabe haben, in welcher sie einen Mehrwert für die Gesellschaft sehen. Im Allgemeinen ist die Arbeit im öffentlichen Dienst sinnhaft. Für die Beschäftigten verliert sich der gesellschaftliche Mehrwert jedoch häufig im alltäglichen Abarbeiten. Über Mitgestaltung und Transparenz kann die Sinnhaftigkeit der Arbeit in einer Verwaltung stärker vermittelt werden, was auch das Engagement und die Motivation der Beschäftigten steigert.

Mitarbeiterbindung ist ebenso wichtig wie Mitarbeitergewinnung. Eine attraktive und authentische Arbeitgebermarke wächst von innen und zielt nach außen. Verwaltungen, die in eine wertebasierte und dynamische Arbeitskultur investieren, um sich als attraktive Arbeitgeber darzustellen, brauchen die Hilfe ihrer Beschäftigten. Sind diese zufrieden mit ihrem Arbeitgeber, werden sie das so auch kommunizieren und sich natürlich auch mehr engagieren.

Auch hier hat die öffentliche Verwaltung noch viel Handlungsspielraum, um für Zufriedenheit zu sorgen und sich auch nach innen als attraktiver Arbeitgeber zu positionieren. Einen tieferen Einblick wird 2020 das erste Bleibebarmeter Öffentlicher Dienst geben, das in Kooperation unter anderem mit dem Bundesinnenministerium sowie dem dbb Beamtenbund und Tarifunion unter Federführung von Next:Public entsteht.

Carsten Köppl ist Geschäftsführer der Next:Public GmbH, Berlin und Initiator des Nachwuchsbarometers Öffentlicher Dienst 2019 sowie des Bleibebarmeters Öffentlicher Dienst 2020.

Ausbaustufe Premium

Uwe Warnecke

Ein komplett digitaler Workflow und der flexible Einsatz zeichnen eine gute Software für Stellenausschreibungen aus. Der E-Government-Spezialist NOLIS erhält für seine Bewerbermanagement-Software viel Zustimmung aus der kommunalen Anwenderschaft.

Zweifelsohne ist die Wahl des richtigen Bewerbers immer noch die wichtigste Komponente in jedem Stellenbesetzungsverfahren. Aber mittlerweile erkennen immer mehr Kommunalverwaltungen, wie wichtig neben rechtlichen Aspekten – wie der Einhaltung datenschutzrechtlicher Vorschriften – auch die Optimierung der internen Entscheidungsprozesse und die Kostenminimierung sind. Immer mehr Kommunen setzen zu diesem Zweck auf die Software NOLIS | Bewerbermanagement.

Einige kommunale Verwaltungen haben ihren potenziellen Beschäftigten bereits vor mehr als 15 Jahren die Möglichkeit eröffnet, sich auf Stellenausschreibungen online zu bewerben. Damals noch eher skeptisch beäugt, hat sich dieses Verfahren heute zum Standard entwickelt, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung. Der vollständig medienbruchfreie Workflow von der Stellenausschreibung über die Bewerbung bis zu den internen Entscheidungsprozessen ist gewissermaßen die Premiumausbaustufe. Nicht selten besteht bereits die Vorgabe, dass für alle offenen Stellen, bei denen EDV-Kenntnisse erforderlich sind, die Online-Bewerbung zwingend ge-

fordert wird. Andere Formen werden nicht mehr akzeptiert.

Yannick Sachau vom Landkreis Osterholz sagt: „Die Arbeitseffizienz im Personalservice wird durch den Einsatz von NOLIS | Bewerbermanagement um ein Vielfaches gesteigert. Für Bewerber kann der Aufwand ebenso reduziert werden wie für Personaler und sonstige Entscheider. Außerdem verspricht das Verfahren Transparenz und ermöglicht eine schnelle, unkomplizierte Kommunikation. Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels sind dies wichtige Faktoren für eine erfolgreiche Personalgewinnung.“

Manche Kommunen sehen eine Lösung darin, die Übersendung der Bewerbungsunterlagen per E-Mail zuzulassen – eine zumindest fragwürdige Lösung, denn in den seltensten Fällen dürfte dabei eine durchgehend verschlüsselte Übertragung der schützenswerten Personendaten gewährleistet sein. Abgesehen davon, dass E-Mail-Bewerbungen kaum einen Effizienzgewinn im internen Workflow darstellen.



Langenhagen betreibt ein Stellen- und Karriereportal.

Der sich verstärkende Fachkräftemangel erfordert von Kommunen auch größere Anstrengungen bei der Veröffentlichung von Stellenangeboten. Der E-Government-Spezialist NOLIS unterstützt die Verwaltungen dabei mit bewährten Funktionen. Per Schnittstelle können Kommunen aktuelle Stellenangebote ohne Mehraufwand an das kostenfreie Stellenportal des Bundes für den öffentlichen Dienst (bund.de) und an die Jobbörse der Bundesagentur für Arbeit übertragen. Auch die Übernahme in die kostenpflichtige Stellenbörse Interamt ist möglich. Im Herbst 2019 wurde zudem das ebenfalls auf den öffentlichen Dienst abgestimmte Portal nolix.de freigeschaltet. Dort werden mit NOLIS | Bewerbermanagement

erstellte Stellenangebote ebenfalls kostenfrei veröffentlicht.

Wesentliche Vorteile beim Einsatz eines bewährten und auf kommunale Gegebenheiten abgestimmten Software-Verfahrens sehen viele Verwaltungen sowohl in der Zeit- als auch in der Sachkostensparnis. Dabei werden verschiedene Argumente angeführt, wie der sofortige Zugriff auf die Bewerbungen für alle Beteiligten, die strukturierte Ablage der Bewerbungen und schließlich der gesicherte standortunabhängige Zugriff. Wichtiger Vorteil im Workflow sei die Tatsache, dass die Bewerbungen online bewertet werden und so automatisch ein Ranking erstellt werden könne.

Betriebswirtschaftliche Analysen sind für die 22.000 Einwohner zählende Gemeinde Neu Wulmstorf südlich von Hamburg bei der Einführung neuer Software und neuer Workflows Standard. Partho Banerjea, Fachdienstleiter Strategische Steuerung und Entwicklung, stellt beachtliche Zahlen vor: „Die Gemeinde Neu Wulmstorf setzt das Bewerber-Management seit vielen Jahren erfolgreich ein. Wir haben einen Zeitraum von fünf Jahren ausgewertet. Bei 80 Stellenbesetzungsverfahren sind mehr als 2.000 Bewerbungen damit bearbeitet und verwaltet worden. Im Vergleich zur früheren Bearbeitungsweise ist in diesem Zeitraum ein Prozesskostengewinn von circa 40.000 Euro realisiert worden.“

Wie stark das Verfahren verwurzelt ist, zeigt sich an der Einbindung in interne Prozesse. „Der Einsatz dieser Lösung basiert auf dem Leitziel zur Modernisierung

der Verwaltung. Demzufolge arbeiten nicht nur der originäre Personalbereich mit dem Bewerber-Management, sondern auch die in den einzelnen Verfahren eingebundenen Fachämter. Dies gilt ebenso für die regelmäßigen Verfahrensbeteiligten Personalvertretung, Schwerbehindertenvertretung und Gleichstellungsbeauftragte. Auch deren Vorbereitung auf Bewerbungsgespräche erfolgt mit dem cloudbasierten Bewerber-Management“, betont Banerjea.

Einige Kommunen ergänzen NOLIS | Bewerbermanagement um das optionale Modul anonymes Verfahren. Dieses wurde gemeinsam mit der niedersächsischen Stadt Celle im Rahmen eines Pilotprojekts der Antidiskriminierungsstelle des Bundes entwickelt. Durch den Verzicht auf Angaben zu etwa Geschlecht, Alter oder Nationalität wird eine fachlich unabhängige Auswahl realisiert.

Ebenso wie die Stadt Celle haben sich auch zahlreiche weitere Städte und Gemeinden für die Recruiting-Lösung aus der E-Government-Suite von NOLIS entschieden, obwohl deren Internet-Portal nicht auf Technik aus dem Hause NOLIS aufbaut. „Immer noch denken viele Verwaltungen, man könne unsere E-Government-Software nur einsetzen, wenn man auch unser Content-Management-System nutzt. Das ist schlichtweg ein Irrglaube“, betont David Jauch, Leiter Projekt-Management und Kundenbetreuung bei NOLIS. Eine optisch vollständige Integration in die kommunale Web-Seite realisierte der E-Government-Spezialist für zahlreiche Verwaltungen, etwa für den Landkreis Vechta, den Landkreis

Leer und die Stadt Bad Lippspringe. Für ein eigenständiges Karriereportal haben sich demgegenüber unter anderem die Städte Hildesheim und Langenhagen sowie der Kreis Offenbach entschieden.

Vom Nutzwert der Software sind viele Verwaltungen überzeugt. Bei Umfragen im Kundenkreis werden immer wieder wesentliche Merkmale betont: der schnelle, zeitgleiche Zugriff, inklusive individueller Rechtezuweisung, die integrierten Auswertungsmöglichkeiten, die zentrale Erstellung von E-Mail-Vorlagen für diverse Anlässe, die fachspezifischen, frei formulierten Fragen an die Bewerber sowie nicht zuletzt die Nutzung von Ausschreibungsvorlagen für unterschiedliche Stellentypen.

Die Stadt Burgwedel ist ein Kunde der ersten Stunde des Bewerber-Managements. „Seitdem hat dieses Modul sich stetig im Sinne der Anwender weiterentwickelt“, betont Florian Berner aus der Personalabteilung. „Ein besonderes Herausstellungsmerkmal ist dabei, dass die Anwender selbst an der Optimierung teilhaben können. Mithilfe des Produktbeirats ist der Kunde so nah an der Entwicklung dran wie bei sonst keinem Programm.“

Spezielle Workflow-Wünsche des Personalbereichs werden durch entsprechendes Customizing bei der Software-Einführung berücksichtigt. Im laufenden Betrieb wissen zahlreiche Kommunen den schnellen Support des Anbieters zu schätzen.

Uwe Warnecke ist Geschäftsführer und E-Government-Consultant bei der NOLIS GmbH.

Arbeiten bei it@M

Petra Gernhäuser-Pisko

Beim Eigenbetrieb it@M geben mehr als 1.000 Beschäftigte ihr Bestes für die Digitalisierung der Stadt München. Der Beitrag beschreibt, warum Personal-Management mehr ist als nur Personalgewinnung und wie der IT-Eigenbetrieb dieses Credo umsetzt.

Die Stadt München hat ihre gesamten IT-Aktivitäten in einem IT-Referat gebündelt, das auch bei der Digitalisierung der bayerischen Landeshauptstadt federführend ist. Für dieses stellt it@M als Dienstleister für die Informations- und Telekommunikationstechnologie moderne IT-Infrastruktur, High-End-IT-Beratung und eine 24/7-Versorgung mit digitalen Services bereit. it@M hat inzwischen mehr als 1.000 Beschäftigte, die für die Digitalisierung der Stadt ihr Bestes geben. Der Münchner Eigenbetrieb arbeitet an einem der attraktivsten Standorte des Landes und behauptet sich in der Konkurrenz zu den großen IT-Firmen. Die Stellenausschreibungen führen in den meisten Fällen zu einer Neueinstellung. Die Fluktuationsrate ist konstant sehr gering. Wie gelingt das? Als Eigenbetrieb der Landeshauptstadt München profitiert it@M bei der Personalgewinnung vom positiven Arbeitgeber-Image.

Die Rahmenbedingungen sind gesetzt, it@M unterliegt dem Beamten- und Tarifrecht und kann daher nur eingeschränkt mit Gehaltsgefügen auf dem freien Markt mithalten. Umso mehr bemüht sich

der städtische Eigenbetrieb um seine Mitarbeiter.

Das geht bereits beim Onboarding los: Zum Start werden die Führungskräfte und neuen Kollegen mit einem Einarbeitungsleitfaden sowie mit Austauschforen, Hospitationen und Paten unterstützt.



Münchener Eigenbetrieb punktet bei Arbeitnehmern.

Die Ausbildung von Nachwuchskräften liegt it@M sehr am Herzen. Im Rahmen des demografischen Wandels kann der Eigenbetrieb nur bestehen, wenn er großen Wert auf die eigene Ausbildung legt. Deshalb werden verstärkt Nachwuchskräfte in unterschiedlichen Ausbildungsrichtungen und dualen Studiengängen eingestellt. Den Nachwuchskräften werden attraktive Praktikumsplätze geboten, und sie werden in spannende Projekte eingebunden, in denen sie auch

Neues ausprobieren dürfen, wie beispielsweise eigene (Digitalisierungs-)Projekte in den Innovation Labs. Auf Ausbildungsmessen präsentiert sich it@M als attraktiver Ausbildungsbetrieb und nimmt auch seine Nachwuchskräfte mit, damit sie von ihren Erfahrungen berichten. Um auch die Wünsche und Erfahrungen der Praktikanten kennenzulernen, stehen ihnen Ausbildungsbetreuerinnen zur Seite, die jederzeit ansprechbar sind und die Feedback zu den Ausbildungsinhalten und persönlichen Erfahrungen einholen. In anonymen Befragungen bewerten die Nachwuchskräfte ihre Praktikumsstellen überwiegend mit sehr gut.

Qualifizierung ist wichtig, um technisch die rasanten Entwicklungen nicht zu verpassen. Aber mit der Weiterqualifizierung bietet it@M den Beschäftigten auch eine Perspektive, um in höhere Positionen aufzusteigen. Dazu wurde eigens ein Fachkarrierekonzept ausgearbeitet, das eine Weiterentwick-

Link-Tipp

Weitere Informationen zu it@M:

- <https://muenchen.digital/it-at-m>

lung nicht nur auf Führungsstellen vorsieht, sondern Karrierewege auch ohne Führung, also Fachkarrieren, aufzeigt. Mit internen IT-Qualifizierungsmaßnahmen, die dem Hochschulabschluss gleichwertig anerkannt sind, können die Beschäftigten von der zweiten in die dritte Qualifizierungsebene aufsteigen.

Die Führungskräfte von it@M wenden die städtischen Personalentwicklungsinstrumente sicher an, dafür sorgen die vorgegebenen Pflichtschulungen zu Führungskompetenz und Soft Skills. Die Einführung von verpflichtenden Führungsdialogen erlaubt es den Beschäftigten nun in dreijährigen Zyklen, ihrer Führungskraft Feedback zu geben. Zudem wird ein jährliches Mitarbeitergespräch zwischen Führungskraft und Mitarbeiter geführt, das strukturiert und persönlich abläuft. In diesen Gesprächen werden auch Unterstützungsbedarfe, weitere Qualifizierungen und persönliche Entwicklungsmöglichkeiten besprochen.

Um den Bewegungsapparat fit zu halten, sind aktive Pausen vorgesehen. Eine professionelle Betreuung bietet täglich diverse Sportangebote sowie wöchentlich Übungen im Rahmen der bewegten Pause an. Ist der Rücken bereits verspannt, gibt es auch die Möglichkeit eine Massage im Haus zu buchen. Darüber hinaus veranstaltet it@M Gesundheitstage mit wechselnden Schwerpunkten. Diese reichen von der Ergonomie am Arbeitsplatz, Ernährungsberatung, Stressreduktion und Sehtrainings bis hin zu Vorträgen und Schnupperkursen. Im Rahmen des Betrieblichen Ge-

sundheitsmanagements werden diverse Angebote zum Betriebssport am Standort gemacht, die Aktion mit dem Rad zur Arbeit unterstützt sowie Pedelecs für Dienstfahrten zur Verfügung gestellt. Im Zuge der Gefährdungsbeurteilung beschäftigt sich der städtische Eigenbetrieb auch mit dem Erhalt der psychischen Gesundheit.

Wenn doch längere Krankheitsausfälle eintreten, unterstützt das Fall-Management für das Betriebliche Eingliederungsmanagement die Führungskraft und die Beschäftigten, führt oder begleitet Gespräche, gibt Informationen und Tipps und vereinbart gemeinsam Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitssituation.

Wo Menschen zusammen arbeiten, gibt es auch Konflikte. Das Konflikt-Management von it@M kann von Führungskräften oder Beschäftigten frühzeitig, ohne Dienstweg direkt angesprochen werden. Wenn ein Konflikt vorliegt, unterstützt ein Konfliktklärungsteam, das aus geschulten Kollegen besteht und vom Konflikt-Management unterstützt wird. Prävention, Konfliktberatung und -aufklärung sind wichtige Bausteine für ein positives Betriebsklima.

Das Angebot zur Telearbeit nehmen inzwischen 65 Prozent der Beschäftigten sporadisch oder auch regelmäßig in Anspruch. Neuen Büroraumkonzepten gegenüber zeigt sich der städtische Eigenbetrieb ebenfalls offen, um möglichst effiziente und moderne Rahmenbedingungen zu schaffen. it@M fördert zudem aktiv und gezielt die Gleichstellung von Frauen und Männern. Dazu wurde ein

Gleichstellungskonzept mit Zielen und Maßnahmen erarbeitet. Bei allen Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung für die Chancengleichheit ebenso wie bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist die Gleichstellungsbeauftragte beteiligt.

Damit alle Beschäftigten regelmäßig über die aktuellen Entwicklungen im Betrieb auf dem Laufenden sind, werden jährlich Infomärkte angeboten. Hier können sich die einzelnen Geschäftsfelder mit ihren Projekten vorstellen und Vorträge zu aktuellen Schwerpunkten halten. Darüber hinaus wird der Austausch der Teams untereinander und übergreifend in Workshops und Teambildungsveranstaltungen gefördert.

Selbstverständlich arbeitet die bayerische Landeshauptstadt auch laufend an der Beschleunigung des Recruiting-Prozesses. Unter dem Namen neoHR führt München ein Programm durch, das sich mit den Veränderungen der Rahmenbedingungen von Arbeit inhaltlich auseinandersetzt. Es umfasst drei Säulen: New Work, HR Management & Organisation und HR Technologie & Service. Ziel des Programms ist die Optimierung und weitestgehende Digitalisierung der Personalmanagement-Prozesse sowie eine Schaffung von inhaltlichen und strukturellen Grundlagen für einen Umstieg in die neue Arbeitswelt. Ziel von it@M ist es, das Personalmanagement kontinuierlich zu optimieren und Anregungen für Verbesserungen umzusetzen.

Petra Gernhäuser-Pisko ist Leiterin der Abteilung Personal- und Organisationsmanagement im IT-Referat der Landeshauptstadt München.

Mit allen Facetten

Beate Beeskow

In Bremen vereint ein eigenes Online-Portal alle Kampagnen und Jobangebote, um neue Fachkräfte zu gewinnen.

Seit April 2019 ist das neue Karriereportal der Freien Hansestadt Bremen (FHB) online (www.karriere.bremen.de). Unter dem Motto „Mach Bremen zu deinem Beruf“ sind dort Stellenausschreibungen, Ausbildungsangebote, Praktika, duale Studiengänge und Werkstudententätigkeiten zu finden. Um dem Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst entgegenzuwirken, hat sich die FHB als größte Arbeitgeberin des Landes entschieden, die unterschiedlichen Kampagnen und Angebote zu vereinen und mit dem Karriereportal eine Plattform zu schaffen, die weit mehr als nur ein Online-Bewerbungsportal ist. Finanzsenator Dietmar Strehl sagt: „Viele wissen nicht, wie vielfältig das Berufsspektrum im öffentlichen Dienst ist. Das müssen wir ändern und darstellen, warum der öffentliche Dienst ein attraktiver Arbeitgeber ist.“

Das Portal bietet umfangreiche Informationen zu Ausbildungs- und Studiengängen sowie zu der Arbeitgeberin FHB. Es informiert über die Ressorts und die Tätigkeitsbereiche im öffentlichen Dienst Bremens mit allen Facetten, Werten und Angeboten aus den unterschiedlichsten Bereichen. Schließlich hat die Freie Hansestadt neben krisensicheren und sinnhaften Arbeitsplätzen

deutlich mehr zu bieten. Angefangen bei Angeboten rund um das Gesundheitsmanagement, Work-Life-Balance, Projekt- und Veränderungsmanagement bis hin zu zahlreichen Fortbildungs- und Personalentwicklungsmöglichkeiten.

Bewerber haben über das Portal die Möglichkeit, mittels eines Konfigurators passende Jobangebote zu finden und Stellenausschreibungen als PDF-Dokument herunterzuladen. Ist das passende Angebot dabei, können sich die Interessenten direkt online bewerben und ihre Bewerbungsunterlagen hochladen. Der Versand erfolgt verschlüsselt direkt in das Personalbüro der ausschreibenden Stelle. Neben der Online-Bewerbung bietet das Portal weitere Funktionen, wie beispielsweise einen Jobcounter, Newsletter-Abonnements und einen Bereich für Menschen mit Schwerbehinderung. Neu ist die Einbindung von Informationen über Bremen. Potenzielle Bewerber, insbesondere diejenigen, die Bremen noch nicht kennen, sollen einen Eindruck des hanseatischen Flairs der Stadt erhalten. Eine weitere Besonderheit: Die Plattform führt nicht nur Ausschreibungen der FHB auf, sondern auch die der Gemeinden im Umland.

Im Jahr 2019 verzeichnete das Karriereportal über 1,7 Millionen Seitenaufrufe und rund 370.000 Besuche. Allein im Januar wurde das Portal bereits von über 277.000 potenziellen Bewerbern und Interessierten aufgerufen. Das liegt nicht zuletzt an den Marketing-Aktivitäten, durch die diverse Kanäle bespielt wurden, um so



Bremer Straßenbahn wirbt für das Karriereportal.

eine möglichst hohe Reichweite zu generieren. Neben einer klassischen Anzeigenschaltung in der Tageszeitung waren in der Kampagnenplanung auch Citylight- und Großflächenplakate, Postkarten und Memosticks mit VR Code, klickbare Banner auf anderen Online-Portalen sowie Werbung über die Straßenbahn enthalten.

Beate Beeskow arbeitet im Bereich Personalbedarfe für die Freie Hansestadt Bremen.

Software leistungsstark, Partnerschaft langfristig –

genau die **Zuverlässigkeit,**

die ich brauche.

Zertifizierte
Software nach
den Anforderungen
im öffentlichen
Dienst

Für Kommunen und andere öffentliche Einrichtungen ist DATEV der zukunftsweisende Digitalisierungspartner: mit moderner Standard-Software für Finanz- und Personalwesen sowie weitere Verwaltungsaufgaben. Flexibel anpassbar auf Ihre spezifischen Anforderungen, rechtssicher und zertifiziert. So bekommen Sie die ideale Lösung, die Sie für die Prozesse in Ihrer Verwaltung benötigen.



Zukunft gestalten. Gemeinsam.

www.datev.de/public-sector

Die Blockchain-Genossen

Kommunale IT-Dienstleister haben die Genossenschaft govdigital gegründet, die sich mit der Blockchain-Technologie befasst. Kommune21 sprach mit Geschäftsführer Matthias Kammer über den Aufbau der nötigen Infrastruktur und die Aufgaben.

Herr Kammer, die Digitalisierung des öffentlichen Sektors in Deutschland geht voran. Wie schätzen Sie die gegenwärtige Lage ein?

Es gibt in Deutschland eine intensive Diskussion über unsere digitale Souveränität. Wenn die Grunderkenntnis richtig ist, dass im öffentlichen Sektor ohne IT nichts mehr geht, dann ist die Verantwortung für die IT so auszufüllen, dass man sie als öffentliche Hand auch selbst gestalten kann. Hier haben sich die Rahmenbedingungen geändert. Diesen Kontext halte ich für wichtig, wenn man die Frage nach dem Status der Digitalisierung beantworten will. Denn wir haben hier großen Handlungsbedarf.

Das heißt konkret?

Zur Person

Matthias Kammer ist Geschäftsführer der govdigital eG in Berlin. Der Jurist und Senatsdirektor a. D. war ab 2002 verantwortlich für das Projekt zur Gründung des IT-Dienstleisters Dataport und bis Oktober 2011 dessen Vorstandsvorsitzender. Danach leitete er von 2011 bis Ende 2018 das Deutsche Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet (DIVSI). Mehr zur Genossenschaft govdigital:

- www.govdigital.de

In den vergangenen Jahren hat es einen richtigen Schub durch das Onlinezugangsgesetz (OZG) gegeben, einen Planungsschub jedenfalls. Diese Phase ist weitgehend abgeschlossen. Jetzt kommt es darauf an, dass eine Umsetzung in der Wirklichkeit gelingt. Es ist immer schwierig zu sagen, wie weit die Kommunen damit hierzulande sind, doch ich hoffe, dass sie die Umsetzung des OZG auch als ihre Sache begreifen. Es kommt darauf an, die IT-Dienstleister und ihre Auftraggeber, eben die Kommunen, davon zu überzeugen, dass nicht allzu viel gleiche Lösungen für ein und dieselbe Aufgabe implementiert werden.

Inwieweit kann die govdigital-Genossenschaft den Digitalisierungsprozess in Kommunen unterstützen?

Die Genossenschaft ist aus meiner Sicht etwas Besonderes. Im kommunalen Umfeld haben wir gesehen, dass Kooperationen als eine wertvolle Erfahrung erlebt werden. Verschiedene Möglichkeiten des Zusammenarbeitens wurden und werden ausprobiert – bis hin zu Fusionen. Die IT-Dienstleister haben sich auch auf Arbeitsteilung verständigt und zusammengearbeitet, ohne zu verschmelzen. Nun haben sich mehrere öffentliche IT-Dienst-



Matthias Kammer

leister entschieden, mit govdigital ein gemeinsames Unternehmen zu gründen. Und ich möchte betonen, dass hier die kommunale Ebene, die Länderebene und der Bund gemeinsam vorgehen – das hat es meines Wissens so noch nicht gegeben.

Was bedeutet das für die Kommunen?

Die Genossenschaft will sich mit neuen Themen beschäftigen, die für die Verwaltung wichtig sind, dazu zählt etwa künstliche Intelligenz. Da wird es mit Sicherheit auch relevante Lösungen für Kommunen geben. Im Augenblick ist govdigital vorrangig damit befasst, eine Betriebsinfrastruktur zu errichten, die den Einsatz von Blockchain-Technologie ermöglicht.

Selbst die Privatwirtschaft ist bei Blockchain eher zurückhaltend. Ist die öffentliche Verwaltung nunmehr Avantgarde?

Bei Blockchain stellt sich ein Henne-Ei-Problem: Wer fängt an? Die Mitglieder unserer Genossenschaft wollen als erstes eine wichtige Voraussetzung schaffen, nämlich eine sichere, vertrauenswürdige

Zeugnisvalidierung. Es gibt Annahmen, nach denen 30 Prozent der Zeugnisse, die irgendwo vorgelegt werden, gefälscht sind. Da stellt sich die Frage, ob man mit einer Blockchain-Technologie – bei der man Hashwerte in Blöcken abbildet, die auf das Original des Zeugnisses verweisen – eine höhere Verbindlichkeit und Sicherheit erhalten kann. Dies ist ein Geschäftsziel der

kürzlich haben Branchenverbände eine klare Rechtslage bezüglich der in der Blockchain gespeicherten Hashwerte und dem Recht auf Vergessen gefordert.

Unser Ziel ist es natürlich, eine vollständig DSGVO-konforme Verarbeitung der Daten in der Infrastruktur von govdigital zu gewährleisten. Mir sind Konzepte bekannt, nach denen personen-

„Die Genossenschaft will sich mit neuen Themen beschäftigen, die für die Verwaltung wichtig sind.“

und verlässliche Infrastruktur. Wenn man keine Infrastruktur hat, wird es auch keine Anwendungen geben. Am Aufbau einer Infrastruktur für einen stabilen Betrieb beteiligen sich jetzt alle Mitglieder der Genossenschaft. Wir streben an, dass ab der zweiten Jahreshälfte erste Anwendungen darauf laufen können.

Die Anmietung einer Infrastruktur wäre nicht in Frage gekommen?

Aus unserer Sicht müssen es öffentliche Unternehmen sein, die eine solche Infrastruktur anbieten. Wenn es um Daten geht, die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes der Verwaltung anvertraut haben, muss deren Verarbeitung in einer Infrastruktur betrieben werden, welche die Verwaltung selbst verantwortet. Insofern können wir froh sein, dass wir eine Vielzahl von leistungsfähigen, öffentlichen IT-Dienstleistern haben, die das stemmen können.

Welche Anwendungen kommen für Ihre Blockchain in Betracht?

Ein bekanntes Beispiel, das seit längerem diskutiert wird, ist die

Genossenschaft, das von einigen Mitgliedern wohl selbst verfolgt wird. Weiter gibt es eine lange Liste von Ideen. Es geht dabei aber immer um Validierung, also um die Frage, ob das, was in einem Register steht, stimmt oder nicht. In einem zweiten Projekt befassen wir uns mit Identitäten.

Worum geht es dabei?

Es wird schon lange darüber debattiert, inwieweit Identitäten so abzubilden sind, dass die Bürger souveräner damit umgehen können. Die Grundidee: Datensätze müssen nicht mehr komplett übermittelt werden. So reicht es gegebenenfalls zu wissen, dass jemand volljährig ist, ohne das genaue Geburtsdatum zu kennen. Für viele solche Verifizierungsprozesse, aber auch andere Zwecke sind Meta-Informationen wichtig, die keine konkreten personalisierten Daten erfordern. Wir glauben, dass die Blockchain geeignet ist, um solche digitalen und gleichzeitig datensparsameren Verfahren aufzusetzen.

Es gibt Zweifel daran, ob eine Blockchain DSGVO-konform ist. Erst

bezogene Daten eben nicht in der Blockchain abgelegt werden. So werden etwa bei Self-Sovereign Identities (SSI) ausschließlich einfache Links als URL in der Chain gespeichert; die eigentlichen Daten liegen aber in anderen Systemen. Bei der Speicherung von Hashwerten ist sehr genau darauf zu achten, dass darüber kein Personenbezug hergestellt werden kann. Hashwerte von anonymen IoT-Geräten können beispielsweise sehr gut in einer Blockchain abgelegt werden, solange sie nicht eindeutig einer Person zuzuordnen sind.

Kann mit der Blockchain-Technologie auch ein Recht auf Vergessen garantiert werden?

Das kommt auf das jeweilige Konzept an, mit dem die Daten in der Blockchain gespeichert und mit dem es umgesetzt wird. Wenn man, wie oben beschrieben, nur Bezüge auf personenbezogene Daten speichert, die Daten selbst aber in einem anderen System ablegt, ließe sich das Recht auf Vergessen problemlos umsetzen.

Interview: Helmut Merschmann

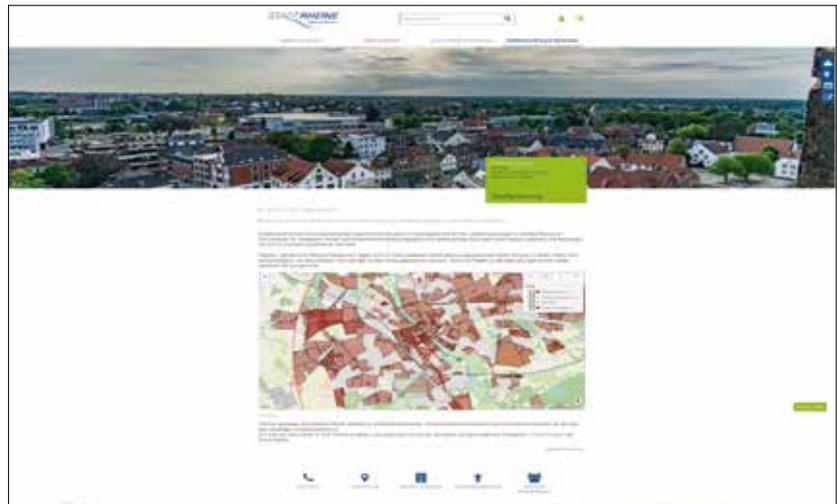
Mehr Bürgernähe

Uta Ahrens / Stefan Albers

Kommunen im Kreis Steinfurt planen digital. Für die Bauleitplanung wurde ein gemeinsamer Server aufgebaut. Durch das Gemeinschaftsprojekt aller 24 Städte und Gemeinden wird die Bürgerbeteiligung deutlich vereinfacht.

Die Bereitstellung digitaler Planungsinformationen und eine zeitgemäße Bürgerbeteiligung sind im Kreis Steinfurt zunehmend ein wichtiges Thema. Die Menschen vor Ort interessieren sich dafür, was in ihrer Umgebung passiert und wie die Verantwortlichen Stadtplanung transparenter und einfacher gestalten. Die Fima tetraeder aus Dortmund folgt dieser Entwicklung und hat den so genannten Planungsinformations- und Beteiligungsserver (PB) entwickelt. „Durch die Digitalisierung der Bauleitplanung beschleunigen und optimieren wir die Beteiligungsprozesse“, erklärt Daniela Wandzik, Prokuristin bei tetraeder. „Außerdem stehen die Planungsinformationen jederzeit allen Interessierten umfangreich und verständlich online zur Verfügung.“

Sechs Kommunen im Kreis Steinfurt nutzen den Server bereits erfolgreich. Da die Einrichtung der Plattform Vorlauf braucht, richten die übrigen Städte und Gemeinden das neue System nach und nach auf ihren Websites ein. Der Kreis unterstützt sie dabei mit Schulungen, Anwendertreffen und der Übernahme der Ersteinrichtungskosten. Mittlerweile haben alle 24 Kommunen des Kreises beschlos-



Digitale Planungsinformationen der Stadt Rheine im Kreis Steinfurt.

sen, den Server für ihre Bauleitplanung einzusetzen. Die Städte und Gemeinden kommen so ihren gesetzlichen Verpflichtungen nach und eröffnen für ihre Bürgerinnen und Bürger zeitgemäße Mitgestaltungs- und Beteiligungsmöglichkeiten. Langfristig erwarten sich die Verantwortlichen von der Digitalisierung der Flächennutzungs- und Bebauungspläne und deren Veröffentlichung im Internet ein Mehr an Bürgernähe und vereinfachte und optimierte Verwaltungsprozesse im gesamten Kreis.

Wesentlicher Faktor für die kreisweite Einführung war, dass die Städte Ibbenbüren und Rheine das Programm von tetraeder schon länger erfolgreich einsetzen

– Rheine bereits seit Juni 2006. „Nachdem wir damals ein komplettes Verfahren mit einem Testplan durchgeführt haben, veröffentlichen wir alle Bauleitpläne auf der Website der Stadt Rheine. Seitdem informieren sich viele Bürger und auch interessierte Architekten und Investoren über anstehende Verfahren“, erläutert Heike Baus vom Fachbereich Planen und Bauen der Stadt.

91 Prozent aller für die Stadt Rheine zuständigen Träger öffentlicher Belange (TöB) beteiligen sich an dem Programm und geben ihre Stellungnahmen über das Behördenportal ab. „Dadurch hat sich unter anderem auch der Papierverbrauch unserer Stadt reduziert“,

berichtet Matthias van Wüllen, Leiter der Stadtplanung in Rheine. „Die Rückmeldungen zu dem Programm sind außerdem durchweg positiv, sowohl vonseiten der Öffentlichkeit als auch von den TöB. Es ist verständlich aufgebaut und einfach zu bedienen. Außerdem ergibt sich eine sichere Übermittlung der Stellungnahmen durch die Speicherung der Dokumente auf dem externen Server von tetraeder. Für die Verfahrensstelle ist das eine deutliche Arbeitserleichterung.“

Ähnliches berichtet Martin Rhode aus dem Fachdienst Planen, Bauen und Umwelt der Stadt Lengerich. Die Kommune ist als Neuling im Dezember 2019 mit der Bauleitplanung online gegangen – die vielen Klicks zeigen schon jetzt, wie gut das neue Angebot ankommt. „Rechtskräftige und aktuell laufende Bauleitpläne sind jetzt für alle Beteiligten deutlich einfacher zu finden. Auf der Website der Stadt Lengerich sind beispielsweise alle Flächennutzungspläne, die Bebauungspläne mit allen Änderungen, die Innen- und Außenbereichssatzungen sowie die Verfahrensunterlagen jederzeit ein-

sehbar. Zugehörige Begründungen, Umweltberichte und Gutachten stehen ebenfalls zum Download bereit“, erklärt Martin Rhode.

Bürgerinnen und Bürger haben außerdem die Möglichkeit, Anregungen zu den Bauleitplänen im Verfahren direkt online an die jeweilige Stadtverwaltung weiterzugeben. In einem Online-Lexikon sind darüber hinaus allgemeine Informationen zu Bauleitplanverfahren und die wichtigsten Begrifflichkeiten rund um die Stadtplanung erläutert.

Neben den inhaltlichen Vorteilen gibt es auch die technischen: die standardisierte Schnittstelle des Planungs- und Beteiligungsservers, die einfache Bedienung, den technischen Support und das externe Hosting. Hinzu kommt, dass die Kommunen gesetzlich dazu verpflichtet sind, ihre Bauleitpläne INSPIRE-konform (Infrastructure for Spatial Information in the European Community) bereitzustellen – das Open Data Tool des tetraeder-Programms unterstützt genau diese Darstellungsform. Der direkte Zugriff auf die Bauleitplandaten der Kommunen als Open Data über standardisierte Schnittstellen ist insbesondere für Planungsbüros interessant. Im Zuge der Digitalisierung von Planungs- und Beteiligungsprozessen schafft die vereinheitlichte Zugangsmöglichkeit Transparenz und spart Zeit und Geld. Ein Beispiel für erfolgreiches E-Government und ein wichtiger Schritt hin zur digitalen Verwaltung.

Uta Ahrens ist im Umwelt- und Planungsamt, Stefan Albers im Geodaten-Management des Kreises Steinfurt tätig.

ZEUS®

DIE LÖSUNG FÜR ZEITERFASSUNG UND SICHERHEIT



ZEITWIRTSCHAFT

Der optimale Einsatz individueller und hochflexibler Arbeitszeiten ist entscheidend im Wettbewerb, um qualifizierte Mitarbeiter zu erhalten. Durch die Zeiterfassung von ISGUS passen Sie Ihre Arbeitszeiten flexibel an die jeweilige Auslastung an. Mit der ZEUS® Zeitwirtschaft digitalisieren Sie Ihre Prozesse und schaffen nachhaltigen Mehrwert, on premise oder in der ISGUS Cloud.



ZUTRITTSKONTROLLE

Ein modernes Sicherheitskonzept ist heute für Unternehmen und öffentliche Gebäude unabdingbar. Die ZEUS® Zutrittskontrolle sorgt zuverlässig und rund um die Uhr für den Schutz Ihrer Mitarbeiter, Besucher und Daten.

DIGITALES WORKFORCE MANAGEMENT



www.isgus.de

Profil

Kreis Steinfurt

Bundesland:
Nordrhein-Westfalen
Einwohnerzahl:
450.000
Bevölkerungsdichte:
250 Einwohner je km²
Landrat:
Klaus Effing
(CDU)
Web-Präsenz:
www.kreis-steinfurt.de



Das Projekt: Alle Kommunen im Kreis Steinfurt im Norden Nordrhein-Westfalens werden künftig die Verfahren der Bauleitplanung digital bearbeiten. Eine Online-Anwendung vereinfacht die Kommunikation zwischen Behörden, Bürgern und Architekten, schafft Transparenz und vermeidet jede Menge unnötigen Papierstau.

Schnittstellen nutzen

Klaus Wössner

ZEUS Workforce Management verwaltet Zeit- und Fehlzeitkonten. Schnittstellen zu Personalinformations-, Personalwirtschafts- und Entgeltabrechnungssystemen erleichtern die nahtlose Weiterverarbeitung der Daten.

Moderne Zeitwirtschaft geht weit über das hinaus, was die meisten, bisherigen Systeme leisten. Schon bei der Datenerfassung sind stationäre Zeiterfassungsterminals, die den Bediensteten den Saldo anzeigen, sobald ein, wie auch immer codierter, Transponder vorgehalten wird, eher Relikte aus der Vergangenheit.

Aktuelle Technologien ermöglichen es, Arbeitszeiten an jedem Arbeitsplatzrechner oder mobil am Smartphone und Tablet zu buchen. Insbesondere aber bieten moderne Terminals, genau wie mobile Endgeräte, interaktive Dialoge mit dem System dahinter und erfüllen alle Aspekte des Employee Self Service. Dadurch wird der Personalbereich von Standardaufgaben, Korrekturen und Rückfragen maßgeblich entlastet.

Die Lösung ZEUS Workforce Management von Anbieter ISGUS berechnet und verwaltet alle Zeit- und Fehlzeitkonten nach TVÖD und den jeweiligen Dienstvereinbarungen. Intelligente Schnittstellen zu allen Personalinformations-, Personalwirtschafts- und Entgeltabrechnungssystemen garantieren die nahtlose Weiterverarbeitung von Daten aus der Zeitwirtschaft. Di-

gitale Lösungen verändern auch in Kommunen die Regeln und Abläufe des Personal-Managements. Sobald die Zahl der Mitarbeiter steigt und Arbeitsorganisation und Einsatzorte flexibler werden, werden administrative Prozesse und Datenmengen für herkömmliche Lösungen schnell unübersichtlich und aufwendig.

oder Versetzungen zahlreiche Aufgaben.

Statistiken und Reports sind dazu da, Daten und Zahlenmaterial zu liefern, um damit die Effektivität der Behörden oder Ämter objektiv vergleichen und strategische Entscheidungen zur Weiterent-



Leistungen direkt am Einsatzort aufzeichnen.

Beschäftigte mit automatischen E-Mails an vergessene Buchungen zu erinnern, Workflows für Korrektur- und Fehlzeitanträge, die digitale Reisekostenerfassung und viele andere Aufgaben sind mit ZEUS verknüpft und automatisiert. Bei der Elternzeit muss beispielsweise niemand mehr daran denken, den Urlaubsanspruch zu korrigieren und auch das in der ZEUS-Architektur verankerte Vererbungsprinzip erledigt bei Neueinstellungen

wicklung treffen zu können. Listen auszudrucken, um zum Beispiel Kontenstände und Resturlaube zu überwachen, wird also überflüssig.

Der Wechsel einer so genannten Ampelzone, das baldige Erreichen der maximalen Arbeitszeit bei Geringverdienern oder eine Unterdeckung in der Besetzung des Bürgeramts, wird Mitarbeitern und Vorgesetzten automatisch per E-Mail, im Messenger des Systems

und über das ISGUS-IT-Terminal angezeigt. Auch die Kollegen, die mit ZEUS mobile App arbeiten, werden informiert und bekommen dann eine Push-Nachricht auf das Handy.

Die Bedienung der ISGUS-Lösung ist einfach und schnell erlernbar. Alle Funktionen und Informationen finden die Nutzer in zwei zentralen Bereichen: dem Dashboard und in „Mein ZEUS“. Und wenn doch einmal eine Frage auftaucht, helfen Release-Notes, die Online-Hilfe und anschauliche Screencasts.

Auch die Umstellung auf die Doppik hat Auswirkungen auf die Zeiterfassung. Unter dem Begriff „Neues kommunales Finanzmanagement“ (NKF) werden alle Bestrebungen zusammengefasst, die bisher nach dem Prinzip der Kameralistik geführten Finanzhaushalte der Kommunen auf die Doppik umzustellen. Neu ist, dass mit der Doppik der Ressourcenverbrauch, also der Aufwand, dem Ressourcen-aufkommen und somit dem Ertrag gegenübergestellt wird. Das Ziel der Reform ist es, die Steuerung der Kommunen von der so genannten Input- auf die Output-Orientierung umzustellen. Damit sollen Aussagen über Effektivität und Wirtschaftlichkeit getroffen und Entscheidungen über den öffentlichen Haushalt ermöglicht werden.

Im Unterschied zur Kameralistik ist im Rahmen des NKF die Abbildung der Ressourcenverbräuche für

alle Bereiche fest vorgeschrieben. Bei der kommunalen Kameralistik war dies zwar auch möglich, gesetzlich vorgeschrieben war es jedoch nur dort, wo die Ressourcenverbräuche unmittelbar über Gebühren von den Bürgern refinanziert wurden.

Die Kosten- und Leistungsrechnung einer öffentlichen Institution dient somit der wirtschaftlichen Kontrolle sowie der internen Steuerung. In Produktbereiche und Produktgruppen strukturierte Produkte beziehungsweise Leistungen und deren Kalkulation stehen dabei gemeinsam mit der innerbehördlichen Leistungsverrechnung im Vordergrund. Um diese effizient und sicher zu erfassen und digital zu bewerten, bietet das ZEUS Workforce Management mit dem Modul ZEUS KLE, für Kosten- und Leistungserfassung, eine wesentliche Unterstützung. Die Produkterfassung kann sowohl am stationären ISGUS-Terminal als auch via Webclient an jedem Arbeitsplatz erfolgen.

Weitaus verbreiteter in der öffentlichen Verwaltung ist die nachträgliche Verteilung der individuellen Arbeitszeit auf Produkte und erbrachte Leistungen. Diese Art der Zuordnung kann ganz oder zum Teil prozentual automatisch gesteuert werden und ebenso individuell durch die Zurechnung absoluter Arbeitszeiten erfolgen, welche die ZEUS Zeitwirtschaft exakt berechnet und taggenau zur Verfügung stellt.

Sollen Produkte dort aufgezeichnet werden, wo die Leistungserbringung stattfindet, also direkt am Einsatzort, ist die mobile Erfassung über Smartphone und Tablet die ideale Lösung. Mit den integrierten Kameras können diese über QR-Codes festgehalten werden. Sind Teams in die Aufgabenerfüllung eingebunden, ermöglicht es die Gruppenbuchung, dass der Team-Leiter die Dokumentation für die beteiligten Kollegen durchführt.

ZEUS KLE ist für Kommunen und kommunale Versorgungsbetriebe die ideale Ergänzung zur ZEUS Zeitwirtschaft. Damit ist die schnelle und sichere Datenerfassung sowie die Bewertung jederzeit gewährleistet. Die Lösung kombiniert und automatisiert Prozesse und Aufgaben und informiert Bedienstete, wie beispielsweise Führungskräfte über die für sie relevanten Informationen.

ZEUS steht klassisch on premise oder als Software as a Service (SaaS) im ISGUS-Rechenzentrum zur Verfügung. Die Kunden profitieren von konstanten und planbaren Konditionen und müssen sich nicht um die Bereitstellung und Pflege von Datenbanken und sonstiger IT-Ausstattung oder um die Umsetzung der Datenschutz-Grundverordnung kümmern.

Klaus Wössner ist Vertriebsleiter bei der ISGUS GmbH, Villingen-Schwenningen.



JETZT IM ABO!

Aktuelle Meldungen zum digitalen Wandel in Behörden

news@move

www.move-online.de/newsletter

Buchen über Barcodes

Sonia Welter

Um aufwendige handschriftliche Dokumentationen zu vermeiden, nutzt der Zweckverband Bauhof Heckengäu die Module Zeitwirtschaft und Leistungserfassung von AIDA Orga.

Mit dem Ziel einer schlanken Verwaltung hat im Herbst 2013 der Zweckverband Bauhof Heckengäu für die baden-württembergischen Gemeinden Mönshheim, Wimsheim und Wurmberg seine Arbeit in einem gemeinschaftlichen Bauhof aufgenommen. Durch die Lage am Ortsrand mit bereits bestehendem Gebäude wurde als Standort Wurmberg gewählt.

Die 15 Mitarbeiter erledigen vielfältige Aufgaben wie Liegenschaftspflege, Pflege der Grünanlagen, Winterdienst, Pflege und Instandhaltung von Straßen, Rad-, Feld- und Wanderwegen, Wartung von Kinderspielflächen sowie Wasserversorgungsanlagen, Abwasserbeseitigung und Friedhofbewirtschaftung. Für den damaligen Betriebsleiter Stefan Lipps kam von Anfang an nur eine elektronische Erfassung der Personalzeiten und Leistungen infrage, um handschriftliche Tagesberichte mit aufwendiger manueller Gemeinde- und Haushaltsstellenzuordnung und Personalabrechnung zu vermeiden.

Seit Januar 2014 erfolgt die Erfassung über das System des Unternehmens AIDA Orga: Alle Personalzeiten – also Kommen, Gehen, Pause –, Tätigkeiten zur Verrechnung und Leistungserbrin-

gung des Zweckverbands sowie der Einsatz von Maschinen und Fahrzeugen können über Barcodes mit Miniscannern gebucht werden. Über lokal angebrachte Barcodes oder ein mitgeführtes Barcode-Buch nehmen die Mitarbeiter direkt am Einsatzort die entsprechenden Buchungen vor. Außerdem werden die Urlaube und sonstigen Fehlzeiten im AIDA-System geplant und erfasst.

Die Anzahl der eingesetzten Barcodes ist überschaubar gehalten: Es wird nach Liegenschaft und/oder Tätigkeit unterschieden. Durch die Maschinen- und Fahrzeugbuchungen kann außerdem gut nachverfolgt werden, wo und wie lange diese im Einsatz waren. Nach dem täglichen Auslesen der Scanner an einer Download-Station stehen sofort die Anwesenheitszeiten mit Soll-Ist-Abgleich sowie die Zuschläge der Mitarbeiter zur Abrechnung und Abgeltung zur Verfügung. Zudem werden die durch das System errechneten Leistungen intern auf die Haushaltstellen für die richtige Gemeinde gebucht und damit kontrolliert, ob die Finanzierung des Zweckverbands gerecht auf die drei Gemeinden aufgeteilt ist.

Der Zweckverband Bauhof Heckengäu nutzt die Module Zeitwirtschaft und Leistungserfassung. Im Modul Zeitwirtschaft stellt AIDA



Stefan Lipps ist vom AIDA-System überzeugt.

für verschiedene Rahmenbedingungen Lösungen zur digitalen Zeiterfassung bereit. So gibt es für den jeweils benötigten Funktionsumfang verschiedene Baureihen stationärer Terminals, die über WLAN eingebunden oder speziell über Mobilfunk mit dem Server vernetzt werden können. Alternativ ist das Buchen am PC möglich. Mobile Mitarbeiter erfassen ihre Zeiten wahlweise über Telefon, Smartphone, Tablet oder Pocketscanner. Mit dem Modul Leistungserfassung können relevante Daten mit wenig Zeit und Aufwand gebucht und verrechnet werden. Es ist möglich, mit mobilen Erfassungsgeräten direkt vor Ort Anwesenheitszeiten, Auftragsbearbeitungszeiten, Maschinenzeiten und Erschwerniszulagen synchron zu buchen.

Sonia Welter ist bei der AIDA ORGA GmbH verantwortlich für Vertrieb und Marketing.

Workforce Management

Elke Jäger

Digitales Workforce Management hilft Kommunen dabei, die Dienstplanung bedarfs- und kostenoptimiert zu gestalten. Gleichzeitig entsteht mehr Transparenz über die Arbeitszeit.

Eine Software für Zeitwirtschaft ermöglicht die systematische Erfassung der Arbeitszeit, so wie es das aktuelle EuGH-Urteil vorschreibt. Die Zeiterfassung kann entweder per PC, über ein Software-Terminal, über das Telefon oder unterwegs per App erfolgen. Letzteres ist vor allem ein Vorteil für Mitarbeiter im Außeneinsatz, zum Beispiel beim Bauhof oder der Stadtreinigung und für mobile Krisen-Teams. Die lückenlose Dokumentation bildet die Basis für die Berechnung von Zeitkonten und Zuschlägen sowie die automatische Prüfung von Regeln, etwa in Bezug auf Arbeitsbeziehungsweise Ruhezeiten oder erforderliche Qualifikationen.

Professionelle Workforce Management Software geht aber noch einen Schritt weiter und nutzt die Arbeitszeiten, um kosten-, service- und mitarbeiterorientierte Dienstpläne zu erstellen. Dabei werden tarifliche und gesetzliche Regelungen, Zeit- und Urlaubssalden sowie individuelle Arbeitszeitmuster automatisch berücksichtigt. Über Self Services, Schichttauschbörsen und Wunschdienstpläne werden Mitarbeiter und Vorgesetzte aktiv in das Arbeitszeit-Management eingebunden. Das sorgt für Zeiterparnis, Effizienz und Flexibilität auf allen Ebenen.

Auch bei der Stadt Würzburg stehen Wirtschaftlichkeit und Transparenz beim Personal-Management an oberster Stelle. Ob Feuerwehr, Verkehrsüberwachung, Bau- und Gartenamt, Stadtreinigung, Theater, Schulen oder Verwaltung – die Universitätsstadt stellt zuverlässig Dienstleistungen für ihre Bürger bereit. Mit der ATOSS Staff Efficiency Suite hat die bayerische Verwaltung für ihre rund 3.000 Beschäftigten ein zukunftsweisendes Arbeitszeit-Management etabliert.

Schlanke, automatisierte Prozesse, effiziente Organisation, konsequente Kostenoptimierung und eine TVöD-konforme Abrechnung sind dabei gelebtes Prinzip. Über das intuitive Self-Service-Portal haben die Mitarbeiter Zugriff auf Informationen rund um ihre Arbeitszeit. Für viel Effizienz und Begeisterung sorgt auch das mobile Workforce-Management-Projekt der Mainfrankenmetropole. Bei rund 250 Mitarbeitern mit wechselndem Einsatzort sind Zeiterfassung, Gruppenbuchungen und untertägige Kontierungen via Smartphone inzwischen tägliche Praxis.

Als letztes wurde die hochkomplexe Einsatzplanung der Feuerwehr mit 24-Stunden-Diensten an 365 Tagen im Jahr vollumfänglich



Arbeitszeiten jederzeit und überall managen.

abgebildet. Rund 100 Feuerwehrleute und 75 Mitarbeiter in der Verwaltung beziehungsweise in der integrierten Leitstelle werden nun noch ganzheitlicher disponiert. So können die Feuerwehrleute unter Berücksichtigung ihrer Qualifikationen unterschiedlichen Arbeitsplätzen, beispielsweise Drehleiterführer, Tank- oder Schlauchwart, zugeordnet werden. Ein weiteres Projekt in den städtischen Schulen ist bereits in der Pipeline. Für dieses innovative und effiziente Workforce Management ist der Stadt Würzburg der DiALOG-Award verliehen worden, mit dem zukunftsorientierte Struktur- und Anwenderkonzepte in den administrativen Unternehmensprozessen ausgezeichnet werden.

Elke Jäger ist Director Marketing & PR bei der ATOSS Software AG.

Vollautomatisierter Antrag

Olaf Rohstock

Die internetbasierte Fahrzeugzulassung (i-Kfz) ist das Paradebeispiel für vollautomatisierte Antragsprozesse und das Zusammenspiel unterschiedlicher Systeme, Datenbanken und Register. Davon könnten auch andere Verwaltungsbereiche profitieren.

Fahrzeugzulassung 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche und das von überall aus, keine Wartezeiten und vor allem sofortiges Losfahren – was für den i-Kfz-Nutzer (Bürger und Verwaltung) ganz einfach aussieht, ist im Hintergrund hochkomplex. Alle Schritte, die bisher von der Zulassungsstelle übernommen wurden, muss nun das System automatisiert durchführen und dabei wie ein Sachbearbeiter denken. Wie gewaltig die Anwendung i-Kfz ist und welche Möglichkeiten diese für andere Verwaltungsbereiche bietet, wird erst klar, wenn man sich mit den technischen Prozessen und dem komplexen Zusammenspiel unterschiedlicher Systeme, Datenbanken und Register im Hintergrund beschäftigt.

Das Projekt internetbasierte Fahrzeugzulassung (i-Kfz) wird vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) verantwortet und gesteuert. Ziel ist es, die Zulassung von Fahrzeugen für alle Beteiligten – Bürger, Unternehmen und Zulassungsstellen – einfacher, bequemer und effizienter zu gestalten. Basis hierfür ist der Standard XKfz, der von allen Portalen, Fachverfahren und Lösungsanbietern eingesetzt werden muss.

Die aktuelle Ausbaustufe ermöglicht es Privatpersonen, seit dem 1. Oktober 2019 auch die Neuzulassung, die Umschreibung sowie alle weiteren Varianten der Wiederezulassung von zu Hause aus zu beantragen. Hinzu kommt, dass für die Außerbetriebsetzung sowie für die Umschreibung unter Kennzeichenbeibehaltung (auch bei Halterwechsel) und für die einfache Adressänderung nun eine vollautomatisierte Antragsbearbeitung und -entscheidung möglich ist. So kann der neue Halter sein Fahrzeug direkt nach Abschluss des internetbasierten Verfahrens in Betrieb nehmen.

Auch die Firma Form-Solutions hat in fachlicher Kooperation mit Zulassungsstellen und mit zertifizierter Rechenzentrumskompetenz intelligente Antragsassistenten inklusive medienbruchfreier Anbindung an das Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) entwickelt. Der Anbieter eines Antragsmanagement-Systems stellt i-Kfz Stufe 3 nach den einheitlichen Entwicklungsvorgaben des BMVI zur Verfügung.

Die intelligenten Antragsassistenten sind benutzerfreundlich gestaltet, sodass die Neuzulassung, Außerbetriebsetzung, Umschreibung oder Wiederezulassung auch ohne

Beratung durch die Zulassungsstellen problemlos möglich sind. Was für den Antragsteller ganz einfach und unkompliziert aussieht, ist im Hintergrund eine technische Meisterleistung. Für teil- und vollautomatisierte Antragsprozesse müssen die zahlreichen unterschiedlichen Systeme, Register und Datenbanken miteinander kommunizieren. Damit das funktioniert, sprechen alle Beteiligten eine gemeinsame Sprache und werden vor jeder Anfrage auf ihre Verfügbarkeit geprüft.

Der Aufruf des Antragsassistenten erfolgt über das Online-Portal der Zulassungsstelle. Nach der Authentifizierung des Antragstellers mittels eID-Funktion des neuen Personalausweises (nPA) erfolgt zunächst ein Verfügbarkeitscheck. Damit überprüft der Antragsassistent, ob die URLs der Schnittstellen zum KBA, zum Kennzeichenverwaltungssystem sowie zur Gebührenrückstandsprüfung erreichbar sind.

Allein zum KBA müssen dabei mehr als zehn Schnittstellen bedient werden, da diese den Großteil der Daten entgegennehmen und im Anschluss an die unterschiedlichen beteiligten Systeme verteilen. Ist eine dieser Schnittstellen nicht erreichbar, kann das Ausfüllen des Antragsassistenten nicht durchge-



i-Kfz erfordert Zusammenspiel vieler Systeme.

führt werden und muss zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

Sind alle Schnittstellen erreichbar, startet der eigentliche Antragsprozess mit der Auswahl der Antragsart. Abhängig davon werden die im Rahmen dieses Antragsprozesses relevanten Daten erfasst und durch die Kommunikation mit Drittanwendungen abgeglichen. So wird im Hintergrund beispielsweise das Zentrale Fahrzeugregister aufgerufen und die eingegebenen Sicherheitscodes abgeglichen. Wie der Sachbearbeiter in der Verwaltung prüft der Antragsassistent unter anderem, ob es das Fahrzeug gibt, ob die Kennzeichen-Codes korrekt sind und wer das Fahrzeug angemeldet hat. Darüber hinaus klärt das System, ob die Zulassungsbehörde, über die der Antragsteller den Antrag durchführt, auch tatsächlich zuständig ist. Des Weiteren erfolgen, je nach Antragsart, Prüfungen des Versicherungsscheins, der eingegebenen Bankdaten und der Gebührenrückstände.

Nach vollständiger Eingabe aller relevanten Daten, werden diese vom Antragsassistenten im Hintergrund ausgewertet und daraus die zu entrichtende Gebühr ermittelt. Auch der behördenindividuelle Verwen-

dungszweck wird automatisch vom System generiert. Darüber hinaus entscheidet der Antragsassistent nun, welche Schnittstellen in welcher Reihenfolge angesprochen und welche Bescheide bei vollautomatisierten Prozessen generiert werden müssen. Im Anschluss erfolgt die Weiterleitung des Antragstellers zur Payment-Plattform. Bei erfolgreicher Bezahlung wird die Übergabe der Daten an das Zentrale Fahrzeugregister angestoßen und die Einreichungsbestätigungsseite inklusive aller Bescheide angezeigt. Bei vollautomatisierten Prozessen erfolgt durch den Download der Bescheide im Anschluss die tatsächliche Übermittlung des Antrags an das Kraftfahrt-Bundesamt, welches diesen daraufhin an die zuständige Stelle weiterleitet.

i-Kfz ist das Paradebeispiel für vollautomatisierte Antragsprozesse und das Zusammenspiel unterschiedlicher Systeme, Datenbanken und Register. Gerade der Aufruf und Abgleich von/mit zentralen Registern ist auch in anderen Verwaltungsbereichen notwendig. Die Erkenntnisse und Entwicklungen aus dem Projekt i-Kfz lassen sich also für alle weiteren Antragsprozesse innerhalb des Verlagsassortiments von Form-Solutions wiederverwerten.

Das Antragsmanagement 4.0 agiert dabei als Klebstoff zwischen Verwaltungsportal und Verwaltungsverfahren und ist die einheitliche Oberfläche, die den Antragsteller benutzerfreundlich durch den Antragsprozess leitet.

Perspektivisch könnten gerade durch das Zusammenspiel von Portal und Antragsmanagement die im Rahmen des Antragsprozesses

erfassten Daten auch für andere Antragsprozesse recycelt werden. Getreu dem Motto „Andere Nutzer interessieren sich auch für...“ könnten dem Antragsteller anhand des ausgefüllten Online-Antrags Kfz-Ummeldung passende weitere Online-Dienste angeboten werden. Die erfassten Daten, die für die weiteren Anträge relevant sind, könnten so direkt in der Session wiederverwendet werden. Durch Ergänzungsfragen müssten lediglich die fehlenden Informationen gesammelt und am Ende die jeweilige Gebühr aggregiert werden. Räumliche und sachliche Zuständigkeiten würden damit weit vor die Klammer gezogen und der Nutzer ohne es zu merken in den Mittelpunkt der Verwaltungsakte gestellt. Damit wären für den Antragsteller Verwaltungsdienstleistungen ämterübergreifend in einem Kontext möglich. Denn: Für die antragstellende Person sind die unterschiedlichen Zuständigkeiten nicht relevant. Für sie zählt lediglich die schnelle Abwicklung diverser Anliegen.

Mit dem Projekt i-Kfz wurde ein weiterer Meilenstein in Richtung nutzerzentriertes, zeitgemäßes E-Government gesetzt. Form-Solutions arbeitet intensiv daran, diese wegweisenden Entwicklungen auf andere Verwaltungsbereiche zu übertragen, um neue positive Nutzererlebnisse für Bürger und Verwaltung zu schaffen. So sind derzeit auch Online-Dienste aus den Bereichen Bauwesen, Personenstandswesen, Meldewesen und Sozialwesen inklusive Fachverfahrensanbindung verfügbar.

Olaf Rohstock ist Geschäftsführer Marketing & Vertrieb bei der Form-Solutions GmbH.

Echtes E-Government

Stefan Thomas

i-Kfz Stufe 3 war für IT-Dienstleister mit großem Entwicklungsaufwand verbunden. Der Aufwand hat sich gelohnt: Bei ekom21 haben sich die Fallzahlen verdoppelt.

Mit dem Projekt der internetbasierten Fahrzeugzulassung (i-Kfz) digitalisiert das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) seit 2015 schrittweise das Fahrzeugzulassungswesen in Deutschland. Die Zulassung einfacher, bequemer und effizienter zu machen und dadurch Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen und die öffentliche Verwaltung zu entlasten – das sind die ausgemachten Ziele des Projektes i-Kfz.

Mithilfe der Digitalisierung werden wege- und zeitintensive Behördengänge eingespart. Mit der i-Kfz Stufe 1 etwa ist es bereits seit 2015 möglich, Fahrzeuge über dezentrale Online-Portale, wie dem von ekom21, abzumelden. Auch Wiederzulassungen auf denselben Halter im selben Zulassungsbezirk können mit der 2. Stufe seit Oktober 2017 über das Internet abgewickelt werden. Die neue Stufe setzt weitere Instrumente der Digitalisierung um: Die Abmeldung kann nun komplett online durchgeführt und der Bescheid über die Außerbetriebsetzung direkt heruntergeladen werden. Bei der Wiederzulassung sind nun alle Varianten möglich, also auch die Zulassung auf einen anderen Halter mit einem anderen Kennzeichen. Ermöglicht wird jetzt auch die Umschreibung

– bei Adressänderung oder Kennzeichenmitnahme, sogar vollautomatisiert. Die Neuzulassung ist mit Stufe 3 nun teil-automatisiert möglich, der Antrag wird noch in der Zulassungsbehörde geprüft.

Auch mit den in den Behörden eingesetzten Fachverfahren wie beispielsweise VOIS|KFZ kommunizieren die Online-Portale, sodass auch Anträge, die aus einem Portal über das Kraftfahrt-Bundesamt an das Fachverfahren gehen, verarbeitet werden. Für ekom21 war die Einführung der dritten Stufe von i-Kfz mit erheblichem Entwicklungs- und Testaufwand verbunden – stets in enger Abstimmung mit den ekom21-Kunden. Besonders aufwendig sind auch die für jede Stufe vorgeschriebenen Penetrationstests. Die Vorgaben vom Kraftfahrt-Bundesamt, die sich auch auf das jeweilige Fachverfahren erstrecken, sind für die Portalbetreiber enorm hoch.

Trotz des Aufwands, enger Termine sowie neuer Anforderungen ging die erweiterte Version von kfz21, oder VIATO/Z, wie das Verfahren außerhalb Hessens heißt, pünktlich am 1. Oktober 2019 in den Echtbetrieb und sorgt seitdem bei den der ekom21 angeschlossenen Zulassungsstellen für echtes E-Government. Seit Oktober haben sich bei ekom21 die Fallzahlen im Bereich



i-Kfz vereinfacht Zulassung.

von i-Kfz verdoppelt. Und die bundesweit erste Online-Neuzulassung erfolgte ebenfalls über das ekom21-Portal – und zwar in Berlin.

Trotz dieser ersten und schönen Erfolge muss aber festgestellt werden, dass der Haupthinderungsgrund für eine stärkere Nutzung immer noch das Fehlen vom elektronischen Identitätsnachweis (eID) im neuen Personalausweis ist. Zu viele Bürgerinnen und Bürger haben sich die eID-Funktion in ihren Ausweisen nicht freischalten lassen und können somit die Funktionalitäten von i-Kfz nicht nutzen. Bedauerlich, denn mit der internetbasierten Fahrzeugzulassung steht den Autobesitzern eine echte E-Government-Lösung zur Verfügung.

Stefan Thomas ist Pressesprecher von ekom21 – KGRZ Hessen.

Zulassung online abwickeln

Annika Smit

Als erster Landkreis in Niedersachsen bietet Leer seinen Bürgern einen Komplettservice rund um die Online-Fahrzeugzulassung an.

Im Landkreis Leer können Autos und Motorräder jetzt online zugelassen, abgemeldet oder außer Betrieb gesetzt werden. Als erste Behörde in Niedersachsen bietet das Straßenverkehrsamt des Landkreises seit Oktober 2019 den Komplettservice an. „Unser Team hat die so genannte i-Kfz-Stufe 3 voll funktionsfähig umgesetzt“, sagt Landrat Matthias Groote.

Das Straßenverkehrsamt ist die am weitesten digitalisierte Abteilung der Kreisverwaltung – und ein weithin anerkannter Vorreiter. Schon lange führt es die Akten elektronisch und automatisiert, was möglich ist. Die Folge: ein leerer Aktenkeller.

Der Zulassungsbereich ist einer der bundesweit meist genutzten Verwaltungsdienste. Das gilt auch im Landkreis Leer: Pro Jahr werden durchschnittlich rund 4.000 Autos neu zugelassen, knapp 22.000 abgemeldet und 23.500 umgeschrieben. Allein bei der Zulassung registriert das Amt 300.000 digital erfasste Vorgänge. Hinzu kommen 50.000 Bußgeldbescheide und 60.000 Besuche von Kunden.

Damit es mit der Online-Zulassung klappt, sind ein neuer Personalausweis (nPA) mit aktivierter

eID-Funktion und ein Kartenlesegerät oder ein Smartphone mit der AusweisApp2 erforderlich. Je nach Vorgang müssen noch weitere Daten und Unterlagen eingeholt werden, wie beispielsweise die eVB-Nummer für die Versicherung. Zudem darf das Fahrzeug oder Neufahrzeug erst nach dem 1. Januar 2018 in der Bundesrepublik Deutschland zugelassen worden sein. Nur so ist sichergestellt, dass es mit allen erforderlichen Fahrzeugpapieren ausgestattet ist, damit die Online-Zulassung erfolgreich ist.

Nach erfolgreicher Online-Zulassung erhält der Antragsteller die Zulassungsbescheinigung Teil I oder II sowie die Plaketten per Post zugeschickt. Diese müssen anschließend selbstständig an den Kennzeichen angebracht werden. Trotzdem kann das Fahrzeug sofort bewegt werden. Dafür genügt das Ausdrucken oder elektronische Mitführen des Bescheids.

„Von der Neuzulassung über die Umschreibung bis hin zur Adressänderung oder auch die Außerbetriebsetzung eines Fahrzeugs – alle Standardverfahren der Zulassungsstelle können in Leer online abgewickelt werden“ sagt Gerrit de Wall, Leiter der Zulassungsstelle des Straßenverkehrsamts.



Weg zum Straßenverkehrsamt kann entfallen.

Ein erstes Resümee nach vier Monaten ist positiv: Im Arbeitsbetrieb kommen laufend Online-Abmeldungen und -Änderungen der Halteranschrift rein. Auch die Online-Anmeldung wird immer häufiger genutzt.

Dabei steht das Angebot zunächst nur natürlichen Personen zur Verfügung. In Stufe 4 folgt eine Erweiterung, von der Unternehmen profitieren. „Der vollumfängliche Online-Service für juristische Personen ist der nächste Schritt, der für den Herbst geplant ist“, erklärt de Wall. „Wir rechnen mit einem erheblichen Anstieg der Online-Nutzung, sobald auch Autohäuser die Fahrzeuge online anmelden können“.

Annika Smit ist in der Pressestelle des Landkreises Leer tätig.

i-Kfz 3 im Portal

Andreas Huber

Die AKDB hat den Fachdienst Internetbasierte Fahrzeugzulassung im Projekt i-Kfz Stufe 3 fristgerecht für den Wirkbetrieb im Bürgerservice-Portal zur Verfügung gestellt.

Die vom Bundesverkehrsministerium beschlossene dritte Stufe des Projekts i-Kfz geht online. Der neue Fachdienst löst die bisherigen beiden Fachdienste ab: Neben den Anträgen zur medienbruchfreien Außerbetriebsetzung und Wiederzulassung beinhaltet i-Kfz 3 jetzt Anträge für eine Umschreibung, Adressänderung eines Halters oder eine Neuzulassung. Die Wiederzulassung wird sogar bei Wechsel des Halters und/oder des Zulassungsbezirks ermöglicht. Die Kennzeichenmitnahme wird auf einen Halterwechsel erweitert. Für einige Vorgänge kann der Verwaltungsakt direkt im Bürgerservice-Portal durchgeführt werden. Bis Ende Januar wurden in Bayern über 1.200 Anträge allein mit i-Kfz 3 über das Bürgerservice-Portal der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) eingereicht, etwa 300 davon völlig automatisierte

Verwaltungsakte: Das heißt, die Bürger haben ihren Antrag digital gestellt und das angeforderte Dokument digital erhalten.

Wie bei den beiden ersten Stufen auch sieht der Gesetzgeber für die Nutzung der Online-Dienste die Authentifizierung über die eID-Funktion des Personalausweises vor. Eine Besonderheit im Fachdienst der AKDB ist, dass der Nutzer bis zu drei Vorgänge gleichzeitig durchführen und bezahlen kann. So kann beispielsweise ein neues Fahrzeug zugelassen und zur gleichen Zeit ein anderes wieder zugelassen werden. Oder es werden zwei Adressänderungen vorgenommen.

Komfortabel ist i-Kfz 3 aber nicht nur für Bürger. Auch für die Verwaltung wird vieles einfacher, sie wird deutlich entlastet. So entfällt bei jedem einzelnen automatisierten Verwaltungsakt

eine Menge Aufwand für die Sachbearbeitung. Selbstverständlich werden die einzelnen Prozessschritte im Portal mit Zeitpunkt und Ergebnis sowie gegebenenfalls mit fachlicher Referenz, wie zum Beispiel Kommunikations-ID bei der Kfz-Haftpflichtversicherung, nachgewiesen. Das ist besonders wichtig für ein Review von durchgeführten Verwaltungsakten und die Bearbeitung eines Antrags. Die Prozessschritte sind im Übrigen nicht nur auf eine optimale Kommunikation mit dem AKDB-Fachverfahren OK.VERKEHR abgestimmt, sondern auch mit anderen Fachverfahren kompatibel. Eine weitere Neuerung im Rahmen des Projekts i-Kfz 3: Höchste Sicherheitsanforderungen werden zukünftig auch hier verlangt. Dabei müssen Kommunen sich um keine Sicherheitsprüfungen kümmern, wenn sie die Software etwa im BSI-zertifizierten AKDB-Rechenzentrum betreiben. Im Juli 2019 wurde die AKDB vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) erneut erfolgreich für weitere drei Jahre rezertifiziert. Das bedeutet: Kommunen, Partner und Bürger können sich weiterhin auf höchstmögliche Sicherheit für kommunale IT-Systeme verlassen.

Andreas Huber arbeitet im Bereich Unternehmenskommunikation der AKDB.



i-Kfz 3: Optimale Kommunikation mit dem AKDB-Fachverfahren OK.VERKEHR.

ITEBO

Kooperation mit Axians IKVS

Die ITEBO-Unternehmensgruppe arbeitet jetzt mit Axians IKVS zusammen, einem Unternehmen, das sich auf Kennzahlen im Haushaltsrecht spezialisiert hat. ITEBO will damit den Handlungsspielraum der Kommunen erweitern. Seit dem Jahr 2001 bietet die Unternehmensgruppe laut eigenen Angaben zur Steuerung und Kontrolle von Einnahmen und Ausgaben das Finanzverfahren Infoma newsystem von Axians Infoma an. Axians IKVS soll den Verwaltungen nun ergänzend den interkommunalen Leistungsvergleich erleichtern.

www.itebo.de

www.axians-ikvs.de

KISA

Roll-out neuer Online-Anträge

KISA, der kommunale IT-Dienstleister in Sachsen, rüstet sich für das Inkrafttreten des Onlinezugangsgesetzes (OZG). Wie der Zweckverband mitteilt, hat er Online-Anträge für die Bereiche Gewerbesachen, Hundesteuer und Feuerwehr entwickelt, die von der

Sächsischen Anstalt für kommunale Datenverarbeitung (SAKD) zertifiziert und bereit für den Roll-out sind. Die neuen Formulare im Bereich Gewerbesachen seien bereits bei einigen Kommunen online. So stehe beispielsweise in den Pilotkommunen Wurzen und Wilsdruf der digitalen An-, Um- und Abmeldung eines Betriebs nichts mehr im Weg. Noch in diesem Jahr will KISA alle Kunden, die das Gewerbefachverfahren GEVE 4 nutzen, umstellen und mit dem Online-Formular ausstatten.

www.kisa.it

DSV Service

Neuer Player

Das Unternehmen DSV Service steigt in das Formular-Management im öffentlichen Bereich ein. Die Tochter des Deutschen Sparkassenverlags bietet dazu laut eigenen Angaben ab sofort mehr als einhundert der wichtigsten Formulare im E-Government sofort einsatzbereit an. Kommunen und Behörden auf Landesebene sowie deren IT-Dienstleister können diese Formulare bedarfsorientiert aus einem Ka-

talog als Full Service buchen. Wie das Unternehmen weiter mitteilt, werden die Formularinhalte vom Kohlhammer Verlag rechtskonform erstellt. Zum Leben erweckt werden die Online-Formulare durch die Formular-Management-Lösung intelliForm, die viele Kommunen und Landesverwaltungen bereits nutzen.

www.dsv-service.de

Axians Infoma

Positive Geschäftsentwicklung

Der Ulmer Software- und Dienstleistungsanbieter Axians Infoma setzt laut eigenen Angaben seine dauerhaft positive Geschäftsentwicklung auch 2019 fort. Insgesamt starteten mehr als 200 kommunale Verwaltungen in der D-A-CH-Region zum Jahresanfang 2020 mit Infoma newsystem in den Echtbetrieb, teilt das Unternehmen mit. Dazu gehörten unter anderem rund 120 Doppik-Neustarter in Baden-Württemberg, die sich im Rahmen der Partnerschaft mit IT-Dienstleister ITEOS für Infoma newsystem entschieden haben.

www.axians-infoma.de

Anzeige



Gestern: Warten ...

Finanzwesen digitalisiert

Eva Sprockamp

Kleine Kommune, großes Digitalisierungsprojekt: Die Gemeinde Bobenheim-Roxheim hat das Verfahren Infoma newssystem mit verschiedenen Modulen eingeführt. Gestemmt wurde das Projekt von einem zweiköpfigen Team.

Von der Größe her eher klein, in der konsequenten Umsetzung zukunftsorientierter Ziele dagegen groß: Die knapp 11.000 Einwohner zählende rheinland-pfälzische Gemeinde Bobenheim-Roxheim hatte ganz klare Vorstellungen von der weiteren Modernisierung der Verwaltung und ihrer zeitnahen Realisierung. Dem Aufbruch in innovative, durchgängig digitale Prozesse kommt dabei ein übergeordneter Stellenwert zu.

So hatte die Digitalisierung des Finanz-Managements bei diesem komplexen Projekt oberste Priorität – setzte allerdings noch den Umstieg auf eine neue Software voraus. Die Entscheidung fiel nach intensiver Auswahlphase auf das

integrierte Finanzwesen Infoma newssystem, ergänzt um die Zentrale Adressverwaltung (ZAV), Darlehensverwaltung und Barkasse. Gleichzeitig beauftragte die verbandsfreie Gemeinde den elektronischen Rechnungsworkflow (RWF) und E-Rechnungsimport sowie weitere Digitalisierungskomponenten wie die elektronische Vertragsakte und das Infoma ePortal Faktura zur dezentralen Erfassung und integrierten Weiterbearbeitung von Einzelrechnungen und -bescheiden, um sich perfekt für durchgängige, effiziente Abläufe aufstellen zu können. Im Verlauf des Projekts kamen noch die Module Budget Advanced für Auskunft und Planung der Budgets sowie Vertragsverwaltung hinzu.

Kämmerin Claudia Kreitmair sieht ihre Verwaltung mit diesem Gesamtpaket auf einem guten Weg in die digitale Zukunft – auf dem als größte Herausforderung das Aufbrechen eingefahrener Strukturen gemeistert werden will: „Durch die Digitalisierung bietet sich hier die Möglichkeit, Prozesse auf den Prüfstand zu stellen und zu optimieren. Unser Ziel im Finanzwesen ist es,



Rathaus Bobenheim-Roxheim: Zukunftsorientiert aufgestellt.

die Abläufe mit den entsprechenden Sicherheitsmechanismen zu beschleunigen und dadurch Zeit für anderweitige Aufgaben zu gewinnen.“

Erreichen will die Kämmerin das mit den gebotenen Leistungsmerkmalen der integrierten Komplettlösung Infoma newssystem. So stand auf der Umsetzungsagenda neben der papierlosen Bearbeitung der ein- und ausgehenden Rechnungen mithilfe des Rechnungsworkflows sowie der Automatisierung von Kontoauszugsverbuchung und Adressabgleich auch der zeitnahe Ausgleich der Eingangsrechnungen. Zudem soll der jährliche Versand der Steuerbescheide entfallen, da die Adressen durch das ZAV-Modul aktualisiert werden. Und mit der Gebühren- und Bargeldkasse ge-

Profil

Bobenheim-Roxheim

Bundesland:

Rheinland-Pfalz

Landkreis:

Rhein-Pfalz-Kreis

Einwohnerzahl:

11.000

Bürgermeister:

Michael Georg Müller (SPD)

Web-Präsenz:

www.bobenheim-roxheim.de



Das Projekt: Folgende Finanzlösungen wurden in Bobenheim-Roxheim eingeführt: Infoma newssystem Finanzwesen, Rechnungsworkflow und eRechnungsimport, Adressverwaltung, Vertragsverwaltung, Budget Advanced (für Auskunft und Planung von Budgets), ePortal (eFaktura), elektronische Vertragsakte, Darlehensverwaltung und Barkasse.

hören manuelle Buchungen von Abschlüssen durch die Kasse in der Finanzbuchhaltung nun der Vergangenheit an. Gleichzeitig reduziert sich der Aufwand für die EDV-Abteilung: Durch die Einbindung der Gebühren- und Bargeldkasse sowie der Darlehensverwaltung in die Finanz-Software müssen zwei Programme weniger gepflegt und betreut werden.

Für die Umsetzung der Bestimmungen des § 2b Umsatzsteuergesetzes sind die Module ePortal und Vertragsverwaltung vorgesehen. „Um eine fehlerfreie Umsetzung zu gewährleisten, wird empfohlen, ein Tax Compliance einzuführen, also quasi durch strukturelle Maßnahmen die Fehlerquellen zu minimieren“, erläutert Claudia Kreitmair. „In diesem Rahmen muss sichergestellt sein, dass die Umsatzsteuer im Finanzprogramm korrekt abgewickelt werden kann.“

Im März 2018 startete die Altrheingemeinde das ambitionierte Digitalisierungsprojekt, um bereits am 1. Januar 2019 den Echtbetrieb

des Rechnungsworkflows und die Umstellung auf das neue Finanzwesen von Axians Infoma inklusive der Nutzung der Gebühren- und Bargeldkasse zu vermelden – ein Ergebnis, für das mit Claudia Kreitmair und Jens Glaser intern hauptsächlich zwei Personen verantwortlich zeichneten. Hier zeigt sich eine Situation, die nicht nur für Bobenheim-Roxheim, sondern für viele kleinere Kommunen oftmals eine Herausforderung darstellt: die digitale Transformation ohne Aufstockung von Personal bewältigen zu müssen.

Auch wenn noch nicht alle Ziele komplett erreicht wurden, zieht die Verwaltung eine positive Bilanz. Die Resonanz der 45 internen Anwender ist bis auf wenige Ausnahmen gut. Als besonders vorteilhaft beurteilt Claudia Kreitmair die schnellere Abwicklung des Zahlungsverkehrs durch den elektronischen Rechnungsworkflow sowie die schnellere Verarbeitung der Auszüge aufgrund der automatisierten Kontoauszugsverbuchung. Aber auch die umfassenden und

flexiblen Auswertungsmöglichkeiten – darunter Budget-Informationen, Auswertung nach Kostenstellen, Auswertung der Eigentumswechsel im Grundsteuerbereich, flexible Einstellungen bei den Explorern und Speichermöglichkeit der unterschiedlichen Suchvarianten – sind von großem Nutzen.

„Mit dem erreichten Stand können wir durchaus zufrieden sein, besonders mit der Tatsache, dass wir als kleine Kommune sehr viele Module zur Erreichung unserer Ziele gleichzeitig beziehungsweise relativ zeitnah erfolgreich zum Einsatz gebracht haben“, lautet das Fazit der Kämmerin. Für 2020 stehen konkret sowohl die Digitalisierung der Haushaltsplanung und -beratung als auch die Integration der Vollstreckung in die Finanzwesenlösung an. Mittelfristig ist zudem geplant, das Liegenschafts- und Gebäude-Management über Infoma newssystem zu erledigen.

Eva Sprockamp ist freie Journalistin in Bad Wörishofen.

TeVIS [suite]

Kommunix
Software für Kommunen

Heute: Besucherleitsystem!

Der neue Dorffunk

Sarah Brühl

Seit fünf Jahren nimmt die Verbandsgemeinde Betzdorf-Gebhardshain in Rheinland-Pfalz am Projekt Digitale Dörfer teil. Gemeinsam mit den Bürgern wird Digitalisierung zum Erleben, Anfassen und Mitmachen erprobt.

Betzdorf-Gebhardshain nimmt neben den Verbandsgemeinden Eisenberg und Göllheim in der Pfalz seit Sommer 2015 am Projekt Digitale Dörfer teil. Dabei geht es darum auszuprobieren, welche Chancen sich durch die Digitalisierung im ländlichen Raum eröffnen. Wissenschaftlich begleitet und gefördert werden die Digitalen Dörfer vom Fraunhofer-Institut für Experimentelles Software Engineering IESE aus Kaiserslautern, dem Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz und der Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz. Zusammen mit den Bürgern werden innerhalb des Projekts verschiedene Mitmach-Szenarien zur Stärkung des Wir-Gefühls innerhalb der Kommune durchgeführt. Das Motto lautet Forschung zum Anfassen und Erleben – das heißt zum einen, dass digitale Lösungen prototypisch im Realbetrieb getestet werden, aber zum anderen auch, dass Menschen zusammengeführt werden sollen, um das Gemeinwesen zu stärken und die Bürger dazu einzuladen, am Projekt teilzunehmen.

Die Entwicklung zum Digitalen Dorf begann dabei eigentlich schon vor der Teilnahme am gleichnamigen Projekt: 2010 wurde eine zu gleichen Teilen aus Politik und

Wirtschaftsvertretern bestehende Wirtschaftsförderungsgesellschaft mit dem Namen Regionale Entwicklungsgesellschaft Betzdorf AöR gegründet. Durch sie finanzieren alle Ortsgemeinden und die Stadt Projekte gemeinsam, selbst wenn

Mitarbeiter als Ansprechpartner für die Bürger vor Ort im Rathaus. Die Besonderheit dabei ist, dass durch jeden neuen Kunden ein finanzieller Anteil zurück an die Gemeinde fließt – damit investiert man sozusagen in die eigene Heimat.



Im Projektbüro können Bürger die VR-Brille ausprobieren.

diese nicht in der eigenen Ortsgemeinde abgebildet werden. Im Fokus steht dabei vor allem der wirtschaftliche Nutzen für die Region. Dadurch war es möglich, als erste Kommune in Rheinland-Pfalz schon 2012 ein eigenes Breitband-Netz aufzubauen. Firmen, die sonst ihren Standort verlagert hätten, konnten so in der Verbandsgemeinde gehalten werden. NetCologne betreibt das Netz für die Gemeinde und kümmert sich um die Betreuung der Kunden. Zudem ist auch ein

Seit 2017 steht in Betzdorf-Gebhardshain im Rahmen der Digitalen Dörfer vor allem das Thema Kommunikation im Fokus und wird durch die DorfNews, ein regionales Nachrichtenportal, realisiert. Bürger, Vereine, öffentliche Institutionen, aber auch die Gemeindeverwaltungen stellen dafür Berichte bereit. Besonders hohe Zugriffe gibt es derzeit auf den Veranstaltungskalender. Ebenfalls ein Teil davon ist die App Dorffunk. Sie vereint Facetten der Nachbar-

schaftshilfe (Biete, Suche, Plausch) und dient durch die Integration in das Nachrichtenportal auch als Kommunikationszentrale. Aktuell wird insbesondere der Austausch zwischen Bürgerschaft und Verwaltung untersucht und erprobt. Dafür wurde der Dorffunk um den zusätzlichen Kanal „Sag’s uns“ erweitert. Nutzer können die Verwaltung darüber direkt kontaktieren – egal ob es darum geht, Fragen zu stellen, Anregungen beizusteuern oder ein Schlagloch zu melden. Intern verwenden die zuständigen Mitarbeiter die Anwendung LösBar zur kooperativen Bearbeitung. Die LösBar ist eine Desktop-Anwendung mit Online-Zugang und als Instrument eines modernen Anliegen-Managements zu sehen.

Ein physisches Living Lab bildet zudem einen Ankerpunkt für Digitales in der Kommune. In einem ehemaligen Leerstand in der Stadt Betzdorf ist das zugehörige Projekt-Team zusammen mit der Jugendpflege untergebracht. Das Living Lab soll Möglichkeiten schaffen, Projektergebnisse nach außen zu kommunizieren und zu vermarkten, um geeignete Geschäftsmodelle

zu erproben und die Bürger zu informieren. Die Bewohner werden so zu aktiven Mitgestaltern der Kommune. Bestehende Gruppen und Vereine wurden von Anfang an mit einbezogen und können somit zu einer lebhaften Atmosphäre im Dorf beitragen.

„Betzdorf Digital“ stellt die lokale Umsetzung in den Vordergrund, um das Thema Digitalisierung auch in der öffentlichen Wahrnehmung zu platzieren. So soll langfristiges Interesse bei den Bürgern geweckt werden. Kindergärten und Schulen, Vereine und Initiativen, Unternehmen, aber auch Einzelpersonen – alle dürfen sich beteiligen. Ein fortlaufend entwickeltes Arbeitspapier hält anhand von definierten Handlungsfeldern fest, was in der Verbandsgemeinde zum Thema Digitalisierung durchgeführt und geplant wird. So wurden in der Vergangenheit schon viele Projekte gemeinsam gestemmt: In Kooperation mit der Jugendpflege entwarfen beispielsweise 15 Jugendliche im Alter von 12 bis 16 Jahren mittels des Computerspiels Minecraft ein Modell ihrer Stadt im Jahr 2030 und stellten so ihre Ideen für eine viel grünere, vielfältigere Stadt dem Rat vor. Auch mit den Schulen und Kindergärten wird zusammengearbeitet: So ist zum Beispiel eine gemeinsame Fotoausstellung der Kindergärten über Lieblingsplätze in der Gemeinde entstanden.

Um das Thema in die Breite zu tragen, finden regelmäßig Informationsveranstaltungen statt. Datenschutz, Smart Home, 3D-Druck und E-Health ebenso wie der digitale Nachlass oder Fake-Shops in Kooperation mit der Verbraucherzentrale waren bislang unter den

Themen. Auch die VHS ist mit Kursen eingebunden, wie zum Beispiel einem Tablet-Kurs für Senioren. In Zusammenarbeit mit einem privaten Coworking-Space-Betreiber, dem WW Lab, finden Innovation Talks statt, die sich hauptsächlich an die Wirtschaft richten. Die Verwaltung stellt ebenfalls ein breites Handlungsfeld dar: In Bezug auf die Infrastruktur wird der Ausbau von Breitband und Mobilfunkversorgung stark unterstützt. In Betzdorf-Gebhardshain sind bisher zehn WLAN-Hotspots aktiv, die von der Verwaltung mitbetreut werden. Das Netz soll sukzessive ausgebaut werden. Bereits seit 2012 können alle Mandatsträger mit dem Ratsinformationssystem papierlos arbeiten. Darüber hinaus hat sich seit August 2016 die Kulturveranstaltung „Faszination am Fluss“ etabliert, die digitale Kunst, zum Beispiel Projektionen und Videokunst, mit Musik, Varieté, Comedy und Kabarett vereint. Das Projekt-Team besitzt zudem zwei 3D-Drucker und eine VR-Brille zum Einsatz an Schulen und Bildungseinrichtungen, aber auch für Privatleute, die sich für die Technik interessieren.

Alle Bürger können frei nach dem Leitgedanken „Digitalisierung zum Anfassen“ im physischen Living Lab Dinge ausprobieren und im Idealfall ihre eigenen Projekte umsetzen. Das Projekt-Team sieht sich als erste Anlaufstelle für Digitales und möchte vermitteln, initiieren und Projekte umsetzen, die aus der Gemeinschaft kommen.

Sarah Brühl ist die Koordinatorin des Projekts „Betzdorf Digital“, einer Lokalkampagne im Rahmen des Projekts Digitale Dörfer.

Profil

Betzdorf-Gebhardshain

Bundesland:
Rheinland-Pfalz
Einwohnerzahl:
26.000
Bevölkerungsdichte:
354 Einwohner je km²
Bürgermeister:
Bernd Brato
(SPD)
Web-Präsenz:
www.vg-bg.de



Das Projekt: Die ersten Testgemeinden, die sich durch ihre eingereichten Ideen als Digitales Dorf qualifiziert haben, waren Betzdorf sowie Eisenberg und Göllheim. Ihnen folgten viele weitere Kommunen. Sie nutzen die Plattform www.digitale-doerfer.de und bringen ihre vielfältigen Dienste gemeinsam voran.

Direkt vom Girokonto

Helmut Wißmann

Sicherheit, Komfort und Zeitersparnis – das haben sich alle E-Payment-Lösungen auf die Fahnen geschrieben. paydirekt, das Online-Bezahlverfahren der deutschen Banken und Sparkassen, wirbt mit weiteren Mehrwerten für Kommunen.

Die zunehmende Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung ist für alle Seiten ein Gewinn: Für die Bürger bedeutet die elektronische Abwicklung und Bezahlung von kommunalen Services ein deutliches Plus an Komfort und Zeitersparnis. Die öffentlichen Einrichtungen wiederum profitieren von einem geringeren administrativen Aufwand sowie von schnelleren Zahlungseingängen. Ob Gebühren für Anwohnerparkausweise, Geburtsurkunden, Kita-Plätze, E-Parkscheine oder die Eintrittskarte für den Zoo – immer mehr Städte und Gemeinden bieten ihren Bürgern E-Payment für Dienstleistungen an.

Ein Beispiel dafür liefert die Dresdner Stadtverwaltung: Nachdem sie den E-Parkschein eingeführt hatte, verlangten die Nutzerinnen und Nutzer dieses neuen Service eine Erweiterung der angebotenen elektronischen Bezahlmöglichkeiten. Die Stadt führte daraufhin paydirekt als zusätzliches Online-Bezahlverfahren ein. Derzeit werden in Dresden pro Monat rund 10.000 E-Parkscheine gelöst, Tendenz steigend. Das Ordnungsamt in Paderborn meldet ebenfalls eine gute Resonanz für seine neue Online-Dienstleistung, den Bewohnerparkausweis zum

Selbstausrucken. Und auch hier ist paydirekt im E-Payment-Mix. Bereits zehn Prozent der Anträge fürs Anwohnerparken seien 2020 online im Serviceportal eingegangen, berichtet Thorsten Unterberg, Projektleiter des E-Government-Projekts der Stadt Paderborn. Der Ausweis landet je nach Antrag bereits nach wenigen Minuten im Postfach von meinDigiport und kann dann zu Hause ausgedruckt werden – kein Weg zum Amt, keine Wartezeit.

Die Online-Angebote der Kommunen werden von den Bürgern also begrüßt und genutzt. Das geht auch aus einer Bitkom-Umfrage hervor. Allerdings fürchten 71 Prozent der befragten Bürger, dass ihre persönlichen Daten durch die Digitalisierung weniger sicher sind. In diesem Zusammenhang nimmt der Datenschutz für die Kommunen einen wichtigen Stellenwert ein – auch beim E-Payment.

Über die Hälfte der größten deutschen Städte und insgesamt mehr als 700 öffentliche Einrichtungen haben sich inzwischen für paydirekt entschieden. Und das aus gutem



paydirekt bietet Kommunen zahlreiche Vorteile.

Grund: Das Online-Bezahlverfahren der deutschen Banken und Sparkassen ist einerseits bürgerorientiert, da es Komfort mit Datenschutz Made in Germany verbindet. Auf der anderen Seite profitieren Kommunen auch aus wirtschaftlicher Sicht von paydirekt: Neben effizienteren Abläufen für ein zukunftsfähiges Verwaltungsmanagement bietet paydirekt den Kommunen viele weitere Mehrwerte wie optimale Liquidität, eine sofortige Zahlungsgarantie und deutliche Kostenersparnis. Im Vergleich der gängigen Online-Bezahlverfahren ist paydirekt nach der aktuellen Gesamtkostenstudie von ibi research der Universität Regensburg sogar das kostengünstigste Zahlverfahren am Markt – noch vor Sofortüberweisung und Lastschrift.

Bezahlt ein Bürger mit paydirekt, erfolgt die Zahlung direkt von seinem Girokonto auf das Konto der Kommune – ohne Umweg. Da der Geldbetrag direkt am Konto autorisiert wird und jeder Nutzer als Girokonto-Kunde einer Bank oder Sparkasse automatisch legitimiert ist, bietet paydirekt den Kommunen eine sofortige Zahlungsgarantie. Die schnelle Verfügbarkeit der Umsätze bedeutet wiederum optimale Liquidität, ohne dass zusätzliche Kosten getragen werden müssen, die durch Identitätsbetrug, Zahlungsstörungen oder Zahlungsausfälle entstehen. Das alles macht paydirekt in der Gesamtkostenbetrachtung auch für Kommunen zum kostengünstigsten Zahlverfahren für die Umsetzung ihrer Digitalisierungsprojekte.

Sicherheit, Komfort und Zeiterparnis haben sich alle E-Payment-Lösungen auf die Fahnen geschrieben, doch gerade in puncto Sicherheit überzeugt paydirekt durch maximale Privatsphäre. Nicht zuletzt, weil paydirekt höchsten Datenschutz bietet, haben inzwischen mehr als 3,3 Millionen Bank- und Sparkassenkunden die Lösung in ihrem Online-Girokonto freigeschaltet. Denn im Gegensatz zu anderen Online-Bezahlverfahren werden bei paydirekt keine sensiblen Daten an Dritte weitergegeben. Gezahlt wird ganz komfortabel nur mit Benutzername und Passwort – und zwar direkt vom Girokonto. Alle Daten wie Kontonummer oder die Art der bezahlten Dienstleistung bleiben so in der sicheren Bankumgebung, geschützt durch die strengen deutschen Datenschutzbestimmungen und die hohen Sicherheitsstandards der deutschen Banken und Sparkassen.

Mit paydirekt bieten die Kommunen ihren Bürgern ein Online-Bezahlverfahren, das einfach, bequem und transparent ist, da jede Transaktion detailliert im Girokonto-Auszug erscheint. Und auch das schätzen die Nutzer von paydirekt: Sie haben alle Ausgaben im Blick, ohne weitere Konten prüfen zu müssen. Vor allem aber bietet paydirekt den umfassenden Datenschutz, den die Bürger sich wünschen und den sie von ihrer Verwaltung gewährleistet sehen wollen.

Während sich für die Bürger dank paydirekt Komfort und Privatsphäre beim Bezahlen verbinden lassen, profitieren die Kommunen von der Kombination aus Wirtschaftlichkeit und Datenschutz. Kein Wunder

also, dass der Online-Bezahldienst der deutschen Banken und Sparkassen auf dem Vormarsch ist – zumal die Einbindung von paydirekt schnell und unkompliziert ist: In fast allen Bundesländern sind die größten kommunalen Rechenzentren an paydirekt angebunden, sodass weitere Kommunen und öffentliche Einrichtungen schnell und unkompliziert freigeschaltet werden können. Partner hierfür ist die Firma GiroSolution, der Lösungsanbieter der Sparkassen-Finanzgruppe für E-Government. Mit der von GiroSolution angebotenen Multi-Bezahlösung GiroCheckout kann paydirekt schnell und sicher eingebunden werden.

Dr. Helmut Wißmann ist Geschäftsführer der paydirekt GmbH.

Anzeige



GovConnect

die IT-Spezialisten für Verwaltungen

pmPayment



E-Payment
schnell und einfach integrieren -
mit dem Komplett-
paket pmPayment.

GovConnect GmbH

info@govconnect.de • www.govconnect.de

Digitale Bezahldienste

Michael Stoecker

Immer mehr Behörden und Kommunen erkennen den Mehrwert elektronischer Services. Eine wichtige Rolle spielen dabei digitale Bezahldienste. Die Städte Freiburg im Breisgau und Koblenz nutzen dafür PayPal.

Die Digitalisierung ist im Alltag angekommen und der öffentliche Sektor hat die Vorteile von vernetzten Abläufen erkannt. Bereits im Jahr 2022 sollen in Deutschland sämtliche Verwaltungsleistungen digital angeboten und über Plattformen miteinander verknüpft werden. Den ersten Schritt des Verwaltungsapparats in Richtung E-Government haben Bund und Länder gemeinsam mit dem Onlinezugangsgesetz getan. Dabei wurde das Grundgesetz um Regelungen für Informationstechnik ergänzt: Mit dem seit 2013 bestehenden E-Government-Gesetz sollen vermehrt Behördenleistungen ins Internet übertragen werden. Ziel ist ein bürgernaher und moderner Service, der unabhängig von Terminvereinbarungen mit den Ämtern jederzeit genutzt werden kann.

Das Gesetz regelt das Bezahlen von Gebühren und Abgaben auf elektronischem Weg. Fakt ist: Behörden und Kommunen setzen bereits verstärkt auf elektronische Services, insbesondere digitale Zahlungsdienstleistungen machen den Alltag von Kunden wie auch von Mitarbeitern des öffentlichen Sektors einfacher. Das zeigen die Beispiele der Städte Freiburg im Breisgau und Koblenz.

Behördengänge bedeuten für viele Menschen zumeist: Nummer ziehen, lange warten, Papierformulare ausfüllen und am Ende an der Kasse anstehen. E-Government setzt diesen unschönen Assoziationen ein Ende. Denn mit der richtigen Lösung können Besuche



VHS Koblenz setzt auf PayPal.

beim Amt online und ohne die üblichen Wartezeiten erfolgen. Die baden-württembergische Stadt Freiburg im Breisgau setzt seit dem Jahr 2017 Standards im Bereich E-Government. Möglichst viele Behördengänge sollen von zu Hause aus erledigt werden können. „Zudem wollen wir unsere Angebote 24/7 zur Verfügung stellen, sodass man alle Anträge auch außerhalb unserer Öffnungszeiten

stellen kann“, berichtet IT-Expertin Katharina Reitemeyer vom Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung der Stadt Freiburg.

Für seine Bürger bietet Freiburg eine ganze Reihe an Online-Services an. Die Möglichkeit der Bezahlung spielt bei den Online-Angeboten der Behörden eine zentrale Rolle. Unterstützung erhält die Stadt diesbezüglich von dem Bezahl-dienstleister PayPal, denn die Kommune hatte nach einem Verfahren gesucht, dass die Bürger auch aus dem Privatleben kennen, berichtet Reitemeyer.

Im Bußgeldbereich können die Freiburger seit 2017 Anhörungsverfahren und Stellungnahme online erledigen und etwaige Bußgelder über PayPal bezahlen. Bei der Anhörung kann ein QR-Code genutzt und die Summe direkt mit dem Smartphone beglichen werden. Der Service wird von den Freiburgern sehr stark genutzt. Reitemeyer ist besonders von der unkomplizierten technischen Umsetzung begeistert: „Durch die direkte Anbindung von PayPal an unser SAP-System werden die Zahlungen, die über die Formular-Server-Anbindung eingehen, direkt zugewiesen. Das mussten wir zuvor manuell erledigen. Teilweise mussten die Mitarbeiter dem Geld

auch hinterherlaufen und mahnen, doch jetzt ist die Zahlung immer gesichert und das Geld kommt immer an der richtigen Stelle an.“

Ein weiterer Grund, weshalb PayPal sehr gern genutzt wird: Man muss sich nicht mehr ins Online-Banking einloggen und lange IBANs abtippen. „Damit sparen digitalisierte Verfahren viel Zeit bei der Stadt Freiburg“, erläutert Reitemeyer. Eine wichtige Voraussetzung für die Umsetzung war eine speziell für den öffentlichen Dienst angepasste Version der Lösung. „Wir haben spezielle rechtliche Anforderungen an einen Bezahlendienst. PayPal geht mit der Version für Behörden darauf ein. Als diese Version vorgestellt wurde, hat der Bezahlendienst bei den Behörden viel Vertrauen gewonnen“, erinnert sich die IT-Expertin.

Auch die Stadt Koblenz in Rheinland-Pfalz hat die Vorteile von digitalen Services erkannt. Informationen über das Angebot der Volkshochschule (VHS) mit über 1.200 Kursen und 300 Dozenten gibt es schon lange online, jetzt lassen sich auch die Gebühren direkt im Netz bezahlen. Dabei steht die Sicherheit im Vordergrund. Marc Elbert, stellvertretender behördlicher Datenschutzbeauftragter der VHS Koblenz, fasst zusammen: „Wer online bezahlt, soll sich auf die Zahlungssicherheit verlassen können. Sie liegt uns ebenso am Herzen wie ein reibungsloser Bezahlvorgang.“

Er ist der Meinung, dass PayPal auch in anderen Bereichen des öffentlichen Sektors Vorteile bringen kann. „Die Schnelligkeit eines Bezahlvorgangs ist eine wichtige Größe in der Online-Abwicklung

von Dienstleistungen. Die Stadt Koblenz soll sofort Bescheid wissen, wenn das Geld da ist. Bei Zahlungen über PayPal bekommen wir eine umgehende Mitteilung über den Zahlungseingang. So kann die Stadt den Fall direkt bearbeiten, und der Bürger erhält seine Leistung schneller“, berichtet Elbert. Mit PayPal sind bei der Online-Zahlung alle Angaben bereits hinterlegt: Manuelles Zuordnen entfällt, die Mahnaufwände sinken. Elbert ergänzt: „Beim Angebot an Bezahlmethoden sollten Behörden ihren

Bürgern eine Auswahl der gängigen Zahlungswege anbieten – und dazu zählt mittlerweile auch PayPal.“ Die Anwendungsmöglichkeiten von digitalen Leistungen sind vielfältig und längst nicht ausgeschöpft. Diese Kooperationen aus dem öffentlichen Sektor zeigen, dass ungenutzte Potenziale schnell zu Mehrwerten werden können. Die Zukunft der Verwaltung und des Bezahls ist digital.

Michael Stoecker ist freier Journalist in Köln.

Anzeige

axians

Infoma

eGovernment &
Digitalisierung

Digitale Prozesse
verbinden.



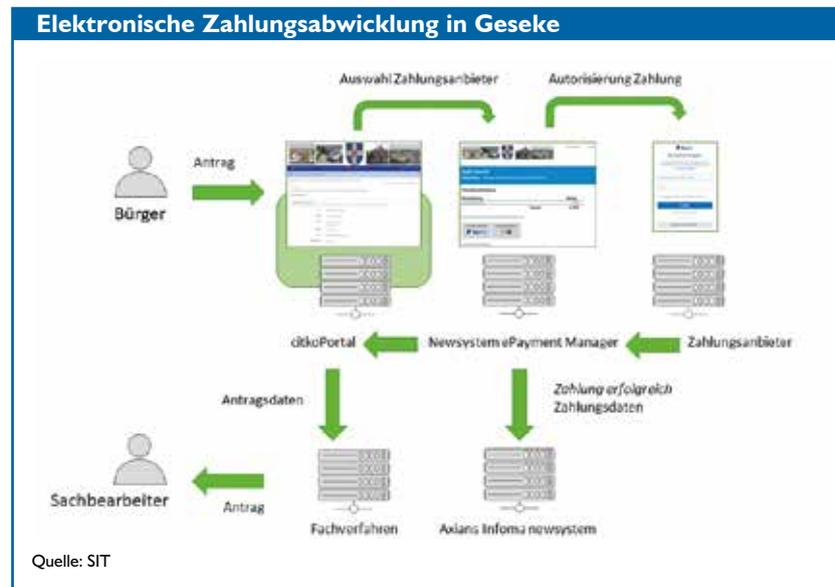
Manager für E-Payment

Herwig Weber

Durch die Einführung des Moduls Infoma ePayment Manager hat sich der elektronische Bezahlvorgang der Stadt Geseke deutlich verbessert. Der Prozess konnte vollständig automatisiert und die Mitarbeiter somit von Routineaufgaben entlastet werden.

Die Stadt Geseke hat die Vorzüge der Digitalisierung von Prozessen früh erkannt. Bereits 2016 entschied sich die Verwaltungsleitung für die Einführung des Bürgerportals citkoPortal von IT-Dienstleister SIT. Neben der Einbindung nativer Services wie Urkundenanforderungen oder Melderegisterauskünften stehen der Behörde auch interaktive Formulare eines eigenen Formular-Servers zur Verfügung. Diese können nach eigenem Bedarf konfiguriert und genutzt werden. Ebenso ist die Einbindung eines E-Payment-Moduls in das citkoPortal gegeben, das gängige Zahlungsmethoden unterstützt. Derzeit stehen den Gesekern mehr als 30 dieser Services zur Verfügung.

Im ersten Schritt standen Bezahlungsmöglichkeiten für die Beantragung von Sperrmüll, die Durchführung von Häckselaktionen und die Anforderungen von Urkunden zur Verfügung. Als Payment-Service-Provider wurden die beiden Anbieter PayPal und giropay gewählt. „Wir haben bei der Auswahl der Zahlungsanbieter sowohl an die Verbreitung bei den Bürgerinnen und Bürgern als auch an die Nachhaltigkeit und optimierten Prozesse in der Zahlungsabwicklung gedacht. Klassische Zahlungsmöglichkeiten



wie Kreditkarte oder Lastschrift schieden aus Gründen der Abrechnungsprozedur beziehungsweise Retourenquote für uns aus“, berichtet Stadtkämmerer Ulrich Herber.

Ein weiterer wichtiger Faktor bei den Online-Services war die medienbruchfreie Integration in das Finanzwesen Infoma newsystem von Anbieter Axians Infoma. Diese wurde zunächst über die variable Buchungsschnittstelle realisiert, mit der die Sollstellungen wie auch die Adressdaten der einzelnen Debitoren übergeben wurden. Die Zuordnung der einzelnen Einzahlungen auf die offenen Debitorenposten erfolgte über die Bankbelegabstimmung. Leider funk-

tionierte die Zuordnung zwischen beiden Posten nicht immer vollautomatisiert, sodass die Mitarbeiter der Zahlungsabwicklung manuell eingreifen mussten. Aber auch die sich kontinuierlich vergrößernde Finanzadressverwaltung ärgerte die Geseker Finanzabteilung. Da die Geschäftsvorfälle buchhalterisch vollumfänglich abgeschlossen sind und zudem Lastschrifteinzüge mit entsprechenden Retouren bei den Online-Services nicht angeboten werden, kann man auf die detaillierten Personenstammdaten verzichten.

Die skizzierte Problematik war Axians Infoma nicht unbekannt. Aus diesem Grund wurde das

Modul Infoma ePayment Manager entwickelt, das im Augenblick der Zahlungsauslösung durch den Kunden bereits die Zahlung registriert. Dazu schaltet sich online eine Zahlungsseite des Finanzverfahrens zwischen das citkoPortal und den entsprechenden Zahlungsanbieter.

Der neue Prozess gliedert sich folgendermaßen: Ein Bürger fordert Urkunden an. Dazu befüllt er im citkoPortal einen interaktiven Service mit entsprechenden Informationen. Bei zahlungspflichtiger Bestellung wird der Bürger auf die Zahlungsseite des Infoma ePayment Managers geführt. Dort wählt er die gewünschte Zahlungsweise aus und wird zum Zahlungsanbieter, zum Beispiel PayPal oder GiroSolution, weitergeleitet. Nach erfolgreicher Autorisierung der Zahlung kommt es zur Rückführung des Benutzers ins Payment-Portal. Gleichzeitig wird der gewünschte Antrag an das Fachverfahren – in diesem Fall Autista – gemeldet, damit dort der gewünschte Urkundenantrag vom Sachbearbeiter weiterbearbeitet werden kann. Aus Sicherheitsgründen ist das E-Payment-Portal von Axians Infoma mit seiner Zahlseite vom Finanzwesen getrennt und steht netzseitig in der demilitarisier-

ten Zone. Regelmäßig verbindet sich nun das Finanzwesen automatisch dorthin und lädt neu eingegangene Zahlungsinformationen herunter. In diesem Augenblick erfahren die newsystem-Anwender vom erfolgten Zahlungseingang. Pro Zahlungsanbieter werden im nächsten Schritt Abschlüsse erstellt, bei denen es zur buchhalterischen Kontierung kommt. Dazu wird eine ertragswirksame Ausgangsrechnung gegen einen Sammeldebitor erzeugt, sodass die zuvor skizzierte Problematik der unnötig wachsenden Finanzadressverwaltung umgangen wird. Gleichzeitig wird ein Zahlungsbeleg gegen die offene Forderung gebucht. Offen bleibt ein Bankposten/Schwebeposten, der inhaltlich mit einem Lastschriftinzug vergleichbar ist. Dieser ist zwar bei der Bank eingereicht, aber noch nicht auf dem Girokonto gutgeschrieben. In der Regel erfolgt am nächsten Werktag dann die Gutschrift des Zahlungsanbieters auf dem Girokonto, wodurch es zur Aufhebung des Schwebestands kommt.

Der beschriebene Prozess kann vollständig automatisiert werden. Ein manueller Eingriff in der Zahlungsabwicklung ist nicht mehr notwendig, weder bei der Zuordnung von Einzahlungen zu offenen Debitorenposten noch bei der Kontierung von Schwebeposten. „Gerade im Hinblick auf den demografischen Wandel und den damit einhergehenden Fachkräftemangel müssen wir Lösungen suchen, die unsere Mitarbeiter bestmöglich unterstützen. Effiziente Geschäftsprozesse, die für eine Entlastung von Routineaufgaben sorgen, steigern nicht nur die Attraktivität der Arbeitsplätze, sondern auch die Wirtschaftlichkeit bei der Erfüllung der kommunalen

Aufgaben“, berichtet Kämmerer Ulrich Herber.

Die Umstellung des bisherigen Zahlungsprozesses auf den ePayment Manager gestaltete sich reibungslos. Die Konfiguration des Finanzverfahrens konnte parallel erfolgen, während der alte Zahlungsprozess noch aktiv war. Für die produktive Umstellung war citkoPortal circa eine halbe Stunde nicht erreichbar. „Durch die erprobten Testszenarien und die koordinierten Abläufe zwischen den Beteiligten der Stadt Geseke, den SIT-Projektverantwortlichen und der E-Government-Abteilung der SIT kam es nur zu einer kurzen, geplanten Nichterreichbarkeit des Geseker Serviceportals durch den Schwenk auf die neue newsystem-Technologie“, resümiert Michael Henze, Team-Leiter Entwicklung.

Weiteres Optimierungspotenzial ist indes schon identifiziert: Bedingt durch die hohen Fallzahlen bietet sich die Online-Anhörungsfunktion im Bereich Ordnungswidrigkeiten an. Darüber können die Bürger die städtischen Knöllchen bezahlen oder sich zum Sachverhalt äußern.

Anja Grundmann, Leiterin der Geseker Zahlungsabwicklung, ergänzt: „Es ist erfreulich, wenn durch Technik und Software unsere Arbeitsprozesse optimiert und effizienter gestaltet werden können und dabei gleichzeitig ein verbesserter Service für unsere Bürgerinnen und Bürger erreicht wird, indem eine Verfügbarkeit von städtischen Dienstleistungen außerhalb der Öffnungszeiten ermöglicht wird.“

Herwig Weber ist Projektleiter E-Payment bei der SIT GmbH.

Profil	
● Geseke	
Bundesland:	
Nordrhein-Westfalen	
Landkreis:	
Kreis Soest	
Einwohnerzahl:	
22.000	
Bürgermeister:	
Dr. Remco van der Velden	
(CDU)	
Web-Präsenz:	
www.geseke.de	
Weiteres Projekt: Seit Anfang 2018 profitiert auch die Stadt Geseke vom gemeinsamen telefonischen Bürgerservice von Kreis und Stadt Soest.	

Zentral und mandantenfähig

Annika Schneider

Vom Stadtmarketing bis zum Bürgeramt: In der Stadt Gelsenkirchen greifen 175 Anwender auf das digitale Barkassensystem zu. Statt auf Einzellösungen setzt die Kommune auf eine mandantenfähige zentrale Software.

Kontaktloses Bezahlen mit Karte: In der Stadtverwaltung Gelsenkirchen ist das dank moderner EC-Terminals kein Problem. Rund 1.200 Artikel umfasst das Leistungssortiment der nordrein-westfälischen Kommune, von der Gebühr für die Kfz-Zulassung über Tickets bis hin zur Gelsenkirchen-Tasse. Ein reibungsloser Zahlungsfluss ist an diesen stark frequentierten Stellen unverzichtbar. Um täglich tausende Zahlungsvorgänge effizient verbuchen und quittieren zu können, wurden dem zentralen Kassen- und Einnahmen-Management-System klassische Bargeldkassen vorschaltet. Als Barkassensystem hat sich Gelsenkirchen für die Software Quittierer aus dem Hause Platinbaum entschieden. Dafür Sorge zu tragen, dass diese reibungslos funktioniert, ist Aufgabe von Harald Wischnewski, Berater für Fachanwendungen bei der gkd-el, dem IT-Dienstleister der Stadt.

Ein Pluspunkt der Software ist die Nutzerfreundlichkeit. Kernstück ist eine Oberfläche, die an Office-Anwendungen von Microsoft erinnert. Als der Quittierer im vergangenen Jahr eingeführt wurde, habe den Mitarbeitern eine halbstündige Schulung ausgereicht, berichtet Wischnewski.

Eine weitere 30-minütige Schulung gab es für die Führungskräfte in den jeweiligen Abteilungen. Sie können Rahmendaten direkt in der Software selbst ändern. So lassen sich beispielsweise Öffnungszeiten oder Kontaktdaten auf Quittungsvorlagen schnell anpassen. „Die Anwendung ist selbst-erklärend und menügesteuert“, erklärt Wischnewski. Für ihn als Administrator ist es ein großer Vorteil, nicht jede Kleinigkeit selbst machen zu müssen.

Bevor Gelsenkirchen auf das neue Barkassensystem umstieg, startete die Kommune eine Pilotphase mit drei Fachanwendungen. Der Testlauf fand in dem Bereich statt, der das Kassensystem am intensivsten nutzt: „Die Bürgerdienste haben die Software von Platinbaum getestet und für gut befunden“, berichtet Wischnewski. Das sei eine wichtige Rückmeldung gewesen, da in dem Amt täglich vom Reisepass bis zur Meldebescheinigung Dutzende Kassierprozesse anfallen. Viele Zusatzfunktionen sorgen dafür, dass die Mitarbeiter zügig kassieren können. So lässt sich beispielsweise das Sortiment in Echtzeit durchsuchen. Gleichzeitig sehen Anwen-



Eines der BÜRGERCenter befindet sich im Hans-Sachs-Haus.

der in der Mitte des Fensters auf einen Blick die Top 10 der zuletzt aufgerufenen Artikel. Im rechten Bereich der Oberfläche können sie zusätzlich Vorlagenpakete anlegen, falls Artikel häufig in der gleichen Kombination bezahlt werden: etwa Gebühren für die Eheschließung zusammen mit einem Stammbuch.

Die integrierte Artikelverwaltung hilft bei der Bestandspflege. Sie meldet beispielsweise, wenn im Vorrat festgelegte Artikelzahlen unterschritten werden. Auch Sperrbestände lassen sich anlegen. Für die Inventur können Listen exportiert werden, zum Beispiel als PDF oder Excel-Tabelle. Die Software ermöglicht es, jeden Anwender per standardisierter ZVT-Schnittstelle mit einem eigenen EC-Terminal zu verknüpfen. Gelsenkirchen hat sich allerdings anders entschieden. Hier sind die Terminals direkt ans

Netzwerk angeschlossen, sodass sich mehrere Anwender ein Gerät teilen können. Das ist ein wichtiger Kostenfaktor für die Kommune.

Auch für die IT-Verwaltung bietet der Quittierer Vorteile: „Das Preis-Leistungs-Verhältnis ist bei diesem Produkt sehr gut, nicht nur beim Kauf, sondern auch bei Änderungen jeder Art“, sagt Harald Wischnewski. Und Gelsenkirchen hatte einige Sonderwünsche: Elf Organisationseinheiten führen jeweils ihre eigene Kasse, darunter das Gesundheitsamt, das Ausländerwesen und das Tochterunternehmen für Stadtmarketing. Die Kommune arbeitet daher mit elf eigenständigen Mandanten. „Die Mandantenverwaltung hat Platinbaum extra für uns implementiert. Für mich ist die dezentrale Verwaltung Gold wert“, berichtet Wischnewski. Hinzu kommt, dass die Mitarbeiter des Bürgerservices zwischen vier Standorten, so genannten BÜRGERcentern, rotieren. Die Kassenabrechnung musste deshalb standortspezifisch erfolgen – ein Feature, das in der Software in dieser Form nicht angelegt war.

Der Quittierer ist inzwischen bei rund 100 Stadtverwaltungen und an 1.500 Arbeitsplätzen im Einsatz. Die Software, die seit 2013 auf dem Markt ist, entspricht nicht nur den neuen Grundsätzen ordnungsgemäßer Kassenführung, sondern auch bereits den erweiterten Anforderungen der 2017 beschlossenen neuen Kassensicherungsverordnung (KassenSichV), die 2020 in Kraft getreten ist. Auch die Vorgaben der Datenschutz-Grundverordnung werden erfüllt. Für Kommunen, die ohne Barkasse oder mit einer zentralen Zahlstelle arbeiten, bietet die Software ein Pool-System. Das heißt, Anwender können eine Zahlungsanweisung ausstellen, mit der der Bürger den Vorgang anschließend bei einem anderen Anwender bezahlen kann. Hilfreich ist das zum Beispiel, wenn das Bauamt kostenpflichtige Kopien anbietet, aber keine eigene Kasse hat. Grundsätzlich lässt sich der Quittierer auch mit der zentralen SAP-Finanzbuchhaltung verknüpfen. Gelsenkirchen nutzt diese Möglichkeit bislang nicht. Stattdessen lassen sich die Mitarbeiter die

Abrechnungen und Auswertungen direkt vom Programm ausstellen. Im Laufe des Jahres sind allerdings mehrere andere Schnittstellen geplant. Eine soll es ermöglichen, dass das Stadtmarketing steuerrelevante Daten direkt an das Unternehmen DATEV weiterreichen kann. „Mit der Art und Weise, wie das Kassensystem bei uns realisiert worden ist, sind wir sehr zufrieden“, zieht Wischnewski Bilanz. Sein Fazit: „Der Quittierer ist eine einfach zu nutzende Software für manchmal komplexe Abläufe – von einem Hersteller, der mit großer Nähe zum Kunden agiert.“

Platinbaum hat auch schon die Abgabenordnung (AO146) vollumfänglich mit einer Technischen Sicherheitseinrichtung im Quittierer umgesetzt. Das Sicherheitsmodul gewährleistet, dass Kasseneingaben mit Beginn des Aufzeichnungsvorgangs protokolliert und später nicht mehr unerkannt verändert werden können.

Annika Schneider ist freie Journalistin in Bonn.

Anzeige

EINFACH UNKOMPLIZIERT: DER KASSENAUTOMAT VARIOPAY

Bargeldloser Zahlungskomfort für Ihre Kunden

Der CSG-Kassenautomat **VarioPay** bietet Ihren Kunden alle Vorzüge des bargeldlosen Zahlens mit Karte oder Mobile Payment – schnell, einfach und sicher. Die Nutzung des Automaten ist dank perfekter Ergonomie und interaktiver Bedienung am Touchscreen bequem. Mehr über den VarioPay oder unsere weiteren Automatenmodelle erfahren Sie unter www.csq-systems.de



Verschärfte Grundsätze

Tobias Krumnow

Einfach nur Kassieren war gestern. Aktuell sind viele neue Vorgaben zu beachten, sei es bei der Kassensicherungsverordnung, der Abgabeordnung oder bei der DSGVO.

Aktuell stehen viele neue Anforderungen im Fokus, die das Kassenwesen beratungsintensiv machen: Kassensicherungsverordnung (KassenSichV) und technische Sicherheitseinrichtung (TSE), Umsatzsteuerpflicht, Schnittstelle zur Finanzverwaltung sowie Bonpflicht. Hier stoßen integrierte Module an ihre Grenzen. Bereits seit 2017 gelten verschärfte Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB). Transaktionen müssen in unveränderbarer Weise aufgezeichnet werden. Jede Buchung ist mit ID-Nummer, Kassierer und Zeitstempel automatisiert manipulationsicher zu schreiben. Teilstornos oder gar das Löschen abgeschlossener Buchungsbelege sind tabu. Jede kombinierte Buchung ist als Ganzes dokumentiert zu stornieren. Damit der Anwenderkomfort darunter nicht leidet, ermöglicht die Gebührenkasse TopCash 2 des Unternehmens EDV Ermtraud mit der Wiederholen-Funktion das Erzeugen und Anpassen des korrekten Vorgangs.

Revisionssicherheit gilt auch für Kassenabschlüsse. Nur autorisierte Mitarbeiter dürfen ihre Kasse abschließen. Die Bestandsprüfung kann durch die Münzzählung effektiv gestaltet werden. Ein Rücksetzen von Abschlüssen ist unzulässig und

in der Lösung unterbunden. Jeder Abschluss ist mit allen Auswertungen reproduzierbar. Ein Rechnungsprüfer kann jederzeit einsehen, wer, wann, welche Kasse abgeschlossen und welche Buchung getätigt hat. Technisch liegt der Gebührenkassenlösung eine Absicherung bis in die Einzeltransaktion zugrunde. Ferner fordert die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO): Datenschutz durch Technikgestaltung und durch datenschutzfreundliche Voreinstellung. Das kann von TopCash 2 durch eine zeitgemäße Datenhaltung und das Benutzerrollenkonzept garantiert werden.

Akut werden auch die Vorgaben nach KassenSichV und § 146a der Abgabeordnung. Der Anwenderlass des Bundesministeriums für Finanzen zeigt Anforderungen und Konfigurationen auf, die neue elektronische Kassensysteme seit 1. Januar 2020, bestehende ab September erfüllen müssen. Stichworte sind: Fiskalisierung und DSFinV-K. Teil der Kassenprüfungen wird auch die Umsatzsteuerrecht-konforme Behandlung. Juristische Personen öffentlichen Rechts müssen nun Leistungen nach den gleichen Grundsätzen erbringen wie andere Marktteilnehmer. Steuerfrei bleiben lediglich die klassischen Gebühren für hoheitliche Aufgabenerfüllung, zum Beispiel Pässe, Ausweise, Kfz-



Kassenabschlüsse müssen revisionssicher sein.

Anmeldung oder Gewerbeanzeige. Diese sind jedoch an zusätzliche Dienstleistungen gekoppelt: Ein Stammbuch im Standesamt, die Feinstaubplakette in der Zulassungsstelle und die Fotokopie im Bürgeramt sind nun gleichermaßen mit Mehrwertsteuer zu kassieren, auszuweisen, entsprechend zu verbuchen und zu kontieren.

Einfach nur Kassieren war gestern. Daher bietet EDV Ermtraud ein herstellerunabhängiges Consulting an. Die Umsetzung der rechtlichen Vorgaben kann mit der Einführung des Zahlungssystems TopCash 2 nebst POS-(EC-)Geräten verbunden werden, das zugleich die neuesten sicheren Zahlarten unterstützt.

Tobias Krumnow ist im Vertrieb der EDV Ermtraud GmbH in Rheinbrohl tätig.

- E-Government / Geodaten-Management 51
- E-Procurement / CMS | Portale/ Finanzwesen 52
- Schul-IT / E-Partizipation / Spezial-Software / Breitband / IT-Security 53
- Dokumenten-Management / Projektmanagement / E-Formulare 54
- Personalwesen / Inventarisierung / RIS | Sitzungsmanagement ... 55
- Komplettlösungen 55-57

Zahlreiche Unternehmen bieten Lösungen und Dienstleistungen für den Public Sector an. Behalten Sie den Überblick und orientieren Sie sich bei Ihren Investitionsentscheidungen am IT-Guide von Kommune21. Die Marktübersicht finden Sie auch im Internet unter www.kommune21.de.

Anzeige

D-0	 Ein Unternehmen der TELEPORT Gruppe	Govii UG (haftungsbeschränkt) Ansprechpartner: Michael Schmidt Herrenstraße 20 D-06108 Halle (Saale) Telefon: +49 (0) 345 / 20560-0 Fax: +49 (0) 345 / 20560-11 E-Mail: info@govii.de Internet: www.govii.de	Der Behördenbot Govii steht für moderne Kommunikation zwischen Verwaltung und Kunden. Er bedient sich bestehender Datenbestände und beantwortet Fragen zu behördlichen Themen, wie z.B. Personalausweis beantragen, Auto ummelden etc. Govii ergänzt Portale, Bürgerservice und Servicecenter. Govii ist modular aufgebaut und nutzt verfügbare (XÖV) Standards.
D-0	 Ein Unternehmen der TELEPORT Gruppe	TSA Public Service GmbH Ansprechpartner: Thomas Patzelt Herrenstraße 20 D-06108 Halle (Saale) Telefon: +49 (0) 345 / 20560-0 Fax: +49 (0) 345 / 20560-11 E-Mail: info@teleport.de Internet: www.teleport.de	TSA ist Ihr Partner für Wissensmanagement in der öffentlichen Verwaltung. Bund, Länder, Kommunen und Dienstleister setzen auf unsere Lösungen und Know-how rund um Zuständigkeitsfinder, Bürgerservice, Servicecenter/115, Ideen- und Beschwerdemanagement, Integration von Verwaltungsdaten, 115-Datenbereitstellung und OZG-Umsetzung.
D-0	 PORTALLÖSUNGEN	brain-SCC GmbH Ansprechpartner: Sirko Scheffler Fritz-Haber-Str. 9 D-06217 Merseburg Telefon: +49 (0) 3461 / 25 99 510 Fax: +49 (0) 3461 / 25 99 511 E-Mail: info@brain-scc.de Internet: www.brain-scc.de	Die brain-SCC GmbH verfügt über umfassende Kompetenzen bei der Entwicklung und Betreuung von Portallösungen der öffentlichen Hand. Gestalten Sie Ihr Verwaltungs- und Geoportal mit dem leicht bedienbaren Content-Management-System brain-GeoCMS®, individuellem Design und zahlreichen Servicemodulen zur OZG-Umsetzung – nutzerorientiert und bürgernah.
D-4	 Unternehmensgruppe	ITEBO GmbH Dielingerstraße 39/40 D-49074 Osnabrück Telefon: +49 (0) 541 / 9631-0 Fax: +49 (0) 541 / 9631-196 E-Mail: info@itebo.de Internet: www.itebo.de	Die ITEBO-Unternehmensgruppe ist Ihr Dienstleister für Kommunen und Kirchen. Wir bieten kompetente Prozess- und Organisationsberatung sowie die Vernetzung von Fachverfahren und Onlinediensten im Bürgerportal. Fundierte Basisdienste im Bereich der IT-Sicherheit, des Datenschutzes und unser ITIL konformes Rechenzentrum runden unser Portfolio ab.
D-7		cit GmbH Ansprechpartner: Andreas Mühl Kirchheimer Straße 205 D-73265 Dettingen/Teck Telefon: +49 (0) 70 21 / 95 08 58-0 Fax: +49 (0) 70 21 / 95 08 58-9 E-Mail: vertrieb@cit.de Internet: www.cit.de	cit intelliForm® – die Produktlinie mit Komponenten zur Erstellung von elektronischen Formularen und intelligenten Ausfüllassistenten, Formularmanagement sowie eine modellbasierte Entwicklungsumgebung für formularbasierte Workflows ist in vielen Bundesländern auf landes- und kommunaler Ebene im Einsatz.
D-7		Form-Solutions GmbH Ansprechpartner: Matthias Eisenblätter Bahnhofstraße 10 D-76137 Karlsruhe Telefon: +49 (0) 721 / 754055-0 Fax: +49 (0) 721 / 754055-17 E-Mail: info@form-solutions.de Internet: www.form-solutions.de	Neben einem umfassenden Sortiment rechtssicherer Antragsassistenten können im Handumdrehen eigene Webapplikationen mit intelligenter Verfahrenslogik selbst erstellt und medienbruchfrei in die behördliche Umgebung integriert werden. Bundesweit nutzen über 2.200 behördliche Kunden das Antragsmanagement 4.0.
D-8		GiroSolution GmbH Hauptstraße 27 D-88699 Frickingen Telefon: +49 (0) 7554 / 97090-00 Fax: +49 (0) 7554 / 97090-09 E-Mail: info@girosolution.de Internet: www.girosolution.de	GiroSolution ist Ihr spezialisierter Lösungsanbieter aus der Sparkassen-Finanzgruppe für öffentliche Institutionen und kommunalmarktnahe Unternehmen. Mit den Produkten Giro-Checkout, S-Rechnungs-Service und S-Kompass bieten wir Ihnen intelligente digitale Lösungen für die Themen E-Payment, E-Rechnung und kommunales Portfoliomangement.
D-4	 www.gis-consult.de	GIS Consult GmbH Schultenbusch 3 D-45721 Haltern am See Telefon: +49 (0) 2364 / 9218-11 Fax: +49 (0) 2364 / 9218-72 E-Mail: info@gis-consult.de Internet: www.gis-consult.de	GIS Consult ist Ihr Partner für anspruchsvolle GIS- und Datenbankprojekte, mit Standorten in Haltern am See und Erfurt. Mit Produkten im Infrastrukturmanagement, wie Straßen-, Baum-, Grün-, Spielplatzkataster auf Basis des WebGIS OSIRIS, bieten wir bis zu Portallösungen ein ganzheitliches Portfolio.
D-4		con terra GmbH Martin-Luther-King-Weg 20 D-48155 Münster Telefon: +49 (0) 251 / 59689 300 Fax: +49 (0) 251 / 590 697 05 E-Mail: info@conterra.de Internet: www.conterra.de	con terra unterstützt Kommunen und Behörden mit geobasierten Lösungen auf dem Weg in die digitale Zukunft. Mit Informationsportalen, Partizipationsangeboten und aufgabenzentrierten Apps sowie einer zukunftssicheren Infrastruktur sorgen wir für Erkenntnisgewinn, Transparenz und zufriedene Nutzer.

E-Government

Geodaten-Management

D-5	 DEUTSCHLANDS TOR ZUR AUFTRAGSWELT	subreport Verlag Schawe GmbH Ansprechpartnerin: Daniela Hammami Buchforststraße 1-15 D-51101 Köln Telefon: +49 (0) 221 / 985 78-28 Fax: +49 (0) 221 / 985 78-66 E-Mail: daniela.hamdami@subreport.de Internet: www.subreportCAMPUS.de	subreport-Kunden greifen auf 98% aller öffentlichen Aufträge zu. subreport ELViS ist seit 2001 die eVergabe-Plattform mit über 75.000 Bietern, die ohne Schulungsaufwand sofort einsetzbar ist, anwenderfreundlich und selbsterklärend. Auf subreport CAMPUS tauschen Auftraggeber u.a. Erfahrungen aus, der Lieferantenpool vernetzt Auftraggeber und Unternehmen.	E-Procurement
D-7		TEK-Service AG Ansprechpartnerin: Monika Schmidt Eisenbahnstraße 10 D-79541 Lörrach Telefon: +49 (0) 7621 / 914040 Fax: +49 (0) 7621 / 9140429 E-Mail: schmidt@tek-service.de Internet: www.tek-service.de	TEK-Service AG ist das inhabergeführte Dienstleistungsunternehmen für E-Einkauf. Seit 2000 arbeiten wir bundesweit für Verwaltungen und Organisationen. Als lieferantenneutraler Dienstleister bieten wir webbasierte Technologie, umfassende Services, Helpdesk sowie branchenspezifische Beratung und Begleitung im operativen Tagesgeschäft des Einkaufs.	
D-2	 DAS KOMMUNALE CMS	ADVANTIC GMBH Ansprechpartnerin: Katrin Wiese-Dohse Vierhörn 2 a-b D-23556 Lübeck Telefon: +49 (0) 451 / 60972-0 Fax: +49 (0) 451 / 60972-20 E-Mail: info@advantic.de Internet: www.advantic.de	iKISS ist das kommunale CMS von Advantic. Verwaltungen aller Größen setzen es in über 650 Internet- und Intranetprojekten erfolgreich ein. Advantic bietet alles aus einer Hand: Beratung, Konzeption, Design, Programmierung, Schulung, Support sowie Hosting im zertifizierten Rechenzentrum. Profitieren Sie von unserer 20-jährigen Erfahrung und individuellen Lösungen.	CMS Portale
D-4		Sitepark Gesellschaft für Informationsmanagement mbH Ansprechpartner: Thorsten Liebold Rothenburg 14-16, D-48143 Münster Telefon: +49 (0) 251 / 48 26 55-0 Fax: +49 (0) 251 / 4 82 65-55 Internet: www.sitepark.com	Wissens- und Contentmanagement für Internet, Intranet, Bürgerbüro und D115. Fachanwendungen für die Virtuelle Verwaltung, Geschäftsverteilungsplan, Helpdesk Ticket System, internes Telefonbuch, Presseservice. Partnerprogramm für KRZs. Top-Referenzen: Landesverwaltung Saarland, Saarbrücken, Wiesbaden, Hannover, Dresden, Wuppertal, Duisburg, Bottrop.	
D-7		Six Offene Systeme GmbH Am Wallgraben 99 D-70565 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 / 99 091 0 E-Mail: info@six.de Internet: www.six.de/public	Die Six Offene Systeme GmbH ist auf Content Management Systeme für große Webprojekte spezialisiert. Seit mehr als 25 Jahren setzen öffentliche Verwaltungen wie das Land Bremen und die Stadt Rostock auf SixCMS. Die Software ermöglicht eine strukturierte, medienneutrale Datenhaltung und passt sich flexibel komplexen Infrastrukturen an.	
D-7		SEITENBAU GmbH Ansprechpartner: Dominik Kraus Seilerstraße 7 D-78467 Konstanz Telefon: +49 (0) 75 31 / 3 65 98-00 Fax: +49 (0) 75 31 / 3 65 98-11 E-Mail: kraus@seitenbau.com Internet: www.seitenbau.com	SEITENBAU unterstützt die digitale Transformation des öffentlichen Sektors seit 20 Jahren mit hochwertigen kundenspezifischen Softwarelösungen. Wir bieten unseren Kunden Konzeption, technische Realisierung und sicheren Betrieb von E-Government-Fachanwendungen, Verwaltungsportalen, Social Intranets und Mobilanwendungen für die moderne Verwaltung.	
D-0		Saxess AG Ansprechpartner: Matthias Lehmann Grassstraße 12 D-04107 Leipzig Telefon: +49 (0) 341 / 355 238-0 E-Mail: fidas@saxess-ag.de Internet: www.saxess-ag.de	Die Saxess AG ist auf die Analyse und Visualisierung von Unternehmensdaten spezialisiert. Mit der webbasierten Beteiligungsmanagement-Plattform fidas bietet das Leipziger IT-Haus eine Fachanwendung, die Kunden bei der aktiven und werthaltigen Steuerung ihres Beteiligungsportfolios unterstützt.	Finanzwesen
D-2	 It's simple. It's digital.	xSuite Group GmbH Ansprechpartner: Torge Link Hamburger Straße 12 D-22926 Ahrensburg Telefon: +49 (0) 4102 / 8838-25 E-Mail: www.xsuite.com Internet: info@xsuite.com	Als Softwarehersteller der SAP-zertifizierten xSuite® bieten wir für Kommunen und Kernverwaltungen eine standardisierte, SAP-integrierte Lösung zur Rechnungseingangsverarbeitung. Angesprochen werden die SAP-Module FI, MM, PSM sowie PSCD und der DZ-Kommunalmaster. Es erfolgt die Verarbeitung von eingehenden XRechnungen.	
D-4	 KOMMUNALE SYSTEMLÖSUNGEN	ab-data GmbH & Co. KG Kommunale Systemlösungen Friedrichstraße 55 D-42551 Velbert Telefon: +49 (0) 2051 / 944-0 Fax: +49 (0) 2051 / 944-288 E-Mail: info@ab-data.de Internet: www.ab-data.de	ab-data bietet als Marktführer webbasierter Finanzsoftware für Kommunen zukunfts- und investitionssichere Qualitätsprodukte an. Hierzu zählen auch webbasierte Systemlösungen und Services. Das ab-data Finanzwesen wird in allen Flächenbundesländern erfolgreich von Kleinstverwaltungen bis zu Landeshauptstädten eingesetzt.	

Buchen Sie Ihren IT-Guide-Eintrag unter Tel. +49 (0) 70 71.5 65 13-0.

D-4		KRAFT Network-Engineering GmbH Ansprechpartner: Dipl.-Ing. Karsten Kraft Eintrachtstr. 95 D-45478 Mülheim-Ruhr Telefon: +49 (0) 208 / 46959-60 Fax: +49 (0) 208 / 46959-70 E-Mail: info@KNE.de Internet: www.KNE.de	Die KNE GmbH setzt Maßstäbe für eine erfolgreiche Schul-IT. Mit der innovativen Softwarelösung School@min und dem leistungsstarken Betriebskonzept kann jedes Schulnetz auch stadtweit kosteneffizient gemanagt werden. Die volle Abdeckung jedes administrativen und pädagogischen Anforderungsprofils und die hohe Skalierbarkeit begeistern Anwender und Kostenträger.	Schul-IT
D-5		AixConcept GmbH Ansprechpartner: Dipl.-Kfm. Volker Jürgens Wallonischer Ring 37 D-52222 Stolberg Telefon: +49 (0) 2402 / 38941-0 Fax: +49 (0) 2402 / 38941-30 E-Mail: info@aixconcept.de Internet: www.aixconcept.de	AixConcept liefert als Experte für digitale Bildung schlüsselfertige IT-Lösungen für Schulen. Mehr als 1.900 Institutionen erhalten Beratung, Konzeption und Umsetzung aus einer Hand. Aus der Zentrale in Stolberg bei Aachen und mit Partnern sorgt AixConcept deutschlandweit für den reibungslosen Betrieb der Schul-Netzwerke.	
D-6		wer denkt was GmbH Ansprechpartner: Dr. Tobias Klug Robert-Bosch-Straße 7 D-64293 Darmstadt Telefon: +49 (0) 6151 / 6291550 Fax: +49 (0) 6151 / 6291551 E-Mail: kontakt@werdenktwas.de Internet: www.werdenktwas.de	Die wer denkt was GmbH bietet umfassendes Know-How aus Forschung und Praxis für Ihre erfolgreiche Bürgerbeteiligung. Wir begleiten kleine und große Kommunen u.a. mit dem Mängelmelder, Bürgerbefragungen, Ideenkarten, Leitlinien, Vorhabenlisten und individuellen Lösungen. Referenzen: Bremen, Heidelberg, Dortmund, Friedrichshafen, Bad Homburg.	E-Partizipation
D-3		AKDN-sozial Eigenbetriebsähnliche Einrichtung des KDN Dachverbandes kommunaler IT-Dienstleister Technologiepark 11, D-33100 Paderborn Telefon: +49 (0) 5251 / 132-2241 Fax: +49 (0) 5251 / 132-272241 E-Mail: info@akdn-sozial.de Internet: www.akdn-sozial.de	Seit über 40 Jahren sind wir einer der führenden Anbieter von Software für Sozial- und Jugendämter sowie Jobcenter. Wir unterstützen die ganzheitliche Sachbearbeitung bei der Berechnung und Zahlung von Sozialleistungen und beim Fallmanagement. Zudem bieten wir eine Office-Integration sowie die Anbindung für Finanz-, Einwohnermelde- oder Dokumentenmanagementsysteme.	Spezial-Software
D-3		Barthauer Software GmbH Pillastraße 1a D-38126 Braunschweig Telefon: +49 (0) 531 / 23533-0 Fax: +49 (0) 531 / 23533-99 E-Mail: info@barthauer.de Internet: www.barthauer.de	Ressourcen bündeln, Effizienz steigern und damit Kosten minimieren: Wir bieten innovative Lösungen für das Infrastrukturmanagement von Ver- und Entsorgungsnetzen. Grundlage ist eine ganzheitliche Datenbankstruktur für die Planung, Verwaltung, Betriebsführung und Instandhaltung von Wasser, Abwasser, Gas, Kabel, Straße und weitere Infrastrukturanlagen.	
		AIDA ORGA GmbH Ansprechpartnerin: Sonia Welter Gültlinger Straße 3/1 D-75391 Gechingen Telefon: +49 (0) 7056 / 9295-0 Fax: +49 (0) 7056 / 9295-29 E-Mail: info@aida-orga.de Internet: www.aida-orga.de	AIDA ORGA bietet für kommunale Einrichtungen modulare, paßgenau abgestimmte Lösungen zur Zeitwirtschaft, Personaleinsatzplanung, Zutrittsberechtigung etc., sowie Bauhoflösungen mit bedarfsgerechten Anwendungen zur Produktzeiterfassung gemäß NKF/NKHR oder Arbeits- und Leistungserfassung im Bauhof mit Maschinen und Fahrzeugen.	
D-8		G&W Software AG Ansprechpartner: André Steffin Rosenheimer Straße 141 h D-81671 München Telefon: +49 (0) 89 / 5 15 06-4 Fax: +49 (0) 89 / 5 15 06-999 E-Mail: info@gw-software.de Internet: www.gw-software.de	CALIFORNIA von G&W – Ihre Software zur Optimierung der Prozesse und Kosten von Bau und Unterhalt in Kommunen und kommunalen Eigenbetrieben im NKF mit den Schwerpunkten Kostenplanung, AVA, Baucontrolling, Zeitvertragsarbeiten. Kosten senken durch integriertes Baumanagement. Kostenoptimierung bei und mit Rahmenverträgen.	
D-9		LogoData ERFURT GmbH Ansprechpartner: Steve Purrotat Maximilian-Welsch-Straße 4 D-99084 Erfurt Telefon: +49 (0) 361 / 5661222 Fax: +49 (0) 361 / 5661223 E-Mail: info@logodata.de Internet: www.logodata.de	Neue WEB-Lösungen für Amtsvormundschaften, UVG u. unbegleitete minderjährige Ausländer sowie für Sozialen Dienst, Hilfeplanung, Genogramme, Kindeswohlgefährdung, Wirtschaftl. JH, Controlling, Kostenheranziehung, JGH, PKD, Tagespflege, KITA, Beistandschaften, Unterhaltsberechnung, Beurkundung als plattformunabhängige Jugendamt-Komplettlösung.	
D-1		DNS:NET Internet Service GmbH Zimmerstraße 23 D-10969 Berlin Telefon: +49 (0) 30 / 66765-0 Fax: +49 (0) 30 / 66765-499 E-Mail: info@dns-net.de Internet: www.dns-net.de	DNS:NET als Experte für Breitbandausbau und Betreiber von Glasfaserringen investiert gezielt in unterversorgte Regionen und baut eigene Netzinfrastrukturen für HighSpeedInternet auf. Dabei wird auf regionale Kooperation gesetzt. Kommunen und Städte werden zukunftssicher mit Glasfaser erschlossen.	Breitband
D-3		Net at Work GmbH Ansprechpartnerin: Aysel Nixdorf Am Hoppenhof 32A D-33104 Paderborn Telefon: +49 (0) 5251 / 304 600 E-Mail: aysel.nixdorf@netatwork.de Internet: www.nospamproxy.de	NoSpamProxy von Net at Work ist eine umfassende Lösung für sichere E-Mail-Kommunikation ‚Made in Germany‘. Sie schützt besonders zuverlässig vor Spam, Malware und anderen Cyber-Bedrohungen, bietet eine praxistaugliche und rechtskonforme E-Mail-Verschlüsselung und wurde wiederholt zum benutzerfreundlichsten Produkt ausgezeichnet.	IT-Security

D-0	 WINYARD SUITE	LCS Computer Service GmbH Gartenstraße 45 D-04936 Schlieben Telefon: +49 (0) 35361 / 350-300 Fax: +49 (0) 35361 / 350-100 E-Mail: egov@lcs-schlieben.de Internet: www.winyard.de	Die zertifizierte WINYARD Suite vereint Dokumenten-, Workflow- u. Identifikationsmanagement. Sie optimiert innerbetriebliche Prozesse u. reduziert Fehlerquoten. Zur Erfass-, Klassifizier- u. Bearbeitung von Dokumenten stehen zahlreiche Möglichkeiten zur Verfügung. Sie gewährt alle Funktionen der revisions sicheren Aufbewahrung.
D-3	 OPTIMAL SYSTEMS	OPTIMAL SYSTEMS Vertriebsgesellschaft mbH Hannover Ansprechpartner: Jörg Huesmann Wöhlerstraße 42, D-30163 Hannover Telefon: +49 (0) 511 / 123315-0 Fax: +49 (0) 511 / 123315-222 E-Mail: hannover@optimal-systems.de Internet: www.optimal-systems.de/hannover	Die Verwaltungseffizienz zu steigern ist das Ziel und das Versprechen von OPTIMAL SYSTEMS. Mit der ECM-Suite enaio® erfüllt das Unternehmen nahezu alle Anforderungen moderner Verwaltungen und bietet u. a. Landkreisen, kreisfreien Städten, kreisangehörigen Gemeinden, Kirchen und Stiftungen eine solide Basis für ein ganzheitliches Informationsmanagement.
D-3	 CEYONIQ Technology A KYOCERA GROUP COMPANY	Ceyoniq Technology GmbH Ansprechpartner: Alexander Dörner Boulevard 9 D-33613 Bielefeld Telefon: +49 (0) 521 / 9318-1000 Fax: +49 (0) 521 / 9318-1111 E-Mail: eGov@ceyoniq.com Internet: www.ceyoniq.com	Seit über 25 Jahren ermöglicht die Ceyoniq Technology GmbH als Spezialist für ECM Unternehmen und Verwaltungen einen einfachen und sicheren Umgang mit Informationen – durch digitale Lösungen, die Prozesse beschleunigen und optimieren. nscale eGov deckt von einem E-Akte-Basisdienst bis zur Schriftgutverwaltung alle Anforderungen der öffentlichen Verwaltung ab.
D-4	 MATERNA Information & Communications	Materna Information & Communications SE Ansprechpartnerin: Andrea Siwek-Schmidt Voßkuhle 37 D-44141 Dortmund Telefon: +49 (0) 231 / 55 99-82 92 Fax: +49 (0) 231 / 55 99-9 82 92 E-Mail: Andrea.Siwec-Schmidt@materna.de Internet: www.materna.de	IT-Dienstleister für den Public Sector seit fast 40 Jahren. Unser Portfolio für die digitale Transformation der Verwaltung umfasst umfangreiche Beratung und zahlreiche Lösungsbausteine für die medienbruchfreie Prozessgestaltung in der Kommunikation mit Bürgern und Unternehmen sowie für die zeitgemäße E-Verwaltungsarbeit.
D-4	 codia Ein Unternehmen der d.velop AG	codia Software GmbH Edisonstraße 2 D-49716 Meppen Telefon: +49 (0) 59 31/93 98 -0 Fax: +49 (0) 59 31/93 98 25 E-Mail: info@codia.de Internet: www.codia.de	Die codia Software GmbH ist ein im eGovernment-Bereich spezialisierter Anbieter von DMS-Lösungen mit fachverfahrensspezifischen Anbindungen für die öffentliche Verwaltung. Die eingesetzten d.gov I Lösungen werden auf Basis des d.3ecms der d.velop AG realisiert und basieren auf dem Organisationskonzept „Elektronische Verwaltungsarbeit“.
D-7	 regisafe	comundus regisafe GmbH Ansprechpartnerin: Katja Benkenstein Heerstraße 111 D-71332 Waiblingen Telefon: +49 (0) 7151 / 96528-233 Fax: +49 (0) 7151 / 96528-999 E-Mail: k.benkenstein@regisafe.de Internet: www.regisafe.de	E-Government leicht gemacht – mit regisafe. Von Verwaltungsexperten entwickelt, bietet das DMS regisafe maßgeschneiderte Lösungen. Einführung der E-Akte, Anbindung von Fachverfahren, smarte Workflows, Ratsinformation, Onlineportale uvm. Wir begleiten öffentliche Verwaltungen ins digitale Zeitalter.
D-9	 PDV	PDV GmbH Haarbergstraße 73 D-99097 Erfurt Telefon: +49 (0) 361 / 4407-100 Fax: +49 (0) 361 / 4407-299 Internet: www.pdv.de/kontakt	Die PDV GmbH zählt zu den leistungsstärksten ECM-Herstellern & Service-Anbietern in Deutschland. Zu den Kunden zählen Verwaltungen auf Bundes- und Landesebene, Steuer- und Finanzbehörden, Kirchen und Wohlfahrtsunternehmen, Städte und Kommunen, Gerichte, Staatsanwaltschaften, Polizei, aber auch privatwirtschaftliche Unternehmen.
D-6	 MindManager®	Corel GmbH Siemensstraße 30 D-63755 Alzenau Telefon: +49 (0) 6023 / 9645-317 E-Mail: govda@mindjet.com Internet: www.mindmanager.com/de	MindManager dient der Strukturierung und Visualisierung effizienter Organisation und Kommunikation von Verwaltungsaufgaben. Mit patentierten Integrationen werden Prozesse und Projekte der Verwaltungsarbeit transparent dargestellt und mit Wissenslandkarten wird fachspezifisches Wissen bereitgestellt.
D-7	 DSV Service Vielfalt. Dynamik. Qualität.	DSV Service GmbH Ansprechpartnerin: Vera Knoop Königstraße 42 D-70173 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 / 400509-0 E-Mail: vera.knoop@dsv-service.de Internet: www.dsv-service.de	Die DSV Service GmbH ist Full-Service-Dienstleister für Formularanwendungen und bietet Kommunalverwaltungen und Landesbehörden einen breiten Katalog an Online-Formularen für die OZG-Umsetzung und andere E-Government-Vorhaben. Als Tochter des Deutschen Sparkassenverlags unterstützt sie mehr als 370 Sparkassen und Landesbanken.
D-7	 Kohlhammer	W. Kohlhammer Deutscher Gemeindeverlag GmbH Heßbrühlstraße 69, D-70565 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 / 78 63-73 55 Fax: +49 (0) 711 / 78 63-84 00 E-Mail: dgy@kohlhammer.de Internet: www.kohlhammer.de	Der Kohlhammer Formularserver KoFoS ist eine zukunftsorientierte Lösung für das eGovernment. KoFoS erfüllt die hohen Anforderungen des Media@Komm-Projektes und stellt Ihnen damit, in Verbindung mit unseren aktuellen und rechtsicheren Formularen, eine zuverlässige technologische Lösung zur Verfügung.

D-2		rex systems GmbH Ansprechpartner: Florian Walzer Head of sales & marketing Süderstraße 75-79, D-20097 Hamburg Telefon: +49 (0) 40 / 890080-0 Fax: +49 (0) 40 / 890080-120 E-Mail: sales@rex-systems.com Internet: www.rexx-systems.com	rex systems bietet Software-Lösungen in den Bereichen Recruiting, Talent Management sowie Human Resources und überzeugt als ganzheitlicher Lösungsanbieter durch herausragende Effizienzsteigerung und zuverlässige Technik. Die einfach zu bedienende, hochskalierbare Software ist für Kunden jeder Größe und Branche geeignet.	Personalwesen
D-7		MHM HR // MHM-Systemhaus GmbH Ansprechpartner: Steffen Michel Presselstraße 25 a D-70191 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 / 120 909-31 Fax: +49 (0) 711 / 120 909-11 E-Mail: welcome@mhm-hr.com Internet: www.mhm-hr.com	MHM HR entwickelt Bewerbermanagement-Software für Profis. Mit MHM eRECRUITING können öffentliche Auftraggeber ihre Bewerbungen intelligent managen. Integrierte Zusatzfunktionen wie MHM MULTIPosting und HR-ANALYTICS, CV-Parsing, Mitarbeiter-Empfehlungsprogramme und diagnostische Testverfahren ergänzen das Angebot von MHM HR.	Personalwesen
D-5		hallobtf! gmbh Ansprechpartnerin: Yvonne Paris Breite Straße 28-30 D-50667 Köln Telefon: +49 (0) 221 / 977 608-0 Fax: +49 (0) 221 / 977 608-20 E-Mail: info@hallobtf.de Internet: www.hallobtf.de	Kai: Marktstandard für die kommunale Inventarisierung. In mehr als 500 öffentlichen Verwaltungen im Einsatz. Erstfassung und laufende Bestandsführung im perfekten Zusammenspiel mit dem Anlagenbuch (u.a. SAP, INFOMA). Revisions sichere Inventur-Planung und Durchführung. Frei konfigurierbare Datenfelder. Barcode. Mobile Erfassung.	Inventarisierung
D-2		CC e-gov GmbH Ansprechpartner: Kurt Hühnerfuß Tempowerkring 7 D-21079 Hamburg Telefon: +49 (0) 40 / 22 71 99-0 Fax: +49 (0) 40 / 22 71 99-71 E-Mail: info@cc-egov.de Internet: www.cc-egov.de	ALLRIS – Sitzungsmanagement der Premiumklasse. Sitzungsdienst, Gremieninformation und -kooperation, Bürgerbeteiligung. Komplettlösung inkl. Webhosting aus einer Hand. CC DMS – E-Akte, Workflow und Archiv für die ganze Verwaltung. Integration von Fachverfahren und Bürosoftware. Ihr Partner vom Konzept bis zur Umsetzung.	Sitzungsmanagement
D-2		SOMACOS GmbH & Co. KG Ansprechpartner: Bernd Thiem Ackerstraße 13 D-29410 Salzwedel Telefon: +49 (0) 39 01 / 47 60 00 Fax: +49 (0) 39 01 / 47 60 011 E-Mail: saw@somacos.de Internet: www.somacos.de	Die nutzerfreundlichen Somacos Produkte Session, SessionNet und Mandatos sind das Komplettpaket für die effiziente Bearbeitung aller Prozesse im Sitzungsmanagement und der digitalen Gremienarbeit. Sie überzeugen bisher mehr als 1.600 Kunden mit technischen Innovationen, kompletter Funktionalität und umfassendem Service.	RIS Sitzungsmanagement
D-3		STERNBERG Software GmbH & Co. KG Ansprechpartner: Jan-Christopher Reuscher Kerkmannstraße 1 D-33729 Bielefeld Telefon: +49 (0) 521 / 97700 0 Fax: +49 (0) 521 / 97700 99 E-Mail: info@sternberg24.de Internet: www.sitzungsdienst.net	STERNBERG bietet mit seinem Sitzungsmanagement SD.NET, dem Gremieninfosystem SD.NET RIM und den RICH SitzungsApps für iOS, Android und Windows eine Lösung für die digitale Verwaltungs- und Gremienarbeit. In Politik, Wirtschaft und Bildung arbeiten Sie so plattformübergreifend, nutzen Informationen gemeinsam und optimieren zahlreiche Prozesse.	RIS Sitzungsmanagement
D-5		more! software GmbH & Co. KG Ansprechpartner: Dipl. Inf. Thomas Franz Aubachstraße 30 D-56410 Montabaur Telefon: +49 (0) 2602 / 838870 E-Mail: vertrieb@more-rubin.de Internet: www.more-rubin.de	Von der zentralen oder dezentralen Vorlagenerstellung über die Sitzungsplanung bis zur Protokoll- und Beschlusserstellung: More! Rubin ist ein Management- und Organisationswerkzeug für alle Aufgaben rund um den Sitzungsdienst. Sitzungsgeldabrechnung, die browserbasierten Infosysteme und verschiedene Schnittstellen runden das Verfahren ab.	RIS Sitzungsmanagement
D-0		Lecos GmbH Ansprechpartner: Roy Barthel Prager Straße 8 D-04103 Leipzig Telefon: +49 (0) 341 / 2538-0 Fax: +49 (0) 341 / 2538-100 E-Mail: info@lecos.de Internet: www.lecos.de	Die Lecos GmbH ist ein BSI-zertifiziertes Beratungs- und Dienstleistungsunternehmen für den Einsatz von Informationstechnologien im kommunalen Umfeld. Wir unterstützen unsere Kunden seit 2001 bei der Gestaltung moderner Verwaltungsprozesse – von der strategischen IT- und Organisationsberatung bis hin zu operativen Rechenzentrums- und IT-Leistungen.	Komplettlösungen
D-0		procilon GROUP Ansprechpartner: Andreas Liefelth Leipziger Straße 110 D-04425 Taucha bei Leipzig Telefon: +49 (0) 34298 / 4878-10 Fax: +49 (0) 34298 / 4878-11 E-Mail: info@procilon.de Internet: www.procilon.de	proGOV VPS – Die intelligente Middleware für den Öffentlichen Dienst – Sichere Kommunikation als virtuelle Poststelle (VPS) z.B. über OSCI, EGVP, De-Mail, autom. Archivbindung, Langzeitarchivierung gem. TR ESOR, Signatur, PKI, Fachverfahrensintegration, lückenlose Integration von Funktionalitäten des neuen Personalausweises – (nPA) in Online-Portale u.v.m.	Komplettlösungen
D-1		Telecomputer Gesellschaft für Datenverarbeitung mbH Ansprechpartnerin: Elke Wegener Alte Jakobstraße 79/80, D-10179 Berlin Telefon: +49 (0) 30 / 308687-0 Fax: +49 (0) 30 / 308687-99 E-Mail: info@telecomputer.de Internet: www.telecomputer.de	Seit über 40 Jahren Partner für Kommunen: Als einer der Marktführer im Bereich Verkehrswesen bieten wir flexible, zuverlässige IT- und eGovernment-Lösungen mit einem hohen Maß an Integration und Interoperabilität. Unser Service umfasst die Beratung, Entwicklung, Integration, Schulung, Pflege und den Support in verschiedenen Ausbaustufen.	Komplettlösungen

D-2	 Verwaltung macht Zukunft.	MACH AG Ansprechpartner: Oliver Wunder Wielandstraße 14 D-23558 Lübeck Telefon: +49 (0) 451 / 70647-217 E-Mail: oliver.wunder@mach.de Internet: www.mach.de	Digitale Akten, Transparenz im Finanzhaushalt, effiziente Personalprozesse – die MACH AG unterstützt seit 1985 kommunale Verwaltungen bei Digitalisierungsvorhaben. Wir leben den Anspruch, digital zu denken und menschlich zu handeln. Mit Expertise und eigener Software stärken wir nachhaltig unsere Kunden – und damit Deutschland.
D-2	 IT für Kommunen	Zweckverband Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg (KDO) Ansprechpartnerin: Tina Thüer Elsässer Straße 66, D-26121 Oldenburg Telefon: +49 (0) 441 / 9714-0 Fax: +49 (0) 441 / 9714-148 E-Mail: info@kdo.de Internet: www.kdo.de	Als größter kommunaler IT-Dienstleister in Niedersachsen deckt die KDO das gesamte Anforderungsprofil öffentlicher IT ab: Individual- und Standard-Fachanwendungen, Hosting und zentraler Betrieb, Cloud- und E-Government-Lösungen, Datenschutz und vieles mehr. Wir sind Kompetenzzentrum für Kommunen – seit über 45 Jahren!
D-3	 die IT-Spezialisten für Verwaltungen	GovConnect GmbH Jathostraße 11b, D-30163 Hannover Geschäftsstelle Oldenburg Ansprechpartner: Jörn Bargfrede Nadorster Straße 228, D-26123 Oldenburg Telefon: +49 (0) 441 / 97353-0 E-Mail: info@govconnect.de Internet: www.govconnect.de	Die GovConnect GmbH, Tochter der niedersächsischen IT-Dienstleister, fungiert als Plattform für deren Zusammenarbeit. Ihre Schwerpunkte liegen auf der Softwareentwicklung und den E-Government-Anwendungen. Das Produktportfolio umfasst Lösungen aus den Bereichen Ordnungswidrigkeiten, Payment, Datenschutz, Hundeangelegenheiten, Wohngeld und OpenData.
D-3		NOLIS GmbH Ansprechpartner: Uwe Warnecke Celler Straße 53 D-31582 Nienburg/Weser Telefon: +49 (0) 5021 / 88 77 555 Fax: +49 (0) 5021 / 88 77 599 E-Mail: info@nolis.de Internet: www.nolis.de	Web-basierte Software für Internet / Intranet / Extranet: Die innovative Vernetzung verschiedenster Quellen ermöglicht Mehrwert für Bürger und Gäste. Internetportal, responsive Design, Web-App, CMS, Web-GIS, Zuständigkeitsfinder, Bürgertipps, Bewerbermanagement und vieles mehr machen NOLIS zum Full-Service-Partner in Sachen E-Government.
D-3	 Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe	krz Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg / Lippe Ansprechpartner: Lars Hoppmann Bismarckstraße 23, D-32657 Lemgo Telefon: +49 (0) 5261 / 252-0 Fax: +49 (0) 5261 / 252-200 E-Mail: info@krz.de Internet: www.krz.de	Das krz ist der bundesweit erste BSI-zertifizierte Informatik-Dienstleister für Kommunen. Als erfolgreicher Projektpartner und Integrator bietet die kommunale Einrichtung modernste Fachverfahren im kostengünstigen ASP-Betrieb für alle Kunden an und leistet seit mehr als 45 Jahren einen wesentlichen Beitrag zu einer dienstleistungsorientierten Verwaltung.
D-3		ekom21 – KGRZ Hessen Ansprechpartnerin: Gabi Göpfert Carlo-Mierendorff-Straße 11 D-35398 Gießen Telefon: +49 (0) 641 / 98 30-1220 Fax: +49 (0) 641 / 98 30-2020 E-Mail: ekom21@ekom21.de Internet: www.ekom21.de	ekom21 steht für das größte BSI-zertifizierte kommunale IT-Dienstleistungsunternehmen in Hessen und für den drittgrößten kommunalen IT-Dienstleister in Deutschland. Mit einem umfassenden Produkt- und Dienstleistungsportfolio betreut die ekom21 über 700 Kunden mit 30.000 Anwendern und hat sich auf Komplettlösungen für den öffentlichen Dienst spezialisiert.
D-3		KID Magdeburg GmbH Ansprechpartnerin: Andrea Pape Alter Markt 15 D-39104 Magdeburg Telefon: +49 (0) 391 / 2 44 64-0 Fax: +49 (0) 391 / 2 44 64-400 E-Mail: info@kid-magdeburg.de Internet: www.kid-magdeburg.de	Die KID Magdeburg GmbH ist ein Systemhaus mit kommunalen Gesellschaftern. Zu ihnen gehören die Landeshauptstadt Magdeburg und weitere Kommunen über die Kommunale IT-UNION eG (KITU). Die Produkte und Dienstleistungen steuern die zentralen IT-Prozesse innerhalb der öffentlichen Verwaltung sowie in Unternehmen speziell des Public Sector.
D-4	 KOMMUNALE SYSTEMLÖSUNGEN	ab-data GmbH & Co. KG Kommunale Systemlösungen Friedrichstraße 55 D-42551 Velbert Telefon: +49 (0) 2051 / 944-0 Fax: +49 (0) 2051 / 944-288 E-Mail: info@ab-data.de Internet: www.ab-data.de	ab-data bietet als Marktführer webbasierter Finanzsoftware für Kommunen zukunfts- und investitionsichere Qualitätsprodukte an. Hierzu zählen auch webbasierte Systemlösungen und Services. Das ab-data Finanzwesen wird in allen Flächenbundesländern erfolgreich von Kleinstverwaltungen bis zu Landeshauptstädten eingesetzt.
D-4		PROSOZ Herten GmbH Ewaldstr. 26 I D-45699 Herten Telefon: +49 (0) 23 66 / 188 - 0 Fax: +49 (0) 23 66 / 188 - 111 E-Mail: info@prosoz.de Internet: www.prosoz.de	PROSOZ Herten unterstützt als führender Anbieter Kommunen mit praxisnahen Software- und Beratungslösungen in den Bereichen Soziales, Jugend, Bauen und Ordnung und liefert Kennzahlen und Daten zur optimalen Verwaltungssteuerung. Neben modernen Technologien setzt das Unternehmen auf fundierte Kenntnisse aus der Verwaltungspraxis.
D-5		EDV Ermtraud GmbH Ansprechpartner: Tobias Krumnow Arienheller Straße 10 D-56598 Rheinbrohl Telefon: +49 (0) 26 35 / 92 24-0 Fax: +49 (0) 26 35 / 92 24-29 E-Mail: vertrieb@edv-ermtraud.de Internet: www.edv-ermtraud.de	TopCash 2: bar und bargeldlos kassieren, Gebührenkasse + EC-Terminals. Für alle Zahlstellen der Verwaltung und deren Einrichtungen. GEVE 4 – Gewereregister & Erlaubniswesen für Stadt, Gemeinde, VWG; inkl. rechtssicherem Datenaustausch und eAkte. GEVE 4-regional – Gewerbe- und Erlaubnisverwaltung für Kreise.

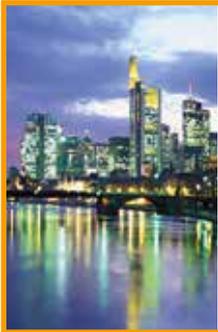
Komplettlösungen (Fortsetzung)

D-5		Südwestfalen-IT (Kommunaler Zweckverband) Sonnenblumenallee 3 D-58675 Hemer Telefon: +49 (0) 2372 / 5520-0 Fax: +49 (0) 2372 / 5520-279 Internet: www.sit.nrw	Verwaltungen müssen sparen und gleichzeitig immer bürgerfreundlicher werden. Die Südwestfalen-IT (SIT) hat sich dieser Herausforderung angenommen. Sie ist Anfang 2018 aus dem Zusammenschluss der Citkomm und KDZ Westfalen-Süd entstanden. Im Fokus ihres Strebens steht die kundenspezifische Optimierung von Verwaltungsprozessen.
D-5		Kommunix GmbH Ansprechpartner: Joseph Bunten Friedrich-Ebert-Straße 74 D-59425 Unna Telefon: +49 (0) 23 03 / 25 47 00 Fax: +49 (0) 23 03 / 4 00 49 E-Mail: info@kommunix.de Internet: www.kommunix.de	Organisationswerkzeuge für Behörden: Das Besucherleit- und Terminmanagementsystem TEVIS. Effiziente und komfortable Bearbeitung von Ausländerfachverfahren mit ADVIS. Vom Antrag auf die deutsche Staatsbürgerschaft bis zur Aushändigung der Urkunde mit EINBÜRGERUNG. Abwicklung von Verpflichtungserklärungen mit VISITVIS.
D-6		LORENZ Orga-Systeme GmbH Ansprechpartner: Christian Koch Eschborner Landstraße 75 D-60489 Frankfurt am Main Telefon: +49 (0) 69 / 7 89 91 – 900 Fax: +49 (0) 69 / 7 89 91 – 110 E-Mail: info@lorenz-orga.de Internet: www.lorenz-orga.de	Der Spezialist für kommunale Anwendungen in den Bereichen Archivierung, Dokumenten-Management und Workflow. Speziallösungen für KFZ-Wesen, Kasse, Steueramt, Bauaufsicht, Sozialwesen, Pass, Standesamt, Einwohner, Aktenplan-, Registratur- und Schriftgutverwaltung uvm. Verfügbar als Standalone- und Cloud-Nutzung.
D-6		OrgaSoft Kommunal GmbH Am Felsbrunnen 9 D-66119 Saarbrücken Telefon: +49 (0) 681 / 8 70 04-0 Fax: +49 (0) 681 / 8 70 04-90 E-Mail: vertrieb@o-s-k.de Internet: www.o-s-k.de	OrgaSoft Kommunal bietet mit KIS♦KRW den allumfassenden Lösungsansatz für das Rechnungswesen von Kommunen, Eigenbetrieben und Werken. Zahlreiche integrierte KIS♦Fachverfahren ergänzen das Angebot. KIS ist das Kommunale Integrierte System aus einer Hand – eine Eigenentwicklung mit der Erfahrung aus 35 Jahren kommunaler Datenverarbeitung.
D-8		AKDB - Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern Hansastraße 12-16 D-80686 München Telefon: +49 (0) 89 / 59 03-0 Fax: +49 (0) 89 / 59 03-1845 E-Mail: mailbox@akdb.de Internet: www.akdb.de	Der Marktführer für kommunale Software: Die AKDB und ihre Partner bieten Entwicklung, Pflege und Vertrieb von IT-Lösungen für alle Bereiche der Kommunalverwaltung – inklusive Beratung und Schulung. Das Bürgerservice-Portal ist die bundesweit reichweitenstärkste E-Government-Plattform für Online-Verwaltungsdienste.
D-8		Kolibri software & systems GmbH Ansprechpartner: Thomas Dietrich Rudolf-Diesel-Straße 11 D-82205 Gilching Telefon: +49 (0) 81 05 / 37 60-0 Fax: +49 (0) 81 05 / 37 60-20 E-Mail: vertrieb@kolibri-software.de Internet: www.kolibri-software.de	Branchenspezialist für Grundstücksinformationssysteme, Liegenschaftsverwaltung und Gebäudemanagementsysteme (CAFM) und Bauverwaltungslösungen. Die modular aufgebaute Softwarelösung hat Schnittstellen zu allen gängigen GIS- / Finanz- und DMS-Anwendungen, hat Web Module und kann gehostet werden. Wir beraten und implementieren.
D-8		adKOMM Software GmbH & Co. KG Ansprechpartner: Dennis Böttcher Stadtweg 14 D-85134 Stammham Telefon: +49 (0) 8405 / 9286-0 Fax: +49 (0) 8405 / 9286-100 E-Mail: poststelle@adkomm.de Internet: www.adkomm.de	adKOMM E-Government-Lösung – Ihre Softwarelösung für fach- und ämterübergreifende Informationen. Einheitliche Basis für Daten und Informationen – eine Adressdatei, ein Bürgerkonto und medienbruchfreie Aktenführung. Durchgängige, digitale Geschäftsprozesse und eine einheitliche Oberfläche. E-Government. Einfach. Praktikabel.
D-8		Axians Infoma GmbH Ansprechpartnerin: Stephanie Eifert Hörvelsinger Weg 17-21 D-89081 Ulm Telefon: +49 (0) 731 / 1551-213 Fax: +49 (0) 731 / 1551-555 E-Mail: stephanie.eifert@axians-infoma.de Internet: www.axians-infoma.de	Axians Infoma ist führender Anbieter von Software-Lösungen und Dienstleistungen im kommunalen Markt. Mit der modularen Software Infoma newsystem steht eine einzigartige integrierte Komplettlösung für das Finanzwesen zur Verfügung, ergänzt um Fachverfahren und Lösungen rund um das Thema E-Government.
D-9		DATEV eG Ansprechpartner: Team Public Sector Paumgartnerstraße 6-14 D-90429 Nürnberg Telefon: 0800 / 0 11 43 48 E-Mail: public-sector@datev.de Internet: www.datev.de/publicsector	Die DATEV eG unterstützt Kommunen und öffentliche Einrichtungen mit Software und Dienstleistungen rund um Finanzwesen und Personalwirtschaft, mit Cloud-Lösungen sowie mit einem auf Prozesse abgestimmten Dokumenten-Managementsystem. Experten beraten bei Einführung effizienter Prozesse sowie Organisationsstrukturen und bieten Schulungen an.

Den IT-Guide finden Sie auch online unter www.kommune21.de

Vorschau

Die nächste Ausgabe (5/2020) erscheint am 30.04.2020



Souverän in der Smart City

Kommunen sollten auf Datensouveränität im Rahmen von Smart-City-Aktivitäten achten. Verträge mit Unternehmen schreiben häufig eine alleinige Datennutzung durch die Anbieter fest. Den Städten fehlt offenbar noch das Daten-Bewusstsein.



Portale sind der Zugang

Online-Portale spielen eine wichtige Rolle bei der OZG-Umsetzung. Der Kreis Olpe hat das citkoPortal in interkommunaler Zusammenarbeit eingeführt. Und mit der ekom21-Plattform civento können OZG-Prozesse gestaltet werden.



Blockchain und KI

Können künstliche Intelligenz (KI), Augmented Reality, Blockchain und andere innovative Technologien die Arbeit in der Verwaltung künftig erleichtern? Außerdem berichten wir, wie die SAP-HANA-Suite den Weg in die Smart City ebnet.



Fit für die E-Rechnung?

Ab dem 27. November 2020 sind Lieferanten zum Versand elektronischer Rechnungen verpflichtet. Das sieht die E-Rechnungsverordnung des Bundes vor. Doch was ist überhaupt eine E-Rechnung, und wie wirkt sich die Verpflichtung konkret aus?

Inserentenverzeichnis dieser Ausgabe

AKDB	60	GovConnect	43	Optimal Systems	9
Axians Infoma	45	Haufe-Lexware	Beihefter	PDV-Systeme Erfurt	5
CC e-gov	3	ISGUS	27	Vereon	15
CSG Systems	49	K21 media	29	Branchenindex IT-Guide ...	51 - 57
DATEV	23	Kommunix	37, 39		
Druckerei Raisch	59	Nolis	2		

Impressum

Verlag und Herausgeber: K21 media AG
Olgastraße 7
72074 Tübingen
Telefon: +49 (0) 70 71 / 5 65 13-0
Fax: +49 (0) 70 71 / 5 65 13-29
E-Mail: info@k21media.de
Internet: www.k21media.de

Verantwortlicher Redakteur im Sinne des Presserechts und Chefredakteur: Alexander Schaeff
Olgastraße 7
72074 Tübingen
E-Mail: redaktion@kommune21.de

Redaktion: Bettina Schömg
(stellv. Chefredakteurin, in Elternzeit)
Verena Barth
Alexandra Braun
Corinna Heinicke (Volontärin)
Dr. Helmut Merschmann (Freier Mitarbeiter)

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Joachim Pürschel
Olgastraße 7
72074 Tübingen
Telefon: +49 (0) 70 71 / 5 65 13-20
E-Mail: j.puerschel@k21media.de

Seit dem 1.1.2020 gilt die Preisliste Nr. 20 der Media Information 2020.

Erscheinungsweise: monatlich
ISSN: 1618-2901
Einzelpreis Inland: 9,00 € (zzgl. Porto und Versand)
Jahresabonnement Inland: 104,00 € (Abonnement frei Haus)
Telefon: +49 (0) 70 71 / 5 65 13-0

Bankverbindung: Kreissparkasse Tübingen,
BLZ 641 500 20
Kontonr. 155 010

Layout: PEAK Agentur für Kommunikation
GmbH, Tübingen

Druck: Druckerei Raisch GmbH & Co. KG
Auchterstraße 14
72770 Reutlingen

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Grafiken und Bilder wird keine Haftung übernommen. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts. Die Zustimmung zum Abdruck und zur Veröffentlichung wird vorausgesetzt. Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und zur Einspeicherung in Datenbanken sowie das Recht zu deren Vervielfältigung und Verbreitung Online oder Offline sowie das Recht zur öffentlichen Zugänglichmachung im Internet ohne zusätzliche Vergütung. Honorare nach Vereinbarung.

Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Die ausschließlichen urheberrechtlichen Nutzungsrechte für angenommene und veröffentlichte Beiträge liegen bei dem Verlag. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen verwendbare Sprache übertragen werden oder in eine andere Sprache übersetzt werden.

Artikel, die mit Namen oder Signet des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion wieder.

© Copyright 2020 K21 media AG. Alle Rechte vorbehalten.

Bildnachweis:

AIDA ORGA GmbH (30), AndSus/stock.adobe.com (33), ATOSS (31), bakhtiarzein/stock.adobe.com (Titel, 4), Claus Ortgies/Kreis Leer (35), creativ collection Verlag (14, 58), EDV Ermtraud GmbH (50), Gemeinde Bobenheim-Roxheim (Titel, 38), Ivan Kruk/stock.adobe.com (42), Jennifer Braun (40), Laurent/stock.adobe.com (58), MEV Verlag (6, 20), MEV Verlag/PEAK Agentur für Kommunikation (58), NDABCREATIVITY/stock.adobe.com (28), PEAK Agentur für Kommunikation (3), Prof. Elke Pahl-Weber (11), Senator für Finanzen Bremen (22), Stadt Gelsenkirchen (48), stnazkul/stock.adobe.com (8), stockphoto-graf/stock.adobe.com (36), VHS Koblenz (44), Visual Generation/stock.adobe.com (13), Vitako (24), WSF/stock.adobe.com (34).



MIT DRUCK KÖNNEN WIR SEHR GUT UMGEHEN.

Druckerei Raisch GmbH & Co. KG
Auchtertstraße 14 · 72770 Reutlingen
Tel. 07121 / 5679-0 · info@druckerei-raisch.de
www.druckerei-raisch.de

Raisch 
D R U C K T

HELDEN DER VERWALTUNG

Nº 53

Immer einen Schritt voraus. Dank DIGITAL.Consulting

Smart City, Smart Region, Open Data. Die Digitalisierung wirft immer neue Fragen auf. Was ist Priorität Nummer eins? Was setze ich als Kommune um? Und wie? Zum Glück gibt es DIGITAL.Consulting! Das neue Beratungsangebot der AKDB. Für Verwaltungshelden, die die Zukunft im Blick behalten.



**Wer hat
eigentlich gesagt,
Verwaltung sei
langweilig?**

Mehr Helden auf www.akdb.de/helden

akdb